








**SCHWERPUNKT STARTBAHN, DOKU BAUSKANDAL RUSSISCHE - REVOLUTION III TAZ - DEBATTE**




**REDAKTIONEN:**

**AKTION und**
**Regionalredaktion Frankfurt**
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen: jeden Dienstag 19 Uhr im LZ

Redaktionsmitglieder:
Fenris Wolf, Omega, D., Spiegelbruch, Smea Gol, Petronella, Dutti, Hegesias, Nieddu, JOTA, CO

**Regionalredaktion Göttingen:**
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

**Regionalredaktion Hamburg:**
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

**Regionalredaktion Rhein-Ruhr:**
c/o Libertäres Zentrum
Essenberger Str. 100
4130 Moers
Tel. 02841-503942

**Regionalredaktion Darmstadt:**
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
Frankfurterstr. 70
6100 Darmstadt

ViSdP: G. Neumann

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

**Konto:**
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

**ABO:**
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.


# EDITORIAL

So, nach vier Wochen ist nun die AKTION Nr.32 fertig. Wir freuen uns schon darauf, zu dem gewohnten 6-Wochen-Rhytmus zurückzukehren, da wir als Freizeit-ZeitungsmacherInnen in den letzten Wochen ganz schön im Streß waren. Zumal es auch andere wichtige Dinge im Leben gibt. Die inhaltliche Diskussion ist teilweise auf der Strecke geblieben, weil die Technik dominierte. Zum Teil ergaben sich daraus einige Ungenauigkeiten.
Andererseits haben wir es geschafft zur Startbahn Diskussionen zu führen, die auch in die zwei Artikel der Frankfurter Redaktion mündeten. Die Stellungnahmen, Erklärungen etc. zu den Schüssen an der Startbahn dokumentieren wir in einem farblich getrennten Sonderteil, bzw. Dokumentation.
Inzwischen gibt es einen vierten Verhafteten: Michael M. sitzt wahrscheinlich wegen § 129a, allerdings war uns bis zur Drucklegung noch nichts näheres bekannt.

*Business-Glas ist unser Standard*

An alle, die uns Kohle zukommen lassen möchten als WiederverkäuferIn--nen, AbonnentInnen, SpenderInnen, ab sofort soll die Kohle auf folgendes Konto:
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

Freiheit, Glück und Anarchie!

Allerletzte Meldung:
JÜRGEN, der wg. Strafvereitelung in Darmstadt im Knast saß, IST SEIT 17.12.87 WIEDER FREI!!!

# INHALT



# —LESERBRIEFE—

Liebe Leute von der AKTION!
Ein dickes Lob für die Sondernummer der AKTION zu den Startbahnschüssen (Nr.31), die ihr so schnell und für die knappe Zeit auch umfassend rausgebracht habt. Dabei ist euch jedoch bereits im Vorwort unter Editorial auf der ersten Seite eine schwere Ungenauigkeit reingerutscht, die ihr anscheinend unüberprüft von der bürgerlichen Presse (Bild berichtet auf der Seite 1, Gauweiler hetzte in Bayern usw.) übernommen habt.
In der zweiten Spalte habt ihr nämlich der Hafenstraße unterstellt, sie hätten ein Transparent rausgehängt, auf dem sie die Startbahnschüsse gut gefunden hätten.
Das stimmt nicht!
Siehe Artikel aus der taz, die zwar auch nicht die Wahrheit für sich gepachtet hat, aber diesem "Transparent-Gerücht" nachgegangen ist. Ich hoffe ihr schreibt ein paar berichtigende Wort zu dem falschen Gerücht.

Alles Liebe

Lieber Fasching und Vermummung, als Faschismus und Verdummung!

Mit solidarischen Grüßen aus der Oberpfalz

Ein Leser

Anmerkung der Redaktion: Wir sind bezüglich dem Hafenstraßentransparent offensichtlich falsch informiert worden (das lief nicht über die Presse), daher nehmen wir dies gerne zurück.

Liebe Freundinnen und Freunde,
das war wohl nichts. Mit der AKTION zur Startbahn habt ihr das Gegenteil von dem erreicht, was ihr wolltet. Oder aber, was wolltet ihr mit der Sondernummer eigentlich erreichen?
Ihr schreibt im Editorial "... Der umfangreiche Pressespiegel... Bei einem Vergleich fallen die Widersprüche auf bzw. was für ein bürgerlicher Scheiß hier reproduziert wird. ...mit dieser Doku hoffen wir auch die vielen Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet nach Informationen einigermaßen zu befriedigen, ..." (und was ist mit West-Berlin ?)
Dieser richtige und wichtige Ansatz verkommt jedoch in der Sondernummer zu einem Pressebrei von FR über TAZ zu Bild, durch den sich durchzuarbeiten, schon wegen der schlechten Qualität der Wiedergabe z.T. unmöglich ist. Nur, wenn es nur die schlechte Druckqualität wäre, die zu kritisieren ist, könnte mensch ja noch darüber hinwegsehen. Doch das ist es nicht.
Entscheidend ist, daß ihr durch die völlig undifferenzierte Aneinanderreihung von Zeitungsartikeln eurem eingangs erwähntem Anspruch in keinster Weise gerecht werdet. Was sollen z.B. Zeitungsauschnitte wie "Er galt als ein besonnener Kollege", "Polizist mit Leib und Seele", "Trauermarsch zur Paulskirche", Schweigemarsch für die toten Kollegen" und, und, und?

Eine Beschränkung auf Zeitungsartikel, die die Widersprüche in den Aussagen der Schweine zu den Ereignissen an der Startbahn West aufzeigen, wäre besser und vor allem auch mehr gewesen. Was euch dann die Möglichkeit gegeben hätte, bessere Druckvorlagen zu erstellen. Und, was noch wichtiger ist, eine eigene Stellungnahme zu verfassen.
Weiter schreibt ihr "Vor allem die Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet als die betroffenen Szene sollten diskutiert werden, denn, so eine Kritik aus Frankfurt, je weiter die Leute weg sind bzw. je weniger sie die Startbahn/Rhein-Main-Szene kennen, desto besser kamen die Schüsse an (siehe Hafenstraße-Transparent)."
Zunächst mal was zum angeblichen "Hafenstraßen-Transparent". Welches Transparent meint ihr eigentlich?
Das angeblich von einem Bullen gesehene Transparent mit der angeblichen Aufschrift "Zwei Morde sind nicht genug", oder das vom 'Welt'-Kommentator wiedergegebene Transparent mit der angeblichen Aufschrift "Zwei Polizisten sind noch nicht genug?"
Da geistert durch die bürgerliche Presse - zu einem Zeitpunkt, zu dem die Hafenstraße akut räumungsbedroht ist - das Märchen von "Freudentänzen und Salutschüssen" im Hafen als Reaktion auf die beiden toten Bullen an der Startbahn und ihr übernehmt es, ohne euch die Mühe zu machen mal zu hinterfragen, was eigentlich hinter solch einer Berichterstattung der bürgerlichen und reaktionären Presse steckt. Und das, obwohl in der taz vom 6.11.87 darauf eingegangen wird. Nur taucht dieser Artikel dann bezeichnender Weise - in eurer Pressedoku nicht auf, obwohl ihr sonst jeden Scheiß aus der taz mit reingenommen habt.

Zu den Stellungnahmen:
Ich würde ja liebend gern - auch - Stellungnahmen aus dem Rhein-Main-Gebiet diskutieren und mich damit auseinandersetzen. Nur, ich habe und kenne so gut wie keine. Das wenige, das mir aus Frankfurt und Umgebung bekannt ist, reiht sich ein in das durch alle Lager gehende Distanzierungsgeschrei (z.B. Wiesbaden), und ist für eine gründliche Auseinandersetzung mit den Schüssen an der Startbahn und den Folgen, die sich für uns und unseren Widerstand gegen das Schweinesystem daraus ergeben, wenig hilfreich. Ganz im Gegenteil.
Im übrigen finde ich es mehr als überheblich, den Anspruch zu erheben, vor allem die Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet zu diskutieren und damit indirekt zu unterstellen, daß Gruppen z.B. aus Hamburg, Berlin, Göttingen ...., bedingt durch die räumliche Entfernung, eh keine Ahnung haben über das, was in der Startbahn/Rhein-Main-Szene läuft und von daher die Vorgänge an der Startbahn a) nicht beurteilen können und b) je weiter weg, die Schüsse gutheißen, oder, Beispiel Hafenstraße, "Bejubeln".



Wie interessierte Kreise versuchen, aus den Frankfurter Morden Kapital für eine Anti-Hafenstraßen-Kampagne zu schlagen

## *Freudentänze und andere Märchen*

■ **taz.** Wolfgang Bodeit ist nicht gerade eine politische Spitzenkraft. Als Nachrücker in die FDP-Bürgerschaftsfraktion gelangt, übernahm er - aus Personalmangel - die Rolle des innenpolitischen Sprechers. In dieser Funktion meinte der 51jährige wohl auch, seine Meinung zu den Ereignissen in Frankfurt verbreiten zu müssen. Da am Dienstag Hinz und Kunz mit „Abscheu und Entsetzen" reagierten, packte Bodeit in seiner Erklärung noch eine Schreckensmeldung mit Lokalkolorit drauf: Freudentänze und Salutschüsse habe es nach Bekanntwerden der Startbahn-West-Morde in der Hafenstraße gegeben. Seine Quelle: zwei „munkelnde" Bekannte. Die seien zwar nicht in der Hafenstraße gewesen, hätten die Nachricht jedoch aus „vertraulicher Quelle gehört". Die Polizei, in solchen Fällen bestens informiert, wußte von nichts. Das erklärte sie auch dem 'Abendblatt', das davon unbeeindruckt Innensenator Lange mit der Nachricht konfrontierte: „Bewohner der Hafenstraße haben kurz nach Bekanntwerden der Schüsse Raketen abgefeuert."

Etwas farbiger formuliert das 'Bild': „In den besetzten Häusern an der St. Pauli-Hafenstraße wurde der Tod der Polizisten lauthals bejubelt. Die Chaoten feierten die ganze Nacht. Wenn ein Peterwagen vorbeifuhr, schütteten sie Sekt aus den Fenstern." Polizeikommentar zu diesem Vorfall: „Das wär' uns ja wohl bekannt." Ist es aber nicht. Bestätigen mag die Hamburger Polizei nur die Anzeige eines ihrer Kollegen, der auf dem Weg zum Dienst ein Transparent mit der Aufschrift „Zwei Morde sind nicht genug" - nicht, wie ein 'Welt'-Kommentator falsch meldete: „Zwei Polizisten sind noch nicht genug!" - an einem der Hafenstraßenhäuser entdeckt haben will. Ob es dieses Transparent überhaupt gegeben hat, ist unklar. Als eine Streifenwagenbesatzung kurz nach der Meldung ihres Kollegen nachschauen wollte, fand sie es nicht vor. Hafenstraßenbewohner bestreiten indes, daß ein solcher Spruch überhaupt an einem ihrer Häuser gehangen hat.

Was bleibt? Freudentänze, die es nicht gegeben hat, Salutschüsse, die nicht abgefeuert worden sind, Sektkorken, die nicht geknallt haben. Und ein Transparent, das nur von einer Person kurz und dann nie wieder gesichtet worden ist. Die Bewohner der Hafenstraße wären sicherlich überfordert, wenn sie jede sie betreffende Unwahrheit der Springer-Gazetten dementieren müßten. Vielleicht reichte es für dieses Mal, Herrn Bodeit einen Brief zu schreiben. Denn der hat die Lawine losgetreten.

*Axel Kintzinger*

Wenn ihr euch die Mühe gemacht hättet, die bis zur Drucklegung der AKTION euch vorliegenden Stellungnahmen aus anderen Städten nicht nur zur dokumentieren, sondern auch zu lesen, wäre eure Schlußfolgerung möglicherweise eine andere und das Editorial dementsprechend anders.
Auch wenn die Schüssen an der Startbahn zunächst "nur" Auswirkungen auf den Widerstand im Rhein-Main-Gebiet haben, trifft dies jedoch nur auf die direkte derzeitige Repression zu. Indirekt ist durch die Schüsse an der Startbahn der gesamte Widerstand getroffen. Denn die Verschärfung der Repression macht ja nicht im Rhein-Main-Gebiet halt. (Nebenbei bemerkt, die Verschärfung der Repression wäre auch ohne die Schüsse an der Startbahn gekommen. Sie dienen lediglich als willkommener Anlaß.)
Eine eigene Stellungnahme zu den Schüssen an der Startbahn und die Auswirkungen auf den Widerstand laß ich erst mal. Zum einen, weil es schon reichlich Stellungnahmen gibt, zum anderen, weil ich darüber erst noch mit anderen Menschen hier diskutieren will.
Darauf hoffend, daß die nächste AKTION besser wird verbleibe ich mit

Gefühl und Härte

LESERBRIEF
zu Hegesias' "Versuch über die Definition der moralischen Freiheit im politischen Sinne", AKTION Nr. 29, 5-87, S.47

Erstmal was Grundsätzliches vorweg: Was mir nicht gefällt, ist Hegesias' banaliserter Vernunftbegriff ("was aber ist eine vernünftige Handlung - ..., sie muß wohl eine humane sein, da Vernunft nur dem Menschen zukommt, ...konkret...: nicht töten, ...usf, alles, was schlechte Tugend genannt wird.").
Ich denke Vernunft bedeutet nicht, das Wegretouchieren sog. schlechter Tugenden, sondern vielmehr das Umgehen damit, denn sie sind nun einmal im Wesen des Menschen verankert. Ein Beispiel: Agression zu leugnen, wäre falsch. Gut wäre es nicht, keine zu haben, sondern damit umgehen zu können.
Dann stellt sich auch noch die Frage, wer in "Gut" und "Böse" unterscheidet, d.h. wer eigentlich die "Tugenden" wertet. Vernunft bedeutet für mich der harmonische Einklang zwischen Verstand und Gefühl, wobei harmonisch eben nicht meint nur mit "guten" Tugenden bestückt zu sein ( oder platt: Friede, Freude, Eierkuchen), sondern sinnvolles, besser: vernünftiges Umgehen mit Widersprüchen.
Das szene-geläufige Konfliktaustragen z.B., was zwar auch nicht immer klappt, das das Patriarchat noch in so ziemlich allen drinsteckt, scheint mir ein Versuch, einen Weg zufinden, mit Widersprüchen vernünftig umzugehen.
"... daß die Einschränkung so gering wie möglich (sein soll)", schreibst du. Vom obigen Vernunftbegriff ausgehen, glaube ich, daß es im Optimalfall, der vielleicht nie erreicht werden wird, aber erstrebenswert ist, keine Einschränkung geben wird, da "gut" und "böse" im Einklang harmonisch sind, denn Einschränkung bedeutet, daß irgendwer- oder etws, etwas anderes eben einschränkt, will sagen: Einschränkung ist immer Repression, egal wie gering sie ist.
Du stellst den Menschen von Natur aus über das Tier, "da dies nicht die Möglichkeit hat, abstrakt zu denken"; und "...der Mensch mit dieser Möglichkeit ausgestattet, beläßt sich dumm, ...". Letzteres finde ich richtig. Eine Alternative zu dieser "selbstverschuldeten, selbstgewollten Unmündigkeit (Kant) wäre, daß mensch seine Fähigkeiten zur Abstraktion nutzt, um sich eben nicht als höchstes Wesen der Natur zu begreifen und sich über alles zu stellen, sondern sich als gleichberechtigtes Wesen der Natur begreift, was sich lediglich von den anderen Wesen unterscheidet, wie sich zum Beispiel ein Tier durch seine Möglichkeit zur Bewegung von den Pflanzen unterscheidet. Natur meint im diesem Sinne die Gesamtheit der Existenz. Lernt mensch, obiges zu begreifen und daraus zu handeln, so ist es möglich, ein kleines Stück Freiheit zu fühlen. Daraus ergibt sich: Freiheit ist nicht nur das politische Ziel - sie ist auch der politische Weg.
Es gäbe noch 'ne Menge zu sagen, z.B. zur Wertung von Dingen, zur Natur, Harmonie und auch zur Freiheit, aber ich hoffe, alles relativ deutlich zusammengefaßt zu haben.
In diesem Sinne
FREIHEIT UND GLÜCK

S. PYLAKOPA

P.S.: Es stellt sich auch die Frage, wie im bestehenden System, diese Grundsätze verwirklicht werden können, also z.B. wie soll mensch her vernünftig mit Agressionen umgehen, wo diser Staat die Gewalt (die ein Ausdruck von Agression ist) doch herausfordert? Das läßt sich wohl (vorläufig) nur in einer kleinen Gruppe leben, weil die Gesamtheit (Staat, Gesellschaft) eben nicht vernünftig handelt.



# KAMPFZYKLUS '87?

## Zwischen Perspektive und Defensive

Brennende Barrikaden, Frontbegradigungen, taktische Finten, Kübeleien und vorerst die kleine Rochade in die Defensive? Was wird die sozialrevolutionäre Linke aus dem Jubiläumsjahr 1987 als Erfahrung, Erfolg und Perspektive weiter entwickeln? Was wird sie, hoffentlich, als hinderlichen Ballast abwerfen, um manch lästige Symptome radikalistischer Kinderkrankheiten zu überwinden?

Aus dem eiskalten Winter begann 1987, wie fast jedes Jahr mit reichlich guten Perspektiven. Das Libertäre Zentrum hatte sich bewährt, die libertären Tage nahmen in der Vorbereitung konkret Gestalt an. Gruppen und Grüpchen, die sonst elegant aneinander vorbei agierten, brachten es fertig, auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten, unter Wahrung strengster Autonomie, versteht sich.

Und da war noch das "Doppeljubiläum". An einigen Häuserwänden standen plötzlich Parolen wie: "2. Juni 1967 - nichts wird vergessen!" Es lag Spannung in der Luft. Doch es passierte wenig. Die radikale Linke ist längst nicht mehr eine leicht zu rechnende Größe, die zum staatlich medialen Höhepunkt wie der Teufel aus der Box hervorspringt.

20 Jahre 2. Juni und im Herbst der 10. Jahrestag der Stammheimer Morde. Das weckt auch bei an sich nicht zum Esoterischen neigenden, realitätsbezogenen AnarchistInnen seltsam gespaltene Erwartungen.

Auch war da noch das Jahr I nach Tschernobyl, was kaum noch registriert wurde. Die Anti-Atombewegung, ob alt, ob neu, hatte wieder den steifen Wind politischer und medialer Ignoranz im Gesicht. Es gab verbotene Konferenzen, verzweifelten Protest in Wackersdorf, freigesprochene Hanauer Atommanager. Die Mastsäger sägten, und sie machten ihre Sache gut. Staatsschützer und Atomlobby warnten vor den sich "buschfeuerartig" ausbreitenden Sabotageakten.

Alles in allem, das Jahr 1987 würde ein Jahr der Offensive werden, wohlgemerkt, einer politischen Offensive, welche die hiesigen Verhältnisse praktisch und theoretisch wieder auf den Begriff bringen sollte.
Das Jahr 1987, ein Jahr der Erwartgungen hat auch in den letzten Tagen kaum beschauliche Winterruhe aufkommen lassen. Es ist finster geworden, kälter sowieso, und vielleicht sind wir schon wieder dort, wo wir uns am besten auskennen: in der Defensive.

### Libertäres Ostern

Doch der Reihe nach. Die Libertären Tage in Frankfurt fanden noch unter einer freundlich wärmenden Ostersonne statt. 2000 Libertäre, Autonome, AnarchistInnen, AnarchosyndikalistInnen überwanden seit längerem zum ersten Mal ihre Sprachlosigkeit und lösten sich gemeinsam aus dem engen Rahmen

der jeweiligen Ein-Punkt-Bewegung. "Von den sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution" lautete das Motte. Ein gemeinsamer Überbau erschien greifbar. Kommunikation untereinander sollte verbindlicher und effektiver werden. Sogar eine bundesweite Zeitung war im Gspräch. Wann kommt die ATAZ (je nach Standort: Autonome/Anarchistische Tageszeitung)?

Bedeutend war die Erkenntnis des Miteinander redens ohne ständig auf die drohende Symbolik eines Bauzauns zu starren oder in informellen Strukturen eine von uns selbst als falsch erkannte Avantgardepolitik zu kultivieren.



Was ist aus den zentralen Themen geworden? Die soziale Revolution leuchtet weiterhin relativ fern am Horizont. Die Militanzdebatte wird an späterer Stelle noch genauer betrachtet. Ökonomie und Klassenkampf, politische Verbindung von Arbeit und Alltag, autonome Frauen - es gab viele Ansätze.

"Wir kriegen uns schon", lautete ein Fazit eines Artikels aus der AKTION Nr. 27, der sich mit dem Verhältnis zwischen AnarchistInnen und Autonomen beschäftigte.
Gemeinsamkeiten gibt es im täglichen Kampf gegen das System, im Widerstand gegen WAAnsinnsprojekte und Herrschaft. Anarchismus ist historisch und politisch nachvollziehbar, einst als libertärer Flügel der Arbeiterbewegung und in der Konsequenz gegen jede Form staatlicher, bürokratischer und ökonoischer Herrschaft.

Autonomie ist ursprünglich ein Begriff aus radikalen Kämpfen in Italien. Anfang 1980 entstanden auch in der BRD bewußt autonome Gruppen. Autonomie, das war radikaler Ausdruck einer Opposition, die nichts und niemanden mehr traute: weder dem Kapitalismus, noch den linken Eliten und Parteien. Autonome forderten vehement: "Wir wollen alles, und zwar subito!" Ein berechtigtes Mißtrauen gegen geschlossene Ideologien, Theorien und verkrusteten Organisationen bewahrte die Autonomen davor, den verpaßten Revolutionen ihrer meist marxistisch hochideologisierten Apo--Großvätern nachzueifern. Autonomie, das war und ist das Unberechenbare, Militante, das beständige Lachen am Ohr des Scharfrichters, das diesen immer wieder an sein eigenes Ende erinnert.

Die autonome Radikalität hat nichts zu tun mit der Revolutionsphysik der K-Gruppen vergangener Jahre. Autonomie entfaltet sich in den sozialen Bewegungen, im Stadtteil, ist stets konkret und am täglichen Kampf ausgerichtet, immer die Gefahr des politischen Zerfalls vor Augen. Es fehle der Bezug zur Klasse und der bewußt forcierte Klassenkampf, wird den Autonomen vorgeworfen. Dagegen gilt noch immer, daß Geschichte gemacht wird!

"Da aber die gegenwärtige sozio-ökonomische Entwicklung diese emanzipierende Tendenz nicht mehr in sich trägt, verändert sich vollkommen das Gewicht der subjektiven Tätigkeit des Einzelnen ... unter den Bedingungen, wo Tendenzen qua Tendenzen nicht mehr emanzipierend geschichtlich vorangehen, wird die praktische Tätigkeit der Menschen in der gegenwärtigen Periode von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft."
Dieses Zitat von Rudi Dutschke sagt nichts anderes, als daß aus der Geschichte nicht urwüchsig Emanzipation fortschreitet und die Revolution eben nicht durch "objektive Ursachen" und "dauernden Klassenkämpfen' entsteht, sondern daß wir selbst, jeder Mann und jede Frau, bestimmen, was in der Geschichte machbar ist.
Immerhin gab es zu den Libertären Tagen Ansätze zu einer dringend nötigen theoretischen Aufarbeitung unserer politischen Praxis. Es war aber auch sehr viel Bauch, eine Art Aufbruchstimmung, ein möglicher sozialrevolutionärer Frühling, der durch die Räume der Fachhochschule wehte.

Aber der Sommer schläferte wieder vieles ein. In Frankfurt z. B. entstand kein libertäres Plenum. Es brauche noch Zeit, meinten eingige Autonome. Außer Thesen nichts gewesen? Nicht ganz. Die politische Klärung zwischen AnarchistInnen und Autonomen läuft weiter. "Raus aus dem Getto" ist zum gemeinsamen Begriff geworden. Nach dem Scheitern des Grünen Parlamentarismus und der wachsenden Radikalisierung von Teilen der außerparlamentarischen Opposition ist ein Frühling der Anarchie denkbar geworden. Berichte aus verschiedenen Städten zeigen, daß es Wirkungen gab.

## Ein Jahr nach Tschernobyl

Die nur von Kinderlosen belächelte Betroffenheit der Mütter hat schon wieder der Alltag geschluckt. Bequerelzählen findet nur noch am Freitag in der Frankfurter Rundschau und in einschlägigen Ökomagazinen statt. Doch seit der Atomkatastrophe in der Ukraine kann niemand mehr behaupten, von alle dem nichts gewußt zu haben. In der BRD haben wir nur den zarten Hauch der radioaktiven Pest gespürt. Sie lauert aber auch bei uns in den Atomkraftwerken unter den brüchigen Mänteln aus Beton und Stahl. Diese weißen Betonberge sind schon jetzt die Grabsteine für Millionen von Toten.

Es ist mit ein Verdienst der Mastsäger, daß dieses Thema weiter präsent geblieben ist. Es komme dabei nicht darauf an, wie viele Strommasten fallen, sondern in wie vielen Köpfen diese fallen, so lautet ein Fazit aus den Libertären Tagen. Und die Nervosität der Atomlobby beweist, daß es schon viel zu viele Köpfe geworden sind, denen das Fällen eines Strommastes offenbar als legitimes Mittel des Widerstands galt.

Diese bisher in der BRD populärste Form politischer Militanz soll nun mit allen (un)rechtsstaatlichen Mitteln verhindert und zerschlagen werden. Den Mastsägern gehört unsere Solidarität, und denen, die jetzt von Gewalt und Unrecht zetern halten wir entgegen, daß es nie so viele Totgeburten und Mißbildungen gegeben hat wie in diesem Jahr. Im relativ kleinen Bekanntenkreis von einem der beiden Verfasser des Artikels waren es dies Jahr fünf! Er war selbst davon betroffen. Eine Fehlgeburt im 6. Monat ist für eine Frau schrecklich.

Es fällt schwer bei den ganzen Heuchlern, der SPD, die nach Tschnernobyl atomkritisch wurde und heute ganz kleinlaut geworden ist, den Grünen, die von Versöhnung faseln, nicht das kalte Kotzen zu kriegen.

Günther Anders fragte in der taz vor einigen Monaten: "Reicht das Töten toter Dinge?" im Angesicht einer menschenverachtenden Megaindustrie und ihren ständigen Offensiven gegen das Leben auf diesem Planeten.



Wir, die Devensiven in diesem Kampf, haben dabei oft nicht die Wahl der Waffen. Wir reagieren. Die Zerstörung von Symbolen hält Anders für sinnlos. Das ist für die Strommasten nur bedingt richtig. Z. B. wurde so verhindert, daß die Grünen ihr penetrantes Versöhnungsritual mit Staat und Gesellschaft nicht ungestört zelebrieren konnten. Das Thema blieb bis heute ein heißes.

## Jubiläum, Militanz und Pistolenschüsse

Offenbar haben auch militante Demos im Jahre 1987 zugenommen. Randale in Berlin, heftiger Feuertanz in Freiburg, selbst im schicken Düsseldorf klirrte es vernehmlich. Und die Tendenz setzte sich fort. Der Vermummte wurde zum Staatsfeind Nr 1 und hat damit die sonst so gefürchtete RAF auf Platz 2 der "Terrorhitliste" verdrängt.



Die symbolträchtigen Tage im Juni und September verstrichen dagegen ohne "Highlights", abgesehen von einer schmerzvollen Demo mit mobilem Polizeikessel. Es waren doch leider nur Medienereignisse mit Gedenksendungen und den unvermeidlichen Talkshows. Auch die eiserne Front westeuropäischer AntiimperialistInnen brachte nicht viel mehr zustande als einige Tuschelsitzungen, die fast schon eine spiritisische Aura umgaben.

Es kam der 2. November und mit ihm die fast schon vergessene Startbahnbewegung wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. "MORD AN DER STARTBAHN", stand am 3.11. auf der ersten Seite einer Zeitung. Die Schuldigen waren schnell gefunden. Die vermummten Chaoten! Autonome, die neuen "Terroristen"? Der flugs gefaßte und präsentierte Täter paßte dann nicht so recht ins Bild. Er sei ein "netter Kerl", stand zu lesen und "er war lieb zu Tieren". Es setzte eine Distanzierungswelle ein. Mit so etwas wollte man nichts zu tun haben. Wir taten uns leid. Wir wußten, was da auf uns zukam: eine beispiellose Kriminalisierungswelle! Einige ganz Kecke versuchten es auf die Otto-Versand-Tour (finden wir gut). Das blieb aber die Ausnahme. Es war das Pfeifen im Wald nach Einbruch der Nacht.

Und was für Spekulationen setzten ein über Militanz, Konsequenz, Versöhnung. Waren die "gezielten Schüsse auf Menschen" das häßliche Endprodukt des langjährigen Startbahnkampfes? Hervorgegangen aus radikalem Frust und erstarrter Verzweiflung, als ob sich die ganze Bewegung selbst entlarfe und vor lauter Perspektivlosigkeit aufgezehrt habe? Schilly, Fischer, "die Zeit" und andere fordern das Abschwören jeglicher Gewalt und sehen einen Zusammenhang von der einfachen Regelverletzung bis hin zu den Schüssen an der Startbahn.
"Reißt die Masken ab, schmeißt die Zwillen weg!" tönt es. Sie reden davon, daß die Schüsse ein konsequenter Ausdruck der Militanz seien. In Wahrheit geht es nicht um Mollies oder Zwillen. Die sollen als Symbol der Reue abgelegt werden, da es ihnen in erster Linie um die Abrüstung in den Köpfen und um die Entschärfung der Herzen geht!

Von den Opfern, zwei Menschen, die als Polizisten agierten, redet heute kaum noch jemand. Stattdessen wird eine "Terrorgruppe Eichler" konstruiert, um die Zusammenhänge der Autonomen aufzurollen und endlich, endlich, seit langer Zeit gegen die Strommastsäger einen Fahndungserfolg vorweisen zu können.

Warten wir ab, was das nächste Jahr bringt. Vielleicht die Erkenntnis, daß das Geschehen um die Morde an der Startbahn so etwas wie das Celler Loch plus "schwarzer Block" unter Regie von Werner Mauss war.

## Rückblick und Ausblick

Es ist kein vollständiger Jahresrückblick. Noch beabsichtigten wir die Neujahrsrede des Bundeskanzlers zu wiederholen. Aber es tut not, ab und zu den Kopf aus der Flut zu strecken und sich umzuschauen, wohin wir eigentlich schwimmen.

Es gäbe noch viel zum Kampfzyklus 1987 zu sagen. Z. B. ein Grußwort an die Hafenstraße! Dort wurde ein Stück Autonomie politisch und militant verteidigt. Wir dürfen uns unsere eigenen Erfolge nicht wegreden lassen! Wir brauchen sie dringend! Denn es knirscht im Gebälk des Wohlstandsbunkers. Die Yuppies haben dies Jahr ebenfalls ihren Herbst erlebt als weltweit die Börsenkurse zusammenbrachen. Der Dollar sinkt und sinkt. Gorbatschow und Reagan singen gemeinsam Weihnachslieder, und die Kumpels von Reinhausen verbarrikadieren das gesamte Revier, leider noch in vorheriger Absprache mit Ordnungsamt und Bullerei. Lenins Bahnsteigkarte läßt grüßen.

In den letzten Wochen wurde viel phantasiert über die "Ursachen der Gewalt" und woher die Autonomen und Radikalen denn kommen. Einmal sind es die deklassierten Jugendlichen, Arbeitslose, Frustrierte. Ein andermal haben sie einfach "einen gehörigen Sprung in der Schüssel". Alle möglichen pathologischen, pädagogischen, soziologischen, mißantropischen Ursachen werden hervorgekramt, nur nicht der naheliegendste: das kapitalistische Bankrottsystem samt Staat, Herrschaft und Ausbeutung. Seit Tschernobyl, seit Vietnam, seit Bophal, seit ... sind das keine Gründe? Es knirscht im morschen Skelett des Riesen.

Es besteht kein Anlaß für eine reumütige Umkehr hin zu Vater Staat. Die Maloche ist nicht erträglicher, der Wald nicht gesünder und die Staatsmacht nicht freundlicher geworden. Eine sozial-revolutionäre Bewegung wird sich im tagtäglichen Kampf die adäquaten Waffen aneignen, die diesen Prozeß vorantreiben. Das sind nicht in erster Linie Gewehre. Das ist politisches Bewußtsein, Solidarität. Das sind Demos und Flugblätter, Treffs und eroberte Freiräume. Das sind auch Mollies und Steine. Und das sind vor allem unsere Ideen, die sie fürchten und unsere Vorstellung von einer besseren Welt!

**WRIGLEYS & Spiegelbruch**

# DAS NEUE FRANKFURT

Hin und wieder flattern den Menschen selbst in den feuchtesten und von der Bausubstanz heruntergekommensten Sozialwohnungssiedlungen bunte Hochglanzbroschüren der Stadt Frankfurt ins Haus.
Da grinst denn ein feister, marzipanschweinchenrosa-gefärbter Oberbürgermeister gleichgültigen Gesichtern entgegen und zeigt trotzdem, wie sich das in Frankfurt versammelte "Kapital" die städtische Entwicklung zur "Dienstleistungmetropole Nr.1" so vorstellt.
Ein Horrortrip, Alptraumcity, schlimmer kann kein Video sein.

Die Metropole, vollgepfropft mit völlig unnützen Bürohochhäusern, leergeräumt von Menschen, die Wohnraum zum Leben brauchen und an den Rand gedrängt werden, benutzt nur noch, im Werktagrythmus, von flanierenden Tippelwesen und grauen Boss-Anzügen und Geblümtes und Gestreiftes und mit Wet-Gel-Eingeseiftes, daß sich Hamburger und Pommes reinschiebt, in der Mittagspause,
denn das Leben ist ja hart genug.

Dazwischen, hinter Mövenpick-Eisterrinen, grinsen graumelierte Apo-Fossilien in den urbanen Stinkehimmel und freuen sich ihres "postmodernen" Daseins, haben die Identitäten gewechselt und sich reingewaschen, inmitten des so geilen Pulsschlages der Metropole. Der Strand für sie liegt längst nicht mehr unter dem Pflaster, sondern mittlerweile im Barraum des Hotels Plaza, in dem empfohlenerweise für den metropolitanen Wohlstandslinken der Nighttrip beginnen könnte, wie das im PFLASTERSTRAND, dem Zentralorgan der Vereinigung Blümeranten Neudeutschen Spießermittelstandes, so appetitanregend beschrieben ist.

Und damit denn schließlich, zwischen den zahlreichen Kapital-Verbrechersyndikaten wie Deutsche- und Dresdner Bank, wie Citi-Bank, Commerz und Chase-Manhatten, das innovative Dienstleistungsklima nicht abhanden gerät, das so dringend benötigte, braucht es zur pflegeleichten Entspannung Hunderte-Millionen-Schwere Kultur, die den Ärmsten der Stadt "bedauerlicherweise" im leeren Magen liegt, die aber umso heftiger in entsprechende Kult-Tempel gepreßt wird, wo dann schon mal auch kritische Worte und Bilder zum Sonntag gezeigt werden dürfen, in Maßen natürlich und "demokratisch" ausgewogen.

Das raschelt durchs Gemüt, das urbane Liebeslied.
Stadt der Kosmopoliten, baut höher, weiter, schneller,
supergeiles, zeitgeist-zynisches,
schulze-müller-
Onkel Huber-haftes
und verbrecherisches Frankfurt,
mensch müßte dir solange ins Gesicht kotzen, bis du endlich erstickt bist.

Das Gesicht des "Neuen Frankfurt" bekam J. zu spüren. Für ihn begann "metropolitanes Überleben" (=Pflasterstrand O-Ton im Artikel über Kneipenleben) mit einem Job bei Firma Stark, im Griesheimer Stadtweg 89 in Frankfurt, Bauunternehmung, begann mit 7,-- DM brutto/Std. und einer Unterkunft auf dem Firmengelände. Firmengelände bedeutet hier einen Haufen Metallschrott, Abfall und ausgediente Bauwägen, in einer wenig postmodernen, weil feuchten Baubaracke mit mehreren Doppelstockbetten und einem Waschbecken für alle dort hausenden Leute. Was selbstverständlich Miete kostete, direkt vom Lohn einbehalten, schreiende 150,--DM für ein Bett und die Benutzung des Waschbeckens im Monat. Ausgangsbedingungen, wie sie speziell für AusländerInnen, insbesondere AsylantInnen üblich und bürgerlichen Medien keine
Humanheuchelei wert
sind.

Stark zog nun von den 7,--DM Sozialversicherungsbeiträge ab und steckte sich diese in die eigene Tasche, wozu versichern, die habens doch eh gut genug, solln froh sein, daß sie hier überhaupt arbeiten dürfen. Für die ist das doch viel genug, ....sind Sprüche, wie sie nicht nur auf dem Bau sehr oft zu hören sind.
J. "lebte" und "arbeitete" nun in der Metropole auf diversen Baustellen des so blitzenden "Neuen Frankfurt" ca 14-16 Std. am Tag. Aber das urbane Lebensgefühl, das vielleicht in der Bar des Plaza so tierisch in den Knochen kitzelt, mochte sich bei ihm nicht so ganz einstellen. Nach einigen Monaten schwerster Arbeit, permanenter Kontrolle und Angst, den Ausländerbullen verpfiffen zu werden, wurde J. vom Bagger der Firma Stark (gefahren hat das Ding Stark selbst) im Oberschenkel- und Beckenbereich zerquetscht.

J. überlebte zwar, ist heute aber Invalide.
Stark behauptete nach dem Unfall J. wäre nie bei ihm beschäftigt gewesen, noch besser, er würde J. überhaupt nicht kennen. Mittlerweile ging es nicht mehr nur um den Arbeitslohn, der noch nicht ausbezahlt war, sondern auch um die Lohnfortzahlung für die Dauer der Verletzung, insgesamt um einen Betrag von mehreren tausend Mark. Es war J. vorerst nicht möglich nachzuweisen, daß er bei Stark beschäftigt gewesen war, denn alle hielten dicht, die Kollegen, selbst Ausländer, die Auftraggeber von Stark, die Bauunternehmung Büscher, Große Seestr. 32 in Frankfurt, die wiederum direkt vom Hochbauamt der Stadt Frankfurt mit dem Rohbau des Museums für Vor- und Frühgeschichte beauftragt wurde.
Sie alle kannten J. und schwiegen.
Unterdessen kassierte Stark jedoch von der AOK 80% der nie an J. ausbezahlten Lohnfortzahlungssumme, dreist, aber Pech, da dadurch die Sache denn doch aufflog.
Der Lohn ist bis heute nicht ausbezahlt, da Stark mit legalen Mitteln (Zwangsvollstreckung u.ä.) nicht beizukommen ist. Er behauptet nicht zahlen zu können, keine Aufträge zu haben.
Bleibt die Frage, warum alle den Unternehmer stützten, bzw. sich weigerten vor dem Arbeitsgericht als Zeuge für J. aufzutreten.
Uns wurden Informationen zugespielt, wonach es für Bauunternehmen, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, nichts außergewöhnliches ist, mittels bezahlter Schlägertrupps illegale AusländerInnen bzw. illegal/legal arbeitende AsylantInnen unter Druck zu halten. Rechts- und Statuslos haben die AusländerInnen



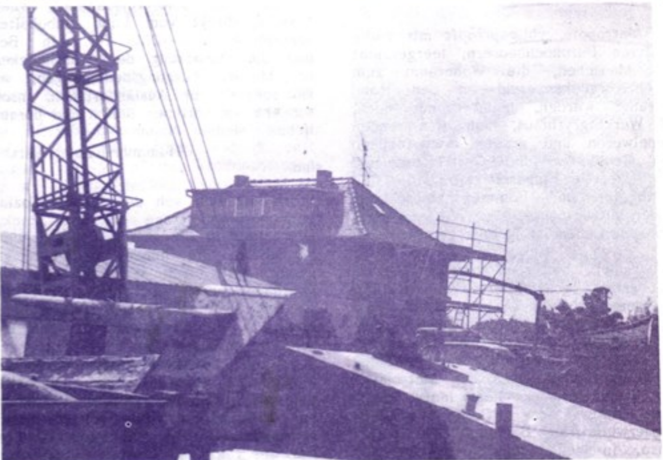
sich den gesetzten Bedingungen zu unterwerfen, andernfalls werden sie krankenhausreif geschlagen oder den Ausländerbullen ausgeliefert. Es ist schwer diese Schlägertrupps nachzuweisen, es sind selten organisierte Gruppen, sondern spontan zusammengekaufte, die sich nach getaner "Arbeit" wieder auflösen. Natürlich arbeiten die Bauunternehmer Hand in Hand, natürlich wissen auch die "Herren" der auftraggebenden Firmen von diesen Methoden, jedoch sind ihre Finger reingewaschen. Die Drecksarbeit nur schwer beweisbar.
Wie eng z.B. Stark und Büscher verknüpft sind, zeigt die Tatsache, daß Büscher gelegentlich die Löhne für Leute von Stark ausbezahlte, wenn Stark nicht dazu in der Lage war. Wie eng die Verknüpfungen überhaupt sind, zeigt der Straßenbauamtsskandal, zeigen Bestechungsgelder und die Verhaftungen von mehreren Bauunternehmern in diesem Zusammenhang.

J.' Schicksal ist zwar tragisch, aber, und das soll ausdrücklich festgehalten werden, kein Einzelfall, das Vorgehen des Unternehmers Stark gegen "seinen" Ausländer nicht Ergebnis individuell kriminellen Handelns.
Bestechung, Erpressung, brutale Gewalt und Einschüchterung, Verfilzung, mieser Lohn und unerträgliche Wohnbedingungen sind der Boden, auf dem die Paläste des "Neuen Frankfurt" wachsen.
Leben und Arbeiten in Frankfurt, das bedeutet speziell für Menschen aus anderen Ländern ständige Angst, Mißhandlungen, Prügel, Armut, und ständige Entwürdigung.

So arbeiten im Cafe des städtischen Palmengarten beispielsweise vor allem jugoslawische und türkische Frauen für einen Hungerlohn von DM 6,--/Std., müssen in den Unterkünften des Cafe-Besitzers, der ganz nebenbei beträchtliche Zuschüsse von der Stadt für den Betrieb des Cafes kassiert und, sicheren Informationen zufolge, auch vor entsprechenden Bullenüberprüfungen von "berufener Seite" Informationen zugesteckt bekommt, leben und sind ebenfalls nahezu rechtslos, können sich nicht wehren, da sie von dem Hungerlohn absolut abhängig sind.



Firma Merck in Darmstadt, die FAG am Flughafen, "halten" sich ebenfalls Ausländer und Asylanten wie Arbeitsvieh. Auch dort "leben" die Menschen in primitiven Baubaracken. In Darmstadt soll es so weit sein, daß AsylantInnen das Firmengelände nicht verlassen dürfen. Geschieht das dennoch, werden die Leute von den Bullen aufgegriffen und auf das Firmengelände zurückgezerrt.
Eine Baufirma Barisa Eres GmbH in Offenbach, beschäftigte für 63 Stunden einen ehemaligen Suchtkranken, der mit Ach- und Krach einen Entzug geschafft hatte, als Kranführer, ohne ihm jemals Lohn auszuzahlen. Auch hier wird mit angeblicher Zahlungsunfähigkeit argumentiert, ist die Firma legal nicht greifbar, die Liste liesse sich endlos fortsetzen.



Aber nun geht es natürlich nicht nur darum, eine Liste von Schweinereien aufzustellen, herumzujammern und nach Verbesserung zu schreien. Unternehmer wie Stark werden vielleicht irgendwann zahlen, wenn der öffentliche Druck auf ihn einsetzen würde. Die Theorie vom schwarzen Schaf im Bauwesen, das zur Strecke gebracht wurde, ginge dann durch die Presse. Vom Dreck des Bodens fände sich keine Spur.
Daß solche Schweinereien passieren ist nicht überraschend, wichtig ist nur festzuhalten, daß im Bereich des Bauwesens die Widersprüche aber vielleicht mit am heftigsten aufbrechen, die Menschenverachtung eines auf Verwertungsinteresse basierenden Systems hier sehr deutlich hervortritt, und für uns vielleicht von daher ein Einhaken mit unseren Vorstellungen gelingen könnte. Eins der möglichen Hebelchen um Widersprüche zu verschärfen.

Eine mögliche Umgehensweise wäre für uns dann z.B. eine von mehreren Flüchtlings- und Asyl bzw. Antifagruppen getragene Kampagne zu Arbeits- und Lebensbedingungen, zu den faschistoiden Methoden, dann exemplarisch für andere Bereiche, im Bauwesen.

So sind Konzerne wie die HOCHTIEF AG natürlich auch hier wieder mit dabei. HOCHTIEF baut nicht nur Kernreaktoren und derzeit federführend die WAA, HOCHTIEF baut an der Bundesgartenschau und beschäftigt in allen möglichen Projekten zahlreiche Subunternehmer, die wiederum gegen den Kapitaldruck des Konzerns, keine andere Möglichkeit sehen als die letzten in der Kette, vor allem die ausländischen ArbeiterInnen unter schwersten Druck zu setzen. Oder die PHILIP HOLZMANN AG, ist nicht nur, zusammen mit Stadträten, wie dem Baudezernenten Haverkamp, im Aufsichtsrat der Hellerhof AG vertreten, jener "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaft, die die langgestreckten, durchweg feuchten und unzumutbaren Wohnknäste der gleichnamigen "Hellerhofsiedlung" im Gallusviertel verbrochen hat, sondern auch Hauptbauträger der Ausbauvorhaben der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die sich weiter und weiter in den Stadtteil frißt und für die in absehbarer Zeit Menschen aus 130 Wohnungen sich ihren Lebensraum zerstören lassen sollen.

Es liessen sich genügend Bögen schlagen, Verknüpfungen aufzeigen, Kapitalstrategien analysieren, die alle immer wieder zum gleichen Punkt kämen.

Zu den erbärmlichen Bedingungen unter denen Menschen in den Metropolen (und natürlich auch woanders) zu leben gezwungen werden. An diesem Thema liesse sich die vielzitierte "Kontinuität" entwickeln, da wir endlich nicht nur "autonome Feuerwehr" zu spielen bräuchten, sondern, ganz nebenbei, unsere eigenen Arbeits- und Wohninteressen gleich mit durchsetzen könnten. Soziale Gegenmacht oder militante Gegenwehr könnte auch hier beginnen. (Und wenns, als ersten Schritt erstmal so weit käme den Schlägertrupps etwas entgegenzusetzen, da betroffene Einzelpersonen das nicht tun können.)

Und nebenbei- würden wir mit dem Aufgreifen solcher Widersprüche, speziell in der jetzigen Frankfurter Situation, neben der Arbeit zur sich mehr und mehr ausweitenden Repression,

vielleicht vom Ohnmachtsgefühl des An-die-Wand-Gedrückt-Seins wegkommen und eine neue politische Offensive gewinnen, die auch das Bild von dem oder der stumpf "dahinprügelnden Autonomen" entzerren und richtigstellen könnte.

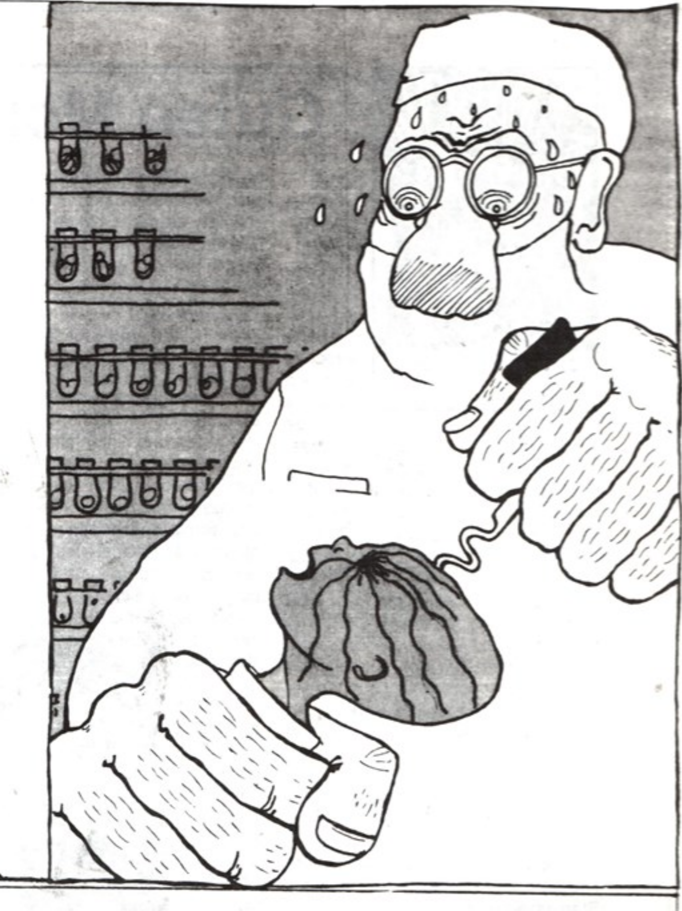
Es wäre also, inhaltlich gesehen, gar nicht so schwer, kontinuierliche Arbeit zu leisten, Politik, die uns betrifft, gegen die wir uns zur Wehr setzen, mit Mitteln, die wir im Laufe der Zeit entwickelt haben und die sich in der momentanen Situation auch bewähren.

Alle die genannten Möglichkeiten sind natürlich nur als Diskussionsansätze gedacht, was mit Informationen, wie denen im Falle von Stark, angefangen werden könnte, welche Perspektiven sich daraus ergeben. Ob das Thema für ein Stadtplenum, für Asyl- und Flüchtlingsgruppen, für autonome Gruppen und andere relevant ist, wird sich zeigen. Faktisch wäre nur, daß sich aufgrund der Verknüpfungen Gruppen unterschiedlichster Richtungen zum Thema "Arbeit und Leben" langfristig verhalten könnten, und meiner Meinung nach auch sollten.

Fürs erste wären wir an weiteren Infos interessiert. Wenn euch also irgendetwas in Richtung Bau zu Ohren kommt, so lasst es rüberwachsen.

Vielleicht findet sich ja doch mal eine Möglichkeit dem "Neuen Frankfurt" gemeinsam eins in die polierte Fresse zu hauen und gleichzeitig einen Schritt weiter in Richtung sozialer Revolution zu kommen.

Alois Mieselprim



## KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL

### PLATTENKRITIK
Frankfurt Independent auf Vinyl

#### 1. SET FATALE efa 08/8553

keine bezeichnung für die 1987 erschienene lp von SET FATALE passt besser als krautrock. die musik erinnert einerseits stark an die werke von grobschnitt mit einem leichten touch amon düül II, zum anderen als ein versuch, die neue deutsche welle fünf jahre nach ihrem untergang mit psychedelicrock elementen neu zu beleben. getrübt wird das, für krautrock fans only, vergnügen durch ziemlich debile, größtenteils deutsche texte. extrabreit läßt grüßen. die technisch gut klingende platte empfiehlt sich als background zu leicht gestrecktem marok, hellem libanesen und für leute, die der deutschen sprache nicht mächtig sind.

#### 2.RANDOM CONFUSION Head in the rhrthm mam 502

die jazz-rock musik der RANDOM CONFUSION ist schwer eingängig, alles andere als seicht und als background geduddel völlig ungeeignet.



wenn mensch sich anden englischen gesang, der episch, lasziv, stellenweise interessant ungewöhnlich und wenn überhaupt, dann nur an RANDOM CONFUSION erinnert, gewöhnt hat, stechen die blasinstrumente saxophon und trompete hervor, ohne das restliche instrumentearium, bass, guitar, piano, drums zu verdrängen.
nach dem stück "no escape for the rape" oder spätestens nach "instruction" kommt unweigerlich der gedanke zu hönkel in plattenläden auf, um sich weitere lp's der RANDOM CONFUSION zu besorgen. wer dort nicht fündig wird, kann sich an die auf dem innencover, auf dem die texte zu finden sind, angegebene kontaktadresse halten:
RANDOM CONFUSION
c/o NAM-Aufnahme
M.Maier
Schmidtstr. 10a
6000 Frankfurt
Gegenanzeige: die musik der RANDOM CONFUSION ist dreckig und unhygienisch. eventuelle infektionen werden bei erhöhter phonzahl ausgelebt!

### TAPE WORK
"unser kleiner despot" kbe 02

politisch, agressiv und schnell ist der cassetten sampler mit 13 verschiedenen gruppen und 28 tracks aus diesem unseren lande, die alle einen textlich politischen inhalt haben und deren niveau meist weit über der "immer-druff-auf-die-bullen" aussage liegt.
die texte, von ein paar englischsprachigen ausnahmen abgesehen, sind in deutsch und in einem 48seitigem (!) beiheft nachzulesen, in dem es zudem noch umfangreiche infos zum sampler und den gruppen gibt.
die musik ist überwiegend punkig und emotional und wird durch reaggae, elektronische rhytmen oder melodiösen rock abwechslungsreich ergänzt. wer die chromdioxyd c-90 dolby b cassette, deren inhalt einen einblick in die gegenwärtige polit-rock scene ergänzt, haben will, sie kostet sechs mark plus porto, kann sich an die AKTION wenden. schickt aber kein geld, da der vertrieb nicht übr uns läuft (wir geben eure bestellung an das label weiter).

FENRIS WOLF

ANARCHIE

Lokalteil Göttingen

FAU-Göttingen, c/o Buchladen Rote Straße Rote Straße 10, 3400 Göttingen

# Guten Morgen BRD...

Genau 1 Jahr nach den Besetzungen, Räumungen und dem Bullenterror des letzten Jahres empfinde ich bei den jetzt anrollenden Prozessen, wie stark wir uns seitdem individualisiert haben. D. h. nach einer Aufarbeitungsphase bis ca. zu den Libertären Tagen (vgl. Häuserkampf - Reader: "Auf der Weender nachts um halb eins "), kam ein Bruch. Sowohl persönlich als auch politisch entwickelten sich stark unterschiedliche Alltage und Schwerpunkte, individuelle Existenzprobleme gesellten sich zur relativen Lähmung aller politischen Gruppen der Stadt. Was bei den Häuserkämpfen aufgeblitzt war, erlosch in der düsteren Realität bzw. reduzierte sich auf persönliche Zufallsbegegnungen. Politische Diskussionszusammenhänge zerfielen, der normale Scene - Alltag machte sich wieder breit: Punktuelle Reaktionen ( Fascho - Alarme, Hafenstraße) und Veranstaltungen/Treffen ( Stammheimer Morde, IWF - und zuletzt die Startbahn ) . Bei diesen Scene - Plenen wurde enttäuschend oberflächlich und unehrlich geredet. Grundsätzlich verschiedene Positionen wußten zwar gegenseitig voneinander, hatten aber anscheinend einfach keinen Bock, ehrlich - und wenn nötig kontrovers - zu diskutieren. Ob das daran liegt, daß dann der gemächliche Scene - Smalltalk - Alltag der Provinzstadt durcheinander kommen könnte ? Naja, kein Lamento, sondern so empfinde ich es. Auf der einen Seite bringts der Streß überfüllter Scene - Plenen nicht, auf der anderen Seite vermisse ich aber auch schmerzlich streßfreie, persönlich-ehrliche Diskussionszusammenhänge, wie wir sie vor einem Jahr noch hatten. Denn nur so waren wir überhaupt in der Lage, die Power für die Häuserkampfe aufzubringen (vgl. dazu auch Aktion Nr. 25 ). Ausgelöst wurden diese - spontanen - Überlegungen durch ein sehr lange nicht mehr verspürtes Gefühl beim ersten öffentlichen Häuserkampf-pro-zeßtag am 3o. 12. 87. Menschen, die sich das ganze letzte Jahr über kaum gesehen hatte, die aber alle für sich die Besetzungen überhaupt erst möglich gemacht hatten, trafen hier wieder aufeinander. Da blitzte - zumindest in mir -kurz wieder was auf; als ob die Kette von Vorbereitung, Durchführung, exekutiver Abräume nicht ganz abgebrochen wäre, sondern auf einmal, wo es drauf ankam, beim letzten Kettenglied -der legislativen Fertigmache - weitergeht. Kollektivität, die Kraft, die uns treibt - ein bischen sowas spürte ich, neben und hinter mir im Gerichtssaal, vor derselben liberalen Richtermaske, die damals die SA - mäßige Bullenrazzia im Juzi angeordnet hatte.

Das war allerdings nur einen kurzen Moment so. Dabei muß aber noch gesehen werden, daß während der langen Zeit zwischen dem letzten Winter und den jetzt anstehenden Prozessen die Vorbereitung der Verfahren auf wenig mehr Personen, als den Angeklagten, hängengeblieben ist. Es ist also genau das eingetreten, was vor einem Jahr kaum vorstellbar war. Prozeßvorbereitung, Absprachen, politisches nach-außen-Treten der Prozeß-vorbereitungsgruppe lief im kleinen Betroffenenrahmen ab - zwar innerhalb der Szene, doch ohne sie, die sonst, wie z. B. bei den Startbahndiskussionen die Räumlichkeiten aus den Nähten platzen läßt.



**Auf das sie uns nicht kleinkriegen! Gegen politische Maschinen und elitär-taktierende Politmacker!**

**Ohne echte Gleichberechtigung unterschiedlicher revolutionärer Ansätze kann es keinen kollektiven Befreiungskampf geben!**

Auf jeden Fall sollte klar sein, das Prozesse zumindest 'ne Menge Knete kosten. Zwar haben alle im Kopf, daß die Bewegung, aus der heraus die "Straftaten" begangen worden sind, gemeint ist - und nicht nur die zufällig Erwischten, die es ausbaden sollen - doch rollt der Rubel bis jetzt ausgesprochen spärlich. Um dies zu ändern gibt es nun einen Kalender -**Guten Morgen BRD** -so heißt er und wartet nur darauf für 5 teutsche Mark + 1.80 Porto gekauft zu werden:13 kollektiv gestaltete Seiten aus dem Herz der Göttinger Bestie. Zu bestellen über FAU/Göttingen, Postscheckkonto Nr.: 386374-300, Postgiroamt Hannover, S. Viani.

Zum besseren Verständnis dessen, worum es in den jetzigen Prozessen konkret geht, bringen wir im folgendem Auszüge aus dem Flugblatt "Politische Justiz in Göttingen " von Ende Oktober/Anfang November 87.



## Politische Justiz in Göttingen

Es ist nicht neu: Auf politisch bewegte Zeiten folgen politische Strafprozesse. Dummerweise scheinen die Bewegungen aber inzwischen in vollkommenem Dornröschenschlaf zu liegen, aus denen heraus die "Straftaten" begangen wurden. Ca. 1oo Einzelpersonen erwarten jetzt ihre Urteile, die sich von Freispruch oder Prozeßeinstellung gegen geringe Geldbuße bis Knast ohne Bewährung (droht im Fall von Rainer) erstrecken können.

Und diese Einzelpersonen stehen bisher auch weitgehend allein da - erst wenige Ansätze von Solidarität zeigen sich, die über reine Betroffenenzusammenschlüsse hinausgehen. Aber genau eine darüber hinausgehende Solidarität täte Not und ist in den Parolen der Bewegung auch immer selbstverständlich gewesen, vom "zusammen leben - zusammen kämpfen" des letztjährigen Häuserkampfs bis zur "Solidarität statt Selektion" des Studiprotests im Mai und Juni. (...)

Die folgenden Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Erstens haben wir bloß schwerpunktmäßig einige "politische" Prozesse ausgewählt, und zweitens ist letztlich jeder Prozeß politisch, ob Rechtsstreit mit VermieterIn, Ladendiebstahl oder Banküberfall.

1) Ziemlich genau vor einem Jahr geschah in Göttingen, was es bis dahin länger nicht mehr gegeben hatte: Ein Haus wurde besetzt. Ende November kamen zwei weitere dazu, und alle drei zusammen wurden am Vormittag des 1.12.86 von starken Polizeikräften geräumt: 25 Verhaftungen in der Burgstr. 7, 8 Personalienfeststellungen im Schieferweg, niemand erwischt am Theaterplatz. Die Prozesse wegen Hausfriedensbruch gegen diese 33 Leute haben bereits begonnen. Außerdem werden Leute strafrechtlich verfolgt, weil sie den Abtransport der Gefangenen aus der Burgstr. behindert haben sollen.

Am Abend dieses 1. 12. 86 fanden sich dann ca. 4oo Leute im Juzi an der Bürgerstr. ein, um über das weitere Vorgehen nach den Räumungen zu beraten. Bevor das Treffen aber richtig begonnen hatte, umstellten und stürmten mehrere Hundertschaften Polizei das Gebäude, um mit Photos und Personalien aller Anwesenden ihre Datensammlung aufzufrischen. Dieser sogenannten "kleinen erkennungsdienstlichen Behandlung" widersetzten sich einige wenige; sie sehen jetzt einem Strafverfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" entgegen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden dann 2 weitere Häuser besetzt und jeweils nach wenigen Stunden wieder geräumt: die "Rosa Villa" in der Bürgerstr. von Frauen, da das vorherige Frauenzentrum in der Kurzen Geismarstr. dem Abriß zum Opfer gefallen war, und die Luisenschule in der Baurat-Gerber-Str., ebenfalls mit dem Ziel, ein Frauen- oder ein Stadtteilzentrum einzurichten. Von beiden Aktionen gibt es je ein Strafverfahren, einmal wegen Hausfriedensbruchs, einmal wegen "gefährlicher Körperverletzung" - ein Photograf soll den Hausmeister verprügelt haben. Bei ihm wurde dann auch eine Hausdurchsuchung vorgenommen und Photos beschlagnahmt.

In all diesen Fällen handelt um Strafverfolgung im Zusammenhang mit Hausbesetzungen. (...)

2) Anfang Dezember findet ein anderer Prozeß statt. Angeklagt sind 4 Leute wegen Meineid bzw. Falschaussage. Sie waren ZeugInnen im Prozeß gegen Mike, der 1982 auf dem Weg vom Theaterkeller in die Stadt bei der Volksbank eine Scheibe eingeschmissen haben sollte. Dieser Prozeß wurde eingestellt, nicht zuletzt aufgrund der entlastenden Aussagen der 4, die kurz vor bzw. zusammen mit Mike bei der Volksbank vorbeigekommen waren und sagten, sie hätten kein Scheibenklirren gehört.

Die Aussagen der im Prozeß gegen Mike aufgetretenen polizeilichen Zeugen widersprachen den EntlastungszeugInnen. Diese hätten Scheibenklirren hören müssen. Deswegen stehen sie jetzt in der 2. Instanz vor Gericht (in der 1. waren sie freigesprochen worden).

Die staatsanwaltliche Taktik der Kriminalisierung von EntlastungszeugInnen ist inzwischen landauf landab gang und gäbe bei politischen Prozessen. In Wackersdorf z.B. wurden schon Zeuginnen nach ihrer Aussage aus dem Gerichtssaal heraus in den Knast gesteckt. Dahinter steckt die merkwürdige Logik, bei Widersprüchen zwischen den Aussagen von Beamten und gewöhnlichen Sterblichen sagten die Beamten höchstwahrscheinlich die Wahrheit, da sie andernfalls ihren Beamtenstatus auf's Spiel setzten. Es wird hierzulande offenbar immer riskanter, die Wahrheit zu sagen, wenn sie mit der herrschenden Meinung nicht übereinstimmt.

(...)

3) Schon seit Sommer zieht sich ein anderer Prozess hin. Angeklagt ist Rainer, Drucker beim Kollektiv "Aktiv-Druck". (...)

(hierüber haben wir bereits in der Aktion Nr. 28, S.16-19; sowie in Nr. 29, S. 35 berichtet).

Der nächste Verhandlungstermin in dieser Sache steht noch nicht fest. Rainer ist aber außerdem des Ladendiebstahls angeklagt. Er soll bei Kackstadt Bücher geklaut haben, wobei ihn der Detektiv gesehen haben will. Auch hier wimmelt es von Unstimmigkeiten, und entlastende Indizien werden vom Gericht höchst merkwürdig gewertet. In der ersten Instanz lautete das Urteil auf 90 Tagessätze, aber die Staatsanwaltschaft will mindestens 8 Monate für Rainer (8 monate für ein paar geklaute Bücher !), und so ist der Prozeß auch mittlerweile in der 2. Instanz angelangt. Der nächste Termin steht aber ebenfalls noch nicht fest.

4) Im Mai und Juni dieses Jahres gab es an der Uni eine relativ starke Protestbewegung gegen das von der nds. Lan-

desregierung vorgelegte Kürzungsprogramm. (...) Als Protestform wurde von den StudentInnen der aktive Unistreik beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde von den SozialwissenschaftlerInnen am 22. 6. 87 das Oeconomicum besetzt und von innen blokkiert. Auf Drängen der Unileitung wurde dann gegen 10 Uhr das Oec mit starkem Polizeiaufgebot geräumt. Ohne Vorwarnung drangen die Bullen in das Gebäude ein und ließen so den BesetzerInnen keinerlei Möglichkeit, das Oec evtl. freiwillig zu verlassen. Während der Personalienfeststellung kam es zwischen der Polizei und SympathiesantInnen vor dem Gebäude teilweise zu Auseinandersetzungen.
Gegen die 29 BesetzerInnen laufen jetzt Verfahren wegen Nötigung und Hausfriedensbruch. (...)
Weiterhin haben 3 Leute, deren Namen der Unileitung aus anderem Zusammenhang bekannt waren, polizeiliche Vorladungen bekommen, da gegen sie Strafanzeige wegen Nötigung vorliegt. (...)

**Nachtrag**

zu 1): Der erste Prozeß vor dem Jugendgericht endete mit 100 DM, abzuleisten in "Sozial"-Arbeitsstunden.
Der zweite Prozeß endete ebenfalls mit jeweils 1oo DM für die beiden Angeklagten.
Der dritte Prozeß endete mit einer Einstellung (!), wofür unser Freund 15o DM latzen mußte.
Der vierte Prozeß endete mit jeweils 235 DM für die beiden Angeklagten.
zu 2) Der Prozeß gegen die 4 ist formal wegen Nichterscheinen eines Zeugen erstmal geplatzt. Es bleibt abzuwarten, ob die Schweine nach diesem Flop und nach mehr als 5 Jahren tatsächlich nochmal einen neuen Anlauf wagen.

**Außerdem**:

Ein Prozeß gegen einen Genossen, der laut Anklage angeblich Tritte gegen den Mercedes unseres Bundeskanzlers im Anschluß an eine Wahlkampfveranstaltung Ende letzten Jahres getätigt haben soll, endete mit der harten Strafe von 5 Monaten auf 3 Jahre Bewährung (!) - begründet mit zwei angeblich vorher begangenen Lebensmitteldienstählen.
Ein weiterer Prozeß wegen "Körperverletzung" gegen einen Angehörigen der faschistoiden Sekte "Initiative Neue Linke" endete - soweit wir in Erfahrung bringen konnten - ebenfalls mit 5 Monaten auf 3 Jahre Bewährung!

In der Nacht vom 29. auf den 3o. 10. 87 wurde der Totalverweigerer Torsten auf offener Straße mit gezückter Wumme von Bullenschweinen verhaftet und nach mehrtägiger Odyssee in den weit entfernten Knast von Lingen verfrachtet. (Zur Thematik Totalverweigerung vgl. im übrigen auch Aktion Nr. 26. S. 18-21.)
Volle Solidarität mit Torsten und allen Totalverweigerern!
Schreibt Torsten!
Kontakt: Schwarze Hilfe Göttingen, c/o Buchladen Rote Str., Rote Str. 10, 34oo Göttingen.

**Also was tun?**

Kalender kaufen oder Knete überweisen auf :
- Häuserkampf-Solidaritätskonto: BfG Göttingen BLZ 26o 101 11/ Kto. Nr.: 2o1969637800;
- Konto des Rechtshilfefonds Göttingen Sonderkonto A. Goldau PGiroA Han: 415672-3o3/BLZ 25o 100 3o;
- Prozeßhilfe Totalverweigerung Städt. Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01, Kontonr.: 1190 39 154

**Dicke Grüße nach Bern!**
**Kampf der Klassenjustiz!**

Elementi Scatenati

**In letzter Minute:**

Wegen akuten Zeitdrucks schaffen wir jetzt nicht mehr, als das Flugblatt der autonomen SchülerInnen über ihre kürzliche Schulbesetzung und den darauffolgenden Bullenterror zu dokumentieren. Sorry.
In diesem Zusammenhang und anläßlich des Jahrestags der Besetzungen klirrten übrigens unlängst die Scheiben bei dem Spekulantenschwein Dr. Heidbreder und dem CDU-Schreibtischtäter Nickel - und schafften so buttersäurigen Durchzug.



## Weiter so, Deutschland!!!



# POLIZEITERROR GEGEN SCHÜLER

**Um halb acht waren wie geplant zahlreiche Schüler/innen im MPG versammelt. Die Eingänge, bis auf das Hauptportal, versperrt. Bedingung für die an der Besetzung teilnehmenden Schüler/innen war absolute Gewaltlosigkeit.**

**Zur Information über die Abi-Deform wurden Wandzeitungen aufgehängt.**

**Im Laufe der Zeit fanden sich mehrere hundert Schüler/innen göttinger Schulen ein. Diskussionsgruppen entstanden. Einige Lehrer kamen auch in die Schule und versuchten, die Solidarität der Schüler zu brechen. Sie drohten mit Repressalien wie: "Wir sehen uns morgen", "denk ja an Dein Abi" und zu Jüngeren: "Das sag' ich Euren Eltern!". Die Schulleitung verständigte die Stadt, kurz darauf traf die Polizei ein. Nach anfänglicher Verweigerung von Verhandlungsgesprächen seitens der Staatsgewalt wurde uns nach einer Stunde erklärt, daß niemand zuständig sei. Auf die Aufforderung der Polizei, das Gebäude zu verlassen, boten wir mehrmals an, das Max-Plank-Gymnasium schon um 15.00 Uhr des selben Tages zu räumen. Anstatt wie geplant erst am nächsten Tag die Besetzung aufzugeben. Wir versuchten hierdurch unsere Friedfertigkeit und Kompromißfähigkeit zu bezeugen. Nachdem die Stadt auf unser Verhandlungsangebot mit Ignoranz reagierte, wurde mit der Räumung durch die Polizei begonnen.**

**RÄUMUNG**

**Die ineinandergehakten, auf dem Boden sitzenden Schüler/innen wurden gewaltsam hinausgezerrt. Die teilweise von Anfang an in Kampfanzügen angerückten Einheiten der Polizei traten mit schweren Stiefeln und schlugen mit Knüppeln auf die Schüler/innen ein. Andere Schüler wurden teilweise an Händen und Füssen gepackt und die Treppe hinuntergeworfen oder an den Füßen die Treppe hinuntergeschleift. Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände wurden dabei auch stark beschädigt. Gewalttätige Polizisten weigerten sich — trotz Aufforderung durch die Geschädigten — ihre Dienstnummern zu nennen, was eindeutig gesetzwidrig ist.**

**Angewendete Methoden der Polizei:**

**Wehrlosen Schüler/innen wurde anhaltend auf den Solarplexus gedrückt; an Haaren und Ohren gezogen, gegen Halsschlagander und Genitalien getreten. Weiblichen Teilnehmerinnen wurde in die Brust gekniffen. Polizeikräfte boxten einigen Personen mehrfach in die Magengrube. Außerdem wurden wir Schüler übelst beschimpft.**

**Einem Beamten fiel sogar die locker ohne Halfter im Gürtel steckende Dienstpistole auf den Boden. Durch scharfen Hundeeinsatz wurden die letzten Schüler und Schülerinnen vom Eingang vertrieben. Für verletzte Schüler/innen mußten Notarztwagen eingesetzt werden. Selbst Pressevertreter wurden geschlagen und bei ihrer Arbeit behindert ("Eure Filme kriegen wir ja doch ...").**

**Nachdem sich ein spontaner Demonstrationszug zum Hainberg-Gymnasium bewegte, mußte mensch feststellen, daß dieses bereits durch Einheiten mit scharfen Hunden besetzt war.**

**Deshalb rufen wir zu einem**

**Demonstrationszug**
**heute, am 27.11.87, um 16.00 Uhr**
**ab MPG/Theaterplatz**

**auf!!!**

**Wir fordern schärfste Verurteilung der eingesetzten Beamten und Verantwortlichen!**

An die Damen und Herren vom Lehrkörper und der Polizei, an den allseits hochgeschätzten Hausmeister!

Um den einst starken Schülerprotest aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken, haben wir beschlossen, eine spektakuläre Aktion durchzuführen, die wir, obwohl nicht legal, doch für legitim halten. Schließlich hat die Vergangenheit tausendfach bewiesen, daß Politiker sich von schlichten Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und ähnlichem nicht im geringsten beeindrucken lassen.
Wir haben jedoch vor, diese Sache gewaltfrei verlaufen zu lassen. Auch sollen im Gebäude keine Gegenstände [illegible] bearbeitet werden. Im übrigen beabsichtigen wir, das Gebäude Freitag nachmittag wieder zu verlassen.
Falls Ihr jedoch trotz allem einen Einsatz für unvermeidbar haltet, bitten wir Euch, unseren "friedfertigen Vorsatz" zu unterstützen und Helme und Knüppel draußen zu lassen.
Mit freundlichen Grüßen

Der Streikrat, i.A.

B. Setzer




Wir, Schüler mehrerer göttinger Schulen, haben heute, 26.11.1987, 7°° Ortszeit, das Max-Planck-Gymnasium

BESETZT!!!!!

Anlaß unserer Aktion ist der Beschluß der Kultusministerkonferenz KMK, mehrere Änderungen in der gymnasialen Oberstufe vorzunehmen, die die Wahlfreiheit und die Chancengleichheit extrem beeinträchtigen (Näheres siehe "Wie ist die Lage"). Diese Abi-Deform ist im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen und Stellenstreichungen im Schul- und Hochschulbereich, und auch im Zusammenhang mit einer zunehmenden Einflußnahme der Industrie und Wirtschaft auf die Bildungspolitik zu sehen.

Wir fordern:
- Rücknahme der Abi-Deform!
- Ausrichtung der Bildungspolitik an den Interessen und Wünschen der Schüler!
- Rücknahme aller Sparbeschlüsse und der Steuerreform! (Albrecht: "Die Sparmaßnahmen sind eine Folge der Senkung des Spitzensteuersatzes.") Also Stop der Umverteilungspolitik von unten nach oben!
- Lehrmittelfreiheit auch in Niedersachsen!
- Wiedereinführung des Schüler-[illegible]!
- Kleinere Klassen: Kurse sollen ab fünf Schülern zustande kommen (Folge: Mehr Lehrereinstellungen)!
- Inhaltliche Überprüfung und Änderung aller Rahmenrichtlinien!
- Gesamtschule als Regelschule!
- Kollektive Schulleitungen!

Nach unserer Überzeugung wird mit der Erfüllung unserer Forderungen eine Annäherung an Chancengleichheit und Verbesserung der Bildungssituation eher gewährleistet als mit den Maßnahmen der Regierung.
Im übrigen geht es uns neben dem Protest gegen die Reform bei der Besetzung auch darum, daß wir Schüler zusammenkommen und uns gemeinsam mit Fragen auseinandersetzen, die uns betreffen. Wir haben daher als Alternative zum Unterricht ein freiwilliges Informationsprogramm vorbereitet, bestehend aus mehreren Wandzeitungen, Diskussionsforen, Filmen etc. zu verschiedenen politischen Themen.

Wir brauchen Eure Unterstützung, kommt zum MPG!

Heute abend große Fête!

Bringt bitte mit: Schlafsäcke, Essen, Trinken etc.
Außerdem: Kommt zur bundesweiten Demo am 28.11. in Bonn (Karten für den Busse gibt es im AStA, im DGB-Haus und von 12-14 Uhr in der Zentralmensa).

SOLIDARITÄT STATT SELEKTION!

FREIE SCHULEN!

FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN!

# Hamburg

## "Kybernokratie - die zweite (klapp!)"

Irgendwann zu Beginn der Regenzeit dieses Jahres trudelte in Hamburg ein Thesenpapier Göttinger VoBo-Inis ein (flup). Schon bald darauf fand es Anerkennung und Verbreitung in der hamburger VoBo-Szene (Perspektivenveranstaltung, 17.6., W3).
Was in Göttingen unseres Wissens nicht passierte, geschah hier: Mehrere Leute, die vom Inhalt des Papiers angetan waren, gründeten eine Gruppe zum Thema. Die Idee, Volkszählung, Personalausweis, Reisepaß (31.12. ist Wüstenrot-Tag!), ISDN, Verdatung, Computerisierung, Gentechnologie, u.ä. Bereiche der technisch-wissenschaftlich-sozialen Kontrolle als Zusammenhang zu begreifen und zu bekämpfen, fand Anklang. Es wurde ein Konzept entwickelt, wie eine Gruppe zum Thema Kybernokratie (=technisch-wissenschaftlich gesteuerte Gesellschaft) arbeiten könnte und sollte. Dazu gehört unseres Erachtens das Kennenlernen und Verstehen der psychologischen Voraussetzungen für Herrschaft, Macht, Aggression bzw. Bedürfnisentwicklung, Widerstand usw. Viel Raum wird auch der eigenen Utopie gewidmet, die als Fernziel nicht vergessen resp. verdrängt sondern im Auge behalten werden und bekannt gemacht werden soll. Kampf der Phantasie- und Traumlosigkeit!
Die Gruppe begreift sich als revolutionär in dem Sinne, daß unserer Meinung nach Reformen weder die Mißstände, die wir angreifen beseitigen noch den Zustand, den wir wollen herstellen können. Nach Psychologie und Utopie steht die Diskussion des Istzustandes der BRD an (Herz der Bestie oder goldener Käfig oder was?), dann der Möglichkeiten, unsere Vorstellungen zu verbreiten und umzusetzen. Es geht uns also vor allem um technische, politische und psychologische Zusammenhänge, Parallelen, Lehren aus der Geschichte (woran scheiterten andere Widerstandsbewegungen und warum?) und nicht darum von einer Ein-Punkt-Bewegung zur nächsten zu hangeln. Kondens ist: Feuerwehrpolitik ist Scheiße!
In der Umsetzung des Konzeptes entstand der Wunsch, eine zumindest regionale Vernetzung bestehender (und zu gründender) Gruppen zu Einzelthemen wie ISDN oder Gentech aufzubauen. Ein gemeinsamer Informationspool und die

Am 24. und 25.10. fand dann in Köln der Bundeskongress der VoBo-Inis statt. Ca. 90 Leute kamen und redeten in der saukalten (glaglaglagla) Halle, die früher Feuerwehrautos beherbergte (lalülalü). Das Dutzend Hamburgerinnen und Pinnebergerinnen - aus Berlin war übrigens niemand da - mußte feststellen, daß die Vorträge fast keiner etwas neues sagten, während die Veranstalterinnen und der Rest der Gäste große Ohren machten, als Seiffert, Gössner und andere sprachen. Schnell entstand der Eindruck, "die Hamburgerinnen" würden sich langweilen und seien überhaupt die Neunmalklugen, die mit 92 gemeldeten Inis, zwei Büros, bezahlten Kräften und großem Plenum in "paradisischen Zuständen" lebten.
Dieser Eindruck wurde am zweiten Tag noch verschärft, als nach langer Diskussion (in Anführungsstrichen) vier Arbeitsgruppen gebildet wurden, von denen eine das Thema Perspektiven/Horizonterweiterung/Vernetzung/Kybernokratie hatte. Hätten Hamburgerinnen diese AG nicht selbst gegründet, wäre der Kongress für sie in der Hauptsache umsonst gewesen.
Das göttinger Papier war nach fünf Monaten auf dem BuKo so gut wie unbekannt; aus Göttingen selbst niemand da. Insofern war Köln auch aufschlußreich für den Stand der Bewegung (sic!): klar wurde u.a., daß Gruppen, die in ihrer Stadt/Region akut nichts zu tun hatten (Beratung, Information, ...), sich nicht selbstständig thematisch weiterbildeten. Diskussionen über Perspektiven, Zusammenhänge, Aktionsmöglichkeiten, usw. fanden offenbar nicht statt.
Da wir Hamburgerinnen uns nicht zum Maßstab machen, sind wir natürlich nicht stolz, am besten informiert und organisiert zu sein, sondern bedauern, daß die anderen nicht so weit sind (sülz) - es gibt schließlich reichlich Gründe, die hamburger VoBo-Verhältnisse nicht paradisisch zu finden.
Die o.g. AG lief wie folgt ab: Mitglieder der hamburger Kybernokratiegruppe erläuterten grob den theoretischen Überbau ihrer Arbeit und dann ihre Vorgehensweise und Ziele. Es wurde nachgefragt, erläutert, ergänzt - eben richtig schön diskutiert. Kurzum: Ca. 20 Leute einigten sich auf den Austausch von

Adressen zwecks Erstellung eines Rundbriefes, der von einem speziellen Koordinationsbüro ausgehen soll. Es soll versucht werden, auch in anderen Städten Kybernokratie-Gruppen zu bilden. Als Bürostandort blieb wg. personeller-räumlicher-konzeptioneller Stärke Hamburg übrig. Die Idee, verschiedene Gebiete technischer Kontrolle theoretisch zusammenzufassen, wurde begrüßt. Mit diesem Ergebnis ging's zurück ins Plenum (schlurf).
Dort wurde dann Geld für das neue Ko-Büro gesammelt, nachdem der Bericht der AG vorgetragen worden war. Zwei AG waren in der Sache ergebnislos. Sie brachten u.a. Aktionsvorschläge wie Erhebungsstelle zumauern und ständig Fragen an sie richten - nicht gaaanz neu, eigentlich (gähn). AG Nummer drei meinte frau müßte doch mal über den Tellerrand des VoBo hinausgucken und neue Themen und Zusammenhänge aufgreifen, was die Hamburgerinnen denn auch gleich als gedankliche Vorstufe ihrer Arbeit begriffen.
Im Laufe der folgenden Debatte kam es dann zu einer Auseinandersetzung um das Bonner VoBo-Büro und seine Beherrschung durch Mitglieder und Geld der Grünen. Langer Rede dummer Sinn: Die Hamburgerinnen sind Spalterinnen, wenn sie ein eigenes neues Büro aufbauen. Sie sollen gefälligst das bestehende nutzen resp. verbessern. Eine Abstimmung (!) über Mikrofon (!!) vom Podium (!!!-allerdings ebenerdig) angeleiert, sorgte dafür, daß das gesammelte Geld nicht nach Hamburg sondern Bonn ging. Durch die Angst, Macht zu verlieren und durch das Unvermögen, die neue Qualität der göttinger/hamburger Überlegungen zu begreifen, wurde auf dem bitteschön zu reformierenden status quo der (grünen!) Selbstverwaltung bestanden. die Hamburgerinnen bzw. die ganze AG zu Schädlingen denunziert.
Basisdemokratie ist eben nicht Anarchie sondern Demokratie. Und was das ist, ist klar.
Es war bitter, zu sehen, wie die Polit-Halbprofis des bonner Büros den Kongress verarschten. Und die Leute im Parkett haben's nicht geschnallt, au backe. Viele BI sind halt noch keine Widerstandsbewegung.
Logisch, daß die Hamburgerinnen das Bü-





# Hamburg

ro trotzdem starten, gegen den Beschluß des BuKo. Der erste Rundbrief ist bereits raus, Raum, Leute und wöchentlicher Ko-Treff stehen. Am 16./17.1. findet ein regionales Treffen der Gruppen statt, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind. (Büro Altonaerstr.28) Einige Gruppen aus Hamburg sind schon (ISDN, Gentech) andere noch nicht (Frauen, Jobber, ...) angesprochen. Fest steht auch, daß die Hamburgerinnen beim nächsten BuKo Ende Januar wieder auflaufen werden, schlechtes Image hin oder her. Hinweis für Ratlose: Worum bei all dem geht erklärt ausführlich der Artikel über Kybernokratie in AKTION Nr. 29, Seite 30. Das göttinger Papier und der Stand der Dingo sind zu beziehen über Hamburger VoBo-Büro, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6.

Glück und Freiheit,
Äbtin A. Phyr



## HAFENSTRASSE!



Seit der AKTION Nr. 29 mit den Internas der Häuser- und anderer Gruppen ist viel passiert. Vieles auch nicht. Z.B. die "größte Straßenschlacht der Nachkriegszeit", sprich – die Räumung. Aus diversen Gründen kann in dieser Nr. noch keine Dokumentation, Chronologie, Einschätzung und Diskussion der Ereignisse erfolgen. Bitte habt Geduld, wir arbeiten dran.

Die Hamburger AKTIONäre

# TAZ YUPPIES



## ANGSTBEIßER

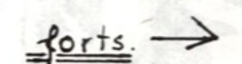
"Man kann bisweilen auf einen Dummkopf mit Witz treffen, aber niemals auf einen mit einem wirklichen Urteil." (La Rochef.)

Nachdem Teile der Frankfurter taz–Redaktion und auch der Pflasterstrand, der Veranstaltungskalender mit beiliegendem Politgeschreibsel, über die Vorfälle am 2.11. sich derart auskübelten, steht wohl nur noch die Fassade von der täglichen radikalen Zeitung und dem Szeneblatt. Was Autonome und AnarchistInnen sind, werden, waren, sein sollten, ließen vor allem jene Herren K.P. Klingelschmidt (kpk), taz, Jürgen Mohr, taz/Pflasterstrand, "der rote Dany", Pflasterstrand und noch ein Herr von den Grünen namens Joschka F. die Öffentlichkeit wissen. Vorab sei erwähnt, daß die taz in Frankfurt sehr wohl interne Auseinandersetzungen hatte. Der Redakteur Tolmein, einer der seriöseren, wurde als miese Ratte beschimpft. Tonangebend in Frankfurt: kpk.

In Bezug auf den 2.11. schreibt hier JM von damals (von den Kriegserfahrungen): Die, "die 1968 ff gekämpft, geliebt gehaßt und verloren, hatten dann aber wieder Tritt gefaßt. Sie entschieden sich, die praktische Konsequenz ihrer bewußt eskalierten Militanz vor Augen, für den Rückzug."

Wenn JM wie die von ihm beschriebenen ebenfalls verloren, aber wieder Tritt gefaßt hat, also resigniert hat und jetzt als linker Yuppie an den Spätfolgen leidet, soll er lieber die Fresse halten.

Da aber klagen sie, die Szene wolle ihnen Schreibverbot erteilen. Sie sei nicht dialogbereit. Dabei schreibt gerade JM Informnationen, die mehr oder weniger persönlich waren, in seine taz-Artikel hinein. Z. B. das Zitat zum "Weizäcker der Autonomen". JM ist schlicht der Pfeifer der linken Yuppieschreiber.



JM: "Die allseitigen Distanzierungen waren so selbstverständlich wie pflichtschuldig (...) Weil das, was passiert ist, überhaupt nicht ins Konzept paßt, will man es ungeschehen machen."

Es gab aus dem autonomen Spektrum nur eine einzige "Distanzierung", weil das ein "pflichtschuldiges" Unterwerfungsritual gewesen wäre. Wieso jemand an einer Tat, die niemandem nützt, weil sie zur Zeit absolut schwachsinnig ist, die Pflicht hat schuldig zu sein, sei dahin gestellt. Für Mörderbullen übernimmt seinerseits JM auch keine Pflichtschuld. Vielleicht haben die ja am 2.11. geschossen?

Nützen die Schüsse JM und Konsorten, d. h. paßt es ihnen ins Konzept?
Daniel Cohn Bendit: "Wie kann man nur einfach Menschen abknällen, wie Hasen erledigen, weil vor ein paar Jahren ein Hüttendorf geräumt wurde?"

Warum schreibt er nicht gleich, daß Andreas und alle anderen potentielle Mörder sind? Weiter DCB: "Daß Menschen hassen können, bis sie durchdrehen, das wissen wir. daß in bestimmten Zusammenhängen und ritualisierten Handlungen Gefühle zur Perversion ihrer selbst werden, kennen wir aus der Geschichte."

Woher die Steigerung zur Perversion aus bestimmten Zusammenhängen kommt schreibt JM: "Alle vergangenen Selbstverständnisdebatten haben nicht dazu geführt, daß sich die latenten Minderwertigkeitsgefühle gegenüber Theoriemackern und Studies auf der einen Seite, und Hardcore Aktivisten und RAF-Protagonisten auf der anderen zugunsten einer wirklichen Autonomie des politischen Denkens aufgelöst hatten."
Denn (JM): "Die sehnen sich nach nichts so sehr, wie nach Liebe und Anerkennung. (dies sagt einer aus der Szene)" Daraus ergibt sich nach JM: "Ein Großteil des harten Kerns der Szene hat einen gewaltigen Sprung in der Schüssel."

Kein Wunder also, daß verrückte, liebensbedürftige Psychopathen irgendwann (JM): "das feige Abknallen von Polizisten" schafften - und nicht einmal mutig waren sie!

Das gilt vermutlich auch für die HafenstraßlerInnen. Denn: "daß die Häuser noch stehen, verdanken die Bewohner ... der persönlichen Entschlossenheit des ersten Bürgermeisters."

DIE HABEN ALSO AUCH EIN ALTERNATIVES PROJEKT ERÖFFNET?

TJÄ!

Frank Wolff: "Es gibt vielleicht bei den Autonomen eine letztlich verwandte Sehnsucht nach dem prügelnden und strafenden Staat, das Gegenteil von Autonomie sind die schwarzen Blöcke, rechts wie links, auf der Suche nach dem verlorenen Vater."




Joschka F. in der taz: "Wenn man die egalitären Ansprüche der Autonomen ernst nimmt, dann kann ich nur sagen, daß man mit dem Einsatz von Gewalt gerade das Gegenteil erreichen wird." und weiter: "Staatsfixierung im negativen, die teilen unsere Fundis mit den Autonomen ... In dieser Leidenschaft der Staatsfixierung gibt es durchaus Ansätze zur Ideologietradition der deutschen Rechten, die genau so vernarrt sind in den Staat."

K.P. Klingelschmidt: "Welche Forderung stellt ihr?"

JF: "ganz einfach die Militanz zu lassen ... das ist eine offensive Militanz (der Autonomen), mit dem Ziel, es den Bullen zu zeigen."

kpk: "Was sagst du denen, die an den realen Verhältnissen verzweifeln?"

Dazu JF: "Das ist alles eine Frage der Dialoglosigkeit ... reine Angstbeißerei ... M. Wilk (Anarchist) verhält sich so wie dieser militant aussehende deutsche Schäferhund, der in Wirklichkeit den Schwanz zwischen den Hinterläufen trägt ..."




"... Gerade wenn man einen anarchistischen Standpunkt vertritt - und ich weiß nicht, welchen Sinn sonst das Studium von Kropotkin oder Bakunin machen soll - müßte man eigentlich ein diskutierendes Verhältnis auch zu seinen Feinden entwickelt haben. ... (statdessen) erschüttert uns bitte unseren kleinen Verein nicht. Das andere ist die, ich will nicht unbedingt sagen soziale Verelendung ... die Desintegration in die Gesellschaft."

kpk: "Die militanten Autonomen sind also für dich eher Sozialfälle?"

JF: "Nein. Denn auch den jungen Neonazi, der sich da hochideologisiert, den nehme ich ernst ... Genau so nehme ich die Motive eines Autonomen ernst. ... Man muß an dieser radikalen Position der Gewaltfreiheit festhalten ... das gewaltfreie Übersteigen eines Zaunes ist eine Ordnungswidrigkeit ... das muß ganz anders qualifiziert werden als das Umsägen eines Strommastes. Der gewaltfreie Protest, der gehört unverzichtbar zur Demokratie. Das ist Demokrtie von unten. .. Ich glaube, daß das breite Kreuz der Grünen und gerade der Realos für die Autonomen nach dem 2. November sehr wichtig waren .. und es war auch gut, daß die Polizei ein relativ rationales Verhalten gezeigt hat."

**Waltraud Schoppe fordert Autonome auf:**
**„Reißt eure Gesichtsmasken runter"**

Daß Frank Wolff (Psychologe) und J. Fischer (Soziologe) kaum einen Unterschied zwischen dem rechten und dem linken schwarzen Block sehen, entlarvt sie selbst. Mit provokanten Thesen können sie die AnarchistInnen abtun als Schwachsinnige, statt sich damit auseinanderzusetzen (siehe Bakuninstudium), oder um den Verwirrten heim in den Grünen Schoß zu holen.

1. spalte die Bewegung
2. Reintegriere den einen Teil
3. Kriminalisiere den anderen Teil
4. Der "Rest" verläuft sich resigniert.

Aus mangelnder Zeit und auch weil mir beim Schreiben der Thesen von JF, JM, DCB, KPK etc. zum Kotzen übel wurde, geht es nun dem Ende zu. Der größte Teil des in den Zitaten sprießenden dummdreisten Geschreibes soll unkommentiert dastehen, damit jeder/m beim Lesen selbst schlecht werden kann. Mitte Dezember soll noch einmal mit der taz Ffm gesprochen werden ...

Mensch sieht also: Wir haben doch "ein diskutierendes Verhältnis zu unseren Feinden"! Ob das dabei bleibt, sei dahingestellt ...

Quellen: taz 26.11.87, PS Nr. 275/276, mehr dazu findet sich in der Erklärung Frankfurter Gruppen zur Berichterstattung der taz zum 2.11. in diesem Heft.









EINLEITUNG

In diesem auch farblich hervorgehobenen Doku-Teil der AKTION zu den Startbahn-Schüssen veröffentlichen wir Stellungnahmen und Erklärungen zum 2.11.87, die uns zugeschickt wurden bzw., die wir erreichen konnten. Wir erheben troztdem keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zwar überschneiden sich inhaltlich einige Erklärungen, aber es gibt auch unterschiedliche Erklärungsansätze und Schwerpunkte. So könnte diese Sammlung, wie wir sie mit der Sondernummer der AKTION schon angefangen hatten, eine weitere Möglichkeit bieten, die Diskussionen in der anarchistisch/autonomen Bewegung zu vereinheitlichen bzw. unterschiedliche Positionen aufzuzeigen.

Auffällig ist das Papier aus Berlin auf Seite 35, das als einziges eine extreme Positionen zu den Schüssen vertritt und aus dem Konsens der Ablehnung der Schüsse ausbricht. Trotzdem finden wir es wichtig, es zu dokumentieren.
Das auf Seite 26 und 27 abgedruckte Papier wurde nicht von Autonomen aus Hannover verfaßt. Dieses Papier wurde mit der ersten Erklärung des Libertären Zentrums und der RZ - Erklärung (auf S. 44) auf einer Diskussionsveranstaltung in Hannover verteilt. Ausnahmsweise lag der Fehler diesmal nicht bei uns.

# ERKLÄRUNG VON ANDREAS EICHLER

**zu den Beschuldigungen im Haftbefehl des BGH vom 4. November 1987**

Mir wird vorgeworfen, am 02. 11. 1987 durch vier selbständige Handlungen heimtükkisch und aus niedrigen Beweggründen zwei Polizeibeamte getötet und versucht zu haben, zwei weitere Polizeibeamte zu töten.

Als Beschuldigter schwerster Verbrechen und in dem Bewußtsein, daß die Bundesanwaltschaft alles daran setzen wird, meine Täterschaft oder Beteiligung an der Tat nachzuweisen, um den raschen „Fahndungserfolg" auch zu untermauern, habe ich mich dazu entschlossen, aus nachfolgenden Gründen diese Erklärung abzugeben:

1. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Ich habe nicht mit der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin an der Tat auch nicht beteiligt.

2. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat, und ein derartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden. Daß ein toter Polizist politisch der Bewegung nur schadet, ist meine Ansicht. Die politischen Folgen sind nicht nur bei als reaktionär zu bezeichnenden Politikern bereits erkennbar, sondern auch noch nicht im vollen Umfang absehbar.

Ich konnte aus den genannten Gründen eine Einlassung *zu dem konkreten Tatvorwurf des Mordes* nicht aus Kameradschaft umgehen.

3. Ich bin Vater geworden und hatte deshalb meine Entscheidung auch aus Verantwortung für meine Verlobte und unser Kind getroffen.

4. Ich versuche, mit meiner Klarstellung der Bewegung und der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung sowie allen zu helfen, die wegen der Vorfälle am 02. 11. 1987 verfolgt werden und erwarte die notwendige Solidarität untereinander und mir gegenüber.

Spätestens seit dem Tode von Günther Sare wissen wir alle, was es bedeutet, wenn es Tote bei einer Demonstration gibt. Unsere Wut darüber und gegenüber der Polizei war und ist deshalb groß. Auch in der Trauer um Günther Sare waren sich alle einig, daß es gerade darum keine Toten mehr geben darf, egal auf welcher Seite; denn die Folgen (für uns) konnte sich jeder ausmalen: staatliche Repression, noch mehr Polizei, noch mehr Bespitzelung, Einschränkung jeder kritischen Meinung. Mit den toten Polizeibeamten an der Startbahn West hat der Staat dafür einen Freibrief bekommen.

Dies gilt auch für den Versuch der Anwendung des Paragraph 129a StGB. Sicher müssen wir uns als Startbahngegner Klarheit darüber verschaffen, inwieweit uns für die tragischen Vorfälle (politische) Verantwortung trifft.

Andererseits betone ich aber, [illegible] es ohne den Bau der Startbahn 18-West und die permanente umweltzerstörerische Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens diese Folgen nicht gäbe. Ich sehe deshalb die letztlich politisch Verantwortlichen für das Geschehen in der Landesregierung und in den Vorstandsetagen der FAG.

Zudem bin ich sicher, daß nie ein Startbahngegner in irgendeiner Form zu erkennen gegeben hat, den Tod eines Polizisten in Kauf zu nehmen oder diesen gar zu planen; denn wir alle wußten, daß dies für uns neue Repressionen an der Startbahn und anderswo zur Folge gehabt hätte.

Meine Solidarität gilt deshalb der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und der Bewegung gegen jegliche Umweltzerstörung. Laßt Euch nicht unterkriegen und bleibt solidarisch!

Alle, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein „Verräter" bin noch versuchen werde, einen Schuldvorwurf unbegründet „abzuwälzen". Namen von Entlastungszeugen werde ich dann nennen, wenn diese sich selbst über die notwendige Solidarität mit mir Klarheit verschafft haben und ihre Bedenken gegen mögliche eigene Strafverfolgung zurückstellen.

*[illegible]ndreas Eichler (über den Verteidiger)*

# die tageszeitung

ERKLÄRUNG ZU DER BERICHTERSTATTUNG DER TAZ ANLÄSSLICH DER EREIGNISSE VOM 2.11.87

Wir haben auch zu Startbahn"hoch"zeiten nicht erwartet, daß die TAZ Sprachrohr radikalen, anti-parlamentarischen Widerstandes ist. Die Besetzung der TAZ-Produktion vor einigen Jahren fand vielmehr zu einem Zeitpunkt statt, wo wir genug davon hatten, als Bewegung mißbraucht zu werden, damit die TAZ-Frankfurt über sich selbst und ihre Realo-Verhältnisse schreiben kann.
Die Berichterstattung der TAZ-Frankfurt über die Startbahnereignisse am 2.11.87 und ff. stellt für uns einen Endpunkt oder bessergesagt Höhepunkt dieser Art von Journalismus dar. Wir glauben, einige Beispiele reichen bereits, um diese Entwicklung zu dokumentieren. (Ergänzend verweisen wir auf die TAZ-Interne Auseinandersetzung bezüglich der Frankfurt-Berichterstattung).
Da fingen also die Pfeifers der realo-grünen TAZ Redaktion an, ihre berühmten "connections" zu der Szene spielen zu lassen. Heraus kam dabei ein Artikel vom 12.11. unter dem aufreißerischen Titel: "PARANOIA IN DER FRANKFURTER SZENE". Ehrlicher wäre der Titel gewesen:
"WER HAT AUS DER SZENE DAS ZEUG ZUM MÖRDER?".

"Da erklären", so TAZ "harte Kämpfer aus der Lederstadt... daß Eichler schon immer "nicht ganz koscher" gewesen sein soll. Der mutmaßliche Täter soll darüber hinaus mit einem Typen "herumgezogen" sein, der "verdammt nach VS (Verfassungsschutz)" gerochen habe. Für die Offenbacher war eigentlich klar, daß dieser Bekannte von Eichler, wenn schon nicht der Todesschütze, dann doch zumindest "der Anstifter" gewesen sein muß." TAZ-Zitat Ende.
Daraufhin haben jene "TAZ-Informanden" KPK (TAZ-Ffm) zur Rede gestellt, um ihm unmißverständlich deutlich zu machen, daß sie sich mißbraucht und hintergangen fühlen. Daß sich die Offenbacher für diese "TAZ-Interne Mördersuche" überhaupt benutzen ließen, ist sicherlich ein Fehler. Doch mit welcher Kaltblütigkeit und Skrupellosigkeit der TAZ-Redakteur KPK Andreas Eichler zum (potentiellen) Mörder macht, übersteigt alles bisher dagewesene:
"Ungeklärt ist immer noch, wie es geschehen konnte, daß Eichler, der seit Monaten observiert wird und dessen Telefon überwacht wurde, unbehelligt mit einer Pistole in den Startbahnwald marschieren konnte". Eine Behauptung, die nichteinmal von den Bullen aufgestellt wurde. Ein fast unverhüllter Aufruf zur mörderischen Hetzjagd, die zumindest für die "linke" Presse einmalig ist. Eine journalistische Hetzjagd, die vielleicht nur die Aufforderung grüner RealpolitikerInnen konsequent zu Ende denkt/schreibt, die Startbahnbewegung selbst müsse sich an der Fahndung beteiligen.

In dieselbe Kerbe schlägt Reinhard Mohr in seinem Artikel: "MILITANTE SPRACHLOSIGKEIT IM HÖRSAAL VI" vom 21.11.87, indem er am Ende schreibt: "Doch niemand hatte über ihn, den Autonomen von der Startbahn, ein wahres Wort gesagt". - was heißen soll, Reinhard Mohr kennt das wahre Gesicht Andreas Eichlers, nur auspacken tut er noch nicht. Reinhard Mohr, der neue "Jemand" in der Ex-Spontiszene oder schlicht ein Berufs-Aufschneider, der seine Unkenntnis mit "intimen Szenekenntnissen" tarnt?

Sicherlich, wir haben zu den Vorwürfen und Behauptungen gegen Andy nichts gesagt. Wir wissen, wie schwerwiegend in dieser Zeit jedes falsche Wort sein kann, gerade auch eine Richtigstellung. Wir sind nur schlicht angewidert, wie Andy zum Mörder aufgebaut wird, mit Gerüchten, Eindrücken, Vermutungen und Lügen. Die "Facts", die das Profil eines (potentiellen) Mörders füllen sollen, hat die TAZ-Frankfurt bereits geliefert:
"Der Einzelgänger Andreas Eichler" (TAZ 5.11.) .. "unpolitisch" .. "der hat kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung" (TAZ 6.11.) .. "ein Mann ohne Eigenschaften" (TAZ 6.11.).
Warum nicht gleich: "Ein Mörder ohne Gesicht!".

Haben sich diese Kir-Royal-Journalisten nur einmal überlegt, daß sie mit diesem Enthüllungsjournalismus einen Menschen vernichten können? Dieselben, die in den Morden an der Startbahn "ein Tabu" gebrochen sehen, sind bereit, die Existens eines Menschen zu zerstören - mit dem kleinen Unterschied, daß diese feinen Journalisten keine Knarre dazu brauchen.
Und natürlich weiß Reinhard Mohr noch mehr, z.B. wie's um die autonome Bewegung bestellt ist: "die Bewegung soll gespalten werden" -Daß sie -auch im Saal- schon längst in konkurrierende Gruppen und Grüppchen zerfallen ist, weiß zwar jeder, bloß sa-

gen darf man's nicht." - Diese Wahrheit schonungslos ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, bleibt natürlich nur R.M. vorbehalten. Daß es aber gerade diese "Gruppen und Grüppchen" sind, die für Verhaftete und Festgenommene, Delegiertenversammlung und Bürgerinitiative, für zur Fahndung ausgeschriebene und von Verhaftung bedrohte Personen praktischen und politischen Schutz herstellen und gewährleisten, interessiert R.Mohr einen Dreck. Es sind gerade diese "diffusen" Strukturen - von denen R.Mohr nicht die leiseste Ahnung hat- die es bereits nach einigen Tagen fertig gebracht haben, eine weitgehend gemeinsam getragene Kritik an den Schüssen zu formulieren, ohne diese Kritik mit Ritualen des Abschwörens, der Reue und der Umkehr zu verknüpfen. Und so sehr R.Mohr sich diesen Zerfleischungsprozess auch wünscht, so ermutigend ist für uns die Erfahrung, daß wir mit unseren Unterschiedlichkeiten an einer radikalen, militanten Perspektive festhalten (vgl.VV Resolution der Bürgerinitiative vom 13.11.87).

Daß sich R.Mohr als Großwilderer nicht mit "kleinen Fischen" zufrieden geben kann, dafür einen "Chef der Autonomen" braucht, mag Ausdruck seines autoritären Charakters sein. Unerträglich und skrupellos wird es dann, wenn seine Geltungssucht einer Denunziation gegenüber dem Fahndungsapparat gleichkommt. Die Namen hat R.Mohr bereits genannt, auf die genaue Anschrift konnte er verzichten (ganz abgesehen davon ob sie stimmen oder nicht).

Das Urteil, das die TAZ -Frankfurt über Andy gefällt hat, ist auch und vor allem exemplarisch gemeint. Es steht für ein politisches Urteil über die Autonomen und Libertären, daß R.Mohr und andere gefällt haben, lange bevor sie z.B. den Hörsaal VI betreten haben.

Wir mußten uns daran gewöhnen, daß radikale, militante Positionen innerhalb der TAZ oft nur entstellt, verzerrt und/oder zusammengekürzt zu Wort kommen. Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die TAZ Frankfurt dazu übergeht, unsere politische Identität als autonome und libertäre Bewegung zu zerstören.

Wir fordern die TAZ (-Frankfurt-) auf, sich

EINE STADT
LEBT MIT
IHRER
ZEITUNG.

öffentlich der Auseinandersetzung zu stellen, anderenfalls werden wir aus der realpolitischen Sprachlosigkeit die Konsequenz ziehen, die TAZ Frankfurt aus Treffen und Veranstaltungen, die wir organisieren, ausschliessen. Wir fordern alle auf, der TAZ-Frankfurt weder Interviews, noch Material in die Hand zu geben, das ihr die Möglichkeit gibt, "in unserem Namen" oder "für uns" zu schreiben.

Ffm, den 23.11.87

Folgende Gruppen und Organisationen unterstützen bisher diese Erklärung:

Autonome Ffm, Schwulengruppe FH, Autonomes Rhein-Main-Plenum, Libertäres Zentrum, VOBO- Initiative Gutleut-Gallus, AKTION, ASTA - FH Frankfurt, FAU-Ffm, Companeras und Companeros der Nicaragua und El Salvador Komitees, Linke Liste- Uni Ffm, Gruppe gegen Gentechnologie - Rhein Main, Anarchistisch-Autonmes Uniplenum Ffm, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Ffm,

Kontakt über: INFO c/o LZ, Kriegkstr. 38, 6 Ffm 1

Wir erwarten den Abdruck dieser Erklärung in der Taz zum frühestmöglichen Termin.

**FREIHEIT FÜR ANDY , ANDREAS , RAINER , JÜRGEN UND MIMO !**







## Stellungnahme zu den Vorfällen an der Startbahn



Nach dem Tod zweier Polizeibeamten am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West, ist der revolutionäre Widerstand in die öffentliche Diskussion geraten. Dieses Flugblatt wurde von einigen militanten Anarchist/inn/en und Antifaschist/inn/en geschrieben, um den Lügen der Politiker und der bürgerlichen Presse etwas entgegen zu setzen. Wir möchten betonen, daß diese Stellungnahme nur von einem Teil der Münchner Szene unterstützt wird und daß es andere Einschätzungen und Ansätze gibt.

Wir halten diese Aktion strategisch, politisch und moralisch für nicht vertretbar. Sie richtet sich gegen unsere soziale Perspektive und ist in höchstem Maße konterrevolutionär. Wir setzen uns aber damit auseinander, weil wir die Möglichkeit nicht ausschließen können, daß Leute aus "unseren" Reihen diese Aktion durchgeführt haben.

Es ist uns völlig klar, daß Staat, Parteien und reaktionäre Medien ein konkretes Interesse daran haben, die Öffentlichkeit gegen uns aufzubringen. Auch linksliberale Zeitungen und Parteien - einschließlich der Grünen - beteiligen sich (wie nicht anders zu erwarten) an dieser durch und durch verlogenen Hetzkampagne. Wir sollen den Interessen dieser Parteien geopfert werden, die jetzt die Möglichkeit sehen, die Öffentlichkeit für ihre Ziele und "Inhalte" zu gewinnen, indem sie sich ins "rechte" Licht rücken und ihre radikaleren Ursprüngen vergessen machen wollen. Sie geben uns zum Abschuß frei um ihre Wahlchancen zu erhöhen. Sie tun genau das, was der Staat von ihnen erwartet.

Militanz auf Demonstrationen, schwarze Masken etc. werden oft als unsere Inhalte angesehen. Verteidigung bzw. Schutz gegen Polizeiübergriffe ist jedoch nicht unser Inhalt, sondern nur ein Mittel, daß eben in der jetzigen Situation nötig ist. In der jetzigen Lage in der BRD halten wir es aber für falsch, mit Schußwaffen aus einer Menschenmenge heraus gegen irgendwelche Bullen vorzugehen. Eine endgültige Einschätzung der Ereignisse ist uns jedoch aus Mangel an genaueren Informationen noch nicht möglich, schließlich ist ja auch eine Staatsschutzaktion denkbar - wie das Loch im Celler Knast. Die Politiker und Kapitalisten haben schon oft absichtlich Opfer in Kauf genommen, um die Sache dann dem Gegner in die Schuhe zu schieben. Um das Leben der Polizisten geht es denen sicher nicht. Allzuoft wurden kleine Polizeigruppen in Demonstrationen hineindirigiert, um Krawalle zu provozieren. Es ist also völlig offensichtlich, daß die pathetischen Beileidsäußerungen der Politiker und Machthaber nur Heuchelei sind. Denen kommt es doch gerade recht, die Repressionsschraube weiterdrehen und den antistaatlichen Widerstand zerschlagen zu können. Die Frankfurter Toten werden zur Legitimation für die Verschärfung, des Demonstrationsrechts; jeder revolutionäre Widerstand läuft mehr und mehr Gefahr, als "terroristische Vereinigung" behandelt zu werden. Von den vielen Toten auf unserer Seite, die der Staatsterror bisher gefordert hat, spricht niemand; die laufende Hetze wird neue Schwerverletzte oder Tote unter uns zur Folge haben. Die bereits geplante Aufrüstung der Polizei (siehe Gummigeschosse und Betäubungswaffen) zu einer immer schlagkräftigeren und paramilitärischen Schutztruppe des Kapitals wird sich nun beschleunigen.

*Wir gehen davon aus, daß dieser Staat BRD durch eine soziale Revolution gegen Staat, Kapital, Imperialismus und Patriarchat (Herrschaft des Mannes über die Frau) und andere Machtstrukturen beseitigt werden muß. Dieser Staat ist verantwortlich für die soziale Unterdrückung breiter Schichten der Bevölkerung, für die Ausbeutung der Völker hier und in der "3. Welt", für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Dieser imperialistische Staat ist weltweit an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Jeder Staat ist nur ein Mittel der Herrschenden, die Bevölkerung zu unterdrucken. Deshalb halten wir nichts von Parlamentarismus, sondern versuchen direkt für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, d.h. diesen imperialistischen und patriarchalen Staat als Wurzel jeder Art von Unterdrückung zu zerschlagen.*

*Wir wollen keinen Putsch der nur eine neue Machtelite hervorbringt, sondern eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft, die zusammen und selbstbestimmt von jeder/m Einzelnen erkämpft werden muß. Die Revolution kann nur vom Volk gemacht werden. Unser Idealbild einer freien Gesellschaft beinhaltet u.a.:*

*- Selbstbestimmung*
*z.B. Selbstverwaltung der Betriebe durch Arbeiter/innen, dezentrale Organisierung der Wirtschaft und aller anderen Gesellschaftsbereiche nach den jeweiligen Erfordernissen durch die direkt Betroffenen*

*- Solidarität*
*Jede/r begreift sich als individueller Teil der Gesellschaft, sieht aber die Notwendigkeit, sich solidarisch einzubringen*

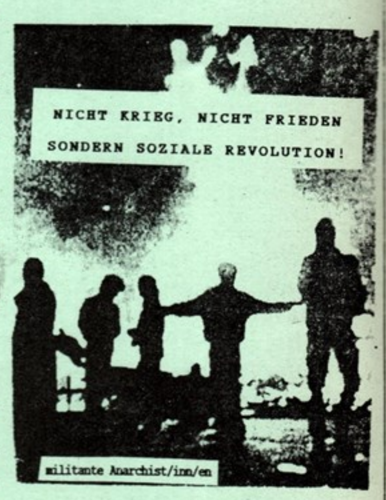
*- Kollektivität*
*Keine/r muß allein für ihr/sein Überleben sorgen, keine/r muß ihre/seine Arbeitskraft unter miesen Bedingungen verkaufen, sondern die Lebensgrundlage von allen wird zusammen gesichert.*

*Wir wissen natürlich auch, daß eine Entwicklung auf eine solche Gesellschaft hin überaus langwierig sein wird - und im völligen Widerspruch zum Kapitalismus steht.*

*Unser Politikansatz ist es, die soziale Revolution als Perspektive zur Überwindung der gesellschaftlichen Mißstände zu propagieren und eine breite Basis für die Revolution zu schaffen. Sie kann nicht mit dem Staat, sondern nur gegen den Staat erfolgen. Deshalb sind die staatlichen Gesetze nicht unser Rahmen, sondern der Rahmen unserer Feinde. Es ist leider eine Illusion, anzunehmen, daß dieser Staat gewaltfrei beseitigt werden kann. Wir können somit das "Gewaltmonopol des Staates" auf keinen Fall akzeptieren. Wichtig für uns ist die richtige Relation von Zweck und Mittel. Menschenverachtende Maßnahmen sind Sache des Staates, seines Aufstandsbekämpfungsapparates, nicht unsere! Unsere Aktionen müssen sich selbst erklären, vermittelbar und nachvollziehbar sein und Rückhalt finden. In ihnen muß die prinzipielle Gewaltfreiheit unseres Ziels erkennbar bleiben, auch wenn wir gezwungen sind, zur Gewalt zu greifen, um diesen Staat zu bekämpfen. Wir wollen selbstbestimmte Aktionen möglichst vieler Menschen gegen Staat, Patriarchat, Kapital und jede andere Form der Herrschaft. Gewalt gegen Sachen ist in vielen Fällen notwendig. Gewalt gegen Menschen, die deren Leben gefährdet, können wir uns nur in Notwehrsituationen oder in einer revolutionären Situation vorstellen.*

*Die revolutionäre Linke hat sich in letzter Zeit zu einer Bewegung entwickelt. Wir lassen uns das, was wir in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben, nicht durch die Hetzkampagne von Staat, Parteien und Medien zerstören.* **Der Kampf geht weiter!**

*Selbstbestimmt leben, zusammen kämpfen!*




**AUS MÜNCHEN**

# zu den Gefangenen aus der Startbahnbewegung

Nach den Ereignissen an der Startbahn am 2. Nov. ist es im gesamten Rhein-Main-Gebiet zu einer seit langem nicht mehr dagewesenen Repressions- und Verhaftungswelle gekommen. Am 3. Nov. wurde Andreas verhaftet, dem vorgeworfen wird, die Schüsse abgegeben zu haben. Einen Tag später wurde Reiner verhaftet, mit dem Vorwurf "2. Tatverdächtiger" zu sein, obwohl der Polizei bekannt war, daß er am 2.11. nicht an der Startbahn war. Am 5. Nov. wurde er wieder entlassen. Am 23. und 24. Nov. wurden gegen Reiner, Andy aus Wiesbaden, und drei weitere Personen Haftbefehle erlassen, mit dem Vorwurf, Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" zu sein, beteiligt an zahlreichen Anschlägen auf Strommasten und mehreren Brandanschlägen. Reiner und Andy sitzen seitdem in U-Haft, die anderen Haftbefehle wurden mit Auflagen ausser Vollzug gesetzt.

Am 3.12. wurde Jürgen aus Rüsselsheim in U-Haft genommen.

Klar ist, daß es schon lange nicht mehr um die Schüsse an der Startbahn geht. Die Schüsse dienen nur als Vorwand, den autonomen-anarchistischen Widerstand und die Anti-Startbahnbewegung zu kriminalisieren. Außerdem wird versucht unsere Bewegung endgültig zu vernichten.

Zu den Haftbedingungen:
Da Andreas, Andy und Reiner vorgeworfen wird, Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" zu sein, befinden sie sich in Isolationshaft, d.h. unter anderem Einzelhofgang, Trennscheibe bei Anwalt, Besuche mit Überwachung, Postzensur und 23 Stunden täglich Einzelzelle.

Jürgen sitzt wegen Strafvereitelung in U-Haft.

Forts. nächste Seite

Um die laufenden Kosten der Gefangenen (Wohnung, Knasteinkäufe, Pakete usw.) abzudecken, ist es wichtig, daß viel Geld gespendet wird.

Spendenkto.:
Ralf Stutzke
Commerzbank Frankfurt/M 90
BLZ 500 400 00,
Kto.: 775 84 69

Wichtig ist auch, Briefe und Postkarten (wegen weißen Wänden) an die Gefangenen zu schreiben, legt Briefmarken bei.

Adresse:
Andreas Eichler, Reiner Hübner,
Andreas Semisch über
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe

Jürgen Boguschewski
Fritz-Bauer-Haus
Marienstr.
6100 Darmstadt

Noch einpaar Tips zu Vorladungen und Verhaftungen

- bei der Polizei muß grundsätzlich keine Aussage gemacht werden.
- Als Beschuldigte/r auch bei der Staatsanwaltschaft nicht.

- bei Vorladung als Zeuge durch die Staatsanwaltschaft müßte ausgesagt werden, ansonsten kann mit Zwangsgeld und mit Beugehaft gedroht werden. Vor keiner der beiden Androhungen sollte man/frau Angst haben, bisher sind sie nicht angewendet worden.

- verlangt grundsätzlich einen Rechtsanwalt zu sprechen.

Weiterhin gilt: Keine Aussagen, Schweigen

Jede auch scheinbar noch so unbedeutende Aussage kann dazu führen, daß man/frau sich oder andere belastet. Dies zeigen die Vernehmungen der letzten Wochen.

- wer einmal etwas gesagt hat, muß damit rechnen, wieder und wieder vorgeladen und ausgefragt zu werden.

- der Schritt vom Zeugen zum Beschuldigten ist klein

- keine informellen Gespräche, diese tauchen später oft als Vermerke in den Akten auf.

- Vorsicht bei ZellengenossInnen, auch hier keine Gespräche mit Leuten die man/frau nicht kennt:

- Vorsicht bei Versprechungen durch die Vernehmungsperson!

- Bei Gegenüberstellung Gedächtnisprotokolle über die Art der Durchführung anfertigen.

- Bei Übermüdung, Kopfschmerzen, etc. : Sich auf Vernehmungsunfähigkeit berufen.

- Nicht aussagen müssen Personen, die sich selbst belasten könnten (§ 55 STPO). Dies ist jedoch eine nicht ungefährliche Angelegenheit, da unter Umständen der Schluß gezogen werden kann, man/frau hätte was zu verbergen. Wir raten deshalb, sich damit ausführlichst auseinanderzusetzen - fragt am besten Rechtsanwalt oder Bunte Hilfe.

- wer eine Vorladung bekommt, soll sich sofort an die BUNTE HILFE wenden.
Telefon: 069/28 39 48
Bürozeiten: Montag bis Freitag
17.00 - 19.00h
Sonntag
18.00h - 20.00h

Diskutiert in euren Gruppen über diese Sachen, über eure Ängste und Probleme diesbezüglich. Bei Fragen, wendet euch an die BUNTE HILFE oder an das
Libertäre Zentrum, FFM,
Kriegkstr. 38,
Montag ab 20.00h

SOLIDARITÄT UND FREIHEIT
FÜR ANDREAS, REINER, ANDY
UND JÜRGEN

FÜR EIN LEBEN OHNE KNÄSTE !!!!

**aus Frankfurt**

**«Der Weg ist lang und voller Schwierigkeiten. Manchmal müssen wir, in eine Sackgasse geraten, umkehren; ein andermal trennen wir uns, zu schnell vorgerückt, von den Massen; bei gewissen Gelegenheiten marschieren wir zu langsam und spüren ganz nah den Atem derer, die uns auf dem Fuße folgen.» (Ernesto Che Guevara)**

**Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West in Frankfurt zwei Polizisten durch Schüsse aus einer 9-mm-Pistole tödlich getroffen. Diese zwei Toten hatten zur Folge, daß erstmal Dutzende Leute festgenommen und zig Wohnungen durchsucht wurden. Es ist jetzt schon klar, daß einige Leute, unabhängig von einer konkreten Beteiligung an der Tat, einfahren werden. In den Tagen danach wurde von Politikern und Medien eine Hetzkampagne losgemacht, wie wir sie seit '77 bei der Schleyerentführung nicht mehr erlebt haben. Aber auch Distanzierungsrituale, wie sie jetzt von den GRÜNEN zelebriert werden, müssen keinen Vergleich zu '77 scheuen.**

**Wir wissen noch nicht, wer an der Startbahn geschossen hat, wir können uns aber alle Möglichkeiten vorstellen. Wir können uns swohl vorstellen, daß einer von uns geschossen hat, als auch, daß es sich um eine Provokation des Staatsschutzes handelt. Was wir allerdings wissen, ist, daß egal was im Einzelnen passiert ist, der Tod zweier Menschen wieder einmal dazu benutzt wird, die Mord- und Totschlagsmaschinerie dieses Staats perfekter zu machen und Menschen, die gegen dieses System kämpfen, in eine moralische Zwickmühle zu treiben, die sie lähmt.**




**Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West sind kein isolierter Konflikt im zeitlichen und gesellschaftlichen Nirgendwo. Sie finden statt in der BRD, einem Staat, der bereitwillig die rechtliche und historische Nachfolge des Faschismus angetreten hat; einem Staat, der verbündet ist mit den USA, deren völkermörderische Tradition drei Jahrhunderte zurückreicht, und die es sich als einziger Staat der Erde erlauben können, ihre Weltherrschaftspläne offen zu benennen. Die Startbahn West selber ist nicht irgendeine Betonpiste, sondern Rollbahn für die Militärtransporte, die Weltherrschaftspläne nun mal mit sich bringen. Im Vietnamkrieg hat der Frankfurter Flughafen seine logistische Rolle für den Völkermord der USA gespielt. Und diese Weltherrschaftspläne sind nicht Hirngespinste irgendwelcher Idioten namens Reagan oder Kohl. Diese Pläne sind konsequenter Ausdruck des Machtanspruchs der herrschenden Klasse, die für ihre Wirtschaft Zugriff auf alle Märkte braucht und die Möglichkeit, je nach Bedarf auszubeuten – alle Menschen, auch die in der SU-, weil ihr wirtschaftliches System darauf aufgebaut ist, einzig und allein immer mehr Kapital anzuhäufen. Die Startbahn West ist eines der konkreten Projekte der Herrschenden in diesem Zusammenhang, es ist nicht das einzige.**

**Die Startbahn West ist nicht nur im „Ernstfall" eine Bedrohung. Sie hat schon jetzt genügend an Zerstörung mit sich gebracht. Mit ihr ist ein weiteres Stück Natur für die Menschen vernichtet worden. Tagtäglich zerrütten Gift und Lärm die Gesundheit der Leute, die dort wohnen. Zur Zeit wird sie mal wieder weiter ausgebaut.**

 Forts. nächste Seite

Es ist klar, daß die Menschen sich das nicht gefallen lassen, daß sie versuchen, Widerstand zu leisten. Die Reaktion des Staates darauf hat Tradition. Zuerst verweist er die Leute auf die demokratischen Spielregeln, soll heißen: ihr dürft wählen, ihr dürft euch friedlich und ohne Waffen versammeln, wenn ihr das schön vorher anmeldet, ihr dürft Unterschriften sammeln. Was ihr allerdings nicht dürft, ist z.B. darüber abstimmen, ob ihr etwas bestimmtes wollt oder nicht, dafür seid ihr nicht mündig genug. Daß dabei nichts herauskommen kann, ist ausgemacht. Manchmal sind die Herrschenden auch so offen, das zu sagen. So Verteidigungsminister Wörner anläßlich der Auseinandersetzungen um die Stationierung der Pershing-II-Raketen, als er richtigerweise feststellte: „Die demonstrieren, wir regieren".

Wehe aber, wenn wir merken, daß wir so nichts erreichen, und daraus Konsequenzen ziehen. Wenn wir anfangen, Projekte der Herrschenden zu behindern oder anzugreifen. Wenn wir uns nicht wie Schlachtvieh von einem Platz wegschaffen lassen, den wir besetzt haben, weil wir nicht wollen, daß dort eine weitere Vernichtungsfabrik erbaut wird. Wenn eine Bewegung tatsächlich die politische Durchsetzungskraft erreicht, die Ziele des Staates und der Kapitalisten an einem bestimmten Punkt zu durchkreuzen, ein für sie wichtiges Projekt zu verhindern, zeigt der Staat, was er eigentlich ist – Gewaltapparat zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse.

Er verläßt das „Feld der demokratischen Auseinandersetzung" und läßt den Konflikt von der für den „inneren Frieden" zuständigen Söldnertruppe – genannt Polizei – bereinigen. Und die leistet ganze Arbeit. Sie knüppelt drauf, sperrt Leute ein, schießt mit Wasserkanonen und Gasgranaten. Daß ab und zu mal ein Toter auf der Strecke bleibt, ist kein Betriebsunfall, sondern einkalkuliert, und es führt bestimmt nicht zu einer Spaltung bei Polizei und Politikern in Gewaltfreie und Gewalttäter. Der Tod von Demonstranten wird von berufsmäßigen Gewaltanstiftern wie Zimmermann und Gauleiter lapidar mit „selbst schuld" kommentiert. Eine klare Empfehlung: wer nicht draufgehen will, soll sich fernhalten von Auseinandersetzungen, bei denen der Staat deutlich gemacht hat, daß es für ihn ums Eingemachte geht.

Das heißt zum Beispiel bei der Atomkraft: wenn zwei Drittel der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke sind, muß der Staat dafür sorgen, daß möglichst viele davor Angst kriegen, etwas gegen AKWs zu unternehmen. Diese Strategie hat in Wackersdorf zwei tote Demonstraninnen gekostet, und nicht zufällig waren dies keine erprobten Kämpfer. Die, die es dann immer noch nicht lassen können, setzen den Großteil ihrer Energien in die Beantwortung der „Gewaltfrage". Wir, der kleinere – autonome – Teil der Bewegung, halten daran fest, der Gewalt des Systems etwas entgegenzusetzen, konzentrieren uns allerdings fast ausschließlich darauf, die Söldnertruppen zu bekämpfen, gegen die wir uns moralisch im Recht wissen. Der größere Teil strengt sich an, zu beweisen, daß er keine Gewalt will, und im Nullkommanichts ist für ihn die Präzisionswaffe Zwille ein größeres Problem als der Eierkocher von Atomkraftwerk. Die „Ich-wasche-meine-Hände-in-Unschuld" Philosophen sind mit ihrer Organisierung in der GRÜNEN Partei zur stärksten ideologischen Waffe des Staates in einem Abnutzungskrieg geworden, der bisher noch jede Bewegung geschafft hat. Sie erklären schamlos, daß die Form der Auseinandersetzungen allemal bedrohlicher ist, als die Vernichtungsprojekte um die es in diesen Auseinandersetzungen geht. Was sie nicht sagen, ist, wofür unsere Militanz bedrohlich ist, nämlich für ihren Seelenfrieden, für ihre Teilhabe an der Macht und für ihre Stellung als das bezahlte gute Gewissen der Nation.

In diese Situation hinein fielen die Schüsse von Frankfurt. Wir können uns vorstellen, daß es einer von uns gewesen *ist, und wir gehen damit* so um, als wenn es so wäre. Deshalb können wir uns von diesen Schüssen auch nicht distanzieren, die Tat einfach auf einen abschieben, der individuell durchgeknallt ist. Es liegt an unserer Ungenauigkeit, an unserer Politik und an unserem Verständnis von Militanz, daß es jemand in unseren Reihen möglich ist, das individuelle Abknallen von Bullen mit der Bekämpfung des mörderischen Systems zu verwechseln.

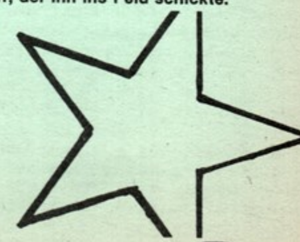
Wir sind nach wie vor der Übrzeugung, daß die Beseitigung dieses Systems nur gewaltsam erreicht werden kann, daß dieser Kampf auch Tote kosten wird. Wir sind der Überzeugung, daß ein System, welches auf Ausbeutung, Unterdrückung und Völkermord aufgebaut ist, sich nicht abwählen läßt und uns immer die Entscheidung aufzwingt, entweder vor diesem blutigen Treiben die Augen zu verschließen, oder aber im Kampf um Befreiung auch Mittel anuwenden, die wir an sich hassen. Wenn wir diese Entsccheidung für uns treffen, wenn wir dieses System und seine Gewalt auch mit Gewalt bekämpfen wollen, müssen wir eine Sorgfalt entwickeln, Kriterien schaffen, die in jeder konkreten Aktion deutlich werden lassen, warum unsere Gewalt gerechtfertigt ist, warum gerade diese Aktion notwendig und ohne den Einsatz von Gewalt nicht möglich war.

Und genau dem hat die Aktion in Frankfurt nicht entsprochen. Es wurden zwei Menschenleben vernichtet, ohne daß sich die Tat aus dem Zusammenhang der Startbahnkämpfe heraus hätte legitimieren können. Weder war sie zum Schutz der Demo oder des Schützen notwendig, noch hat sie den Kampf um Befreiung vorangebracht, sie hat ihn eher zurückgeworfen. Hier hat sich die Gewalttätigkeit, die dieser Staat jedem aufzwingt, der seine Gewalt bekämpft, abgekoppelt vom Ziel der Befreiung und ist zum Selbstzweck geworden.

Wir müssen dafür sorgen, daß keiner in unseren Zusammenhängen für sich individuell beschließen kann, jetzt reichts, jetzt schieße ich. Wir müssen mit dem Mißverständnis aufräumen, die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen. Unser Kampf ist erst dann radikal, wenn er erfolgreich wird. Eskalation – nach dem Motto – erst Molli, dann Zwille, dann Knarre – ist genau die Eskalation, wie sie den Herrschenden ins Konzept paßt. Ihnen tut es nicht weh, wenn einer ihrer Söldner abgeknallt wird.

Eskalation von uns aus muß anders laufen, muß bedeuten, immer mehr lassen sich immer weniger gefallen, muß bedeuten, die Kapitalisten machen immer weniger Profite, weil immer mehr klauen oder streiken oder sabotieren, muß heißen, der Staat braucht immer mehr Söldner, weil immer mehr Menschen auf die Straße gehen, kriegt aber immer weniger, weil wir die Widersprüche zwischen Staat und Bevölkerung vertiefen. Eskalation muß heißen, nicht mehr der Staat schreibt uns vor, auf welchem Feld und mit welchen Mitteln wir ihn bekämpfen, sondern wir zwingen den Staat in die Defensive. Und zwar auf allen Ebenen – politisch, ökonomisch, militärisch, moralisch. Dazu müssen wir lernen, jedes Mittel – Flugblatt oder Sabotage, Streik oder Knarre, Boykott oder Molli zur rechten Zeit und mit der nötigen Konsequenz, aber auch mit Vorsicht und ohne je das Ziel aus den Augen zu verlieren, einzusetzen.

Das heißt aber auch, daß die Tötung eines Menschen nicht allein damit zu rechtfertigen ist, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Und genau das, diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben, die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen, dürfen wir bei uns nicht zulassen. Weil wir eine solche Gleichgültigkeit unter uns zugelassen haben, können wir uns von der Tat von Frankfurt nicht distanzieren. Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Wirkungsweise des Systems in uns und untereinander bekämpfen. Wir dürfen uns aber auch nicht vom Kampf abhalten lassen dadurch, daß uns ein menschenverachtendes System Mittel in diesem Kampf aufzwingt, die uns immer ein Problem bleiben müssen. Und wir dürfen nie aufhören klarzumachen, wer für die Toten in diesem Kampf eigentlich verantwortlich ist, nicht nur für unsere, sondern auch für tote Polizisten und Soldaten. Für den Tod eines Söldners trägt allemal Schuld er selbst, der sich für sein Handwerk bezahlen ließ, aber noch mehr der Kriegsherr, der ihn ins Feld schickte.



Autonome aus Bonn

# ERLANGEN & NÜRNBERG

Gegen ihre Kriminalisierung - unsere Solidarität!
Gegen ihre Spaltung - unsere Kollektivität!
Gegen ihren Terror - unseren Kampf!

Nachdem in den letzten Tagen von allerhand unberufenen Stellen eine blindwütige Welle von Hetze und Distanzierungen über uns hereingebrochen ist, sehen wir uns nunmehr genötigt, selbst Stellung zu den Ereignissen an der Startbahn West zu beziehen.

Die Startbahn West ist einer der Kristallisationspunkte dieser Gesellschaft, wo sich, ähnlich wie an der WAA, die Entschlossenheit des Systems manifestiert, zu seiner Erhaltung wichtige Projekte mit allen Mitteln durchzusetzen. Der Flughafen Frankfurt/Main steht für Abschiebungen, ökonomische Ausbeutung, Zerstörung der Umwelt ebenso, wie für die Option militärischen Eingreifens rund um den Globus. Er steht aber genau so für einen breiten Widerstand, der durch alle Schichten der Bevölkerung geht, und in dem verschiedene Aktionsformen seit je her ihren Platz haben.

Was sich an der Startbahn West als zentralem Projekt des Staates an Widersprüchen konzentriert, ist aber lediglich die Spitze der täglich erlebten strukturellen Gewalt, die uns in beinahe allen Lebensbereichen gegenübersteht und so das Funktionieren der kapitalistischen, patriarchalen Maschine gewährleistet.

Autonome Politik richtet sich seit je her gegen die kapitalistische, patriarchale Realität. Sie greift die Widersprüche dieses Systems auf, thematisiert die verschiedenen Bereiche und entwickelt sich in kollektiven Prozessen. Unsere Militanz heißt immer auch Massenmilitanz und hat sich als Antwort auf die vom System betriebene Vereinzelung und die daraus resultierende Hilflosigkeit gegenüber der organisierten staatlichen Gewalt entwickelt. Militanz ist ein Ausdruck revolutionärer Politik und bestimmt sich aus einem Verhältnis von Theorie und Praxis, welches erfahrbare Kollektivität und Vermittelbarkeit nach außen in den Mittelpunkt stellt. Seinen Ausdruck findet diese Herangehensweise dann in Demos wie zur Hafenstraße, wo vorher genau diskutiert wurde, wie mensch sich so was vorstellt, was mensch damit erreichen will, was politisch sinnvoll ist und was nicht. Wichtig an solchen Diskussionsprozessen ist: Grad, Art und Zeitpunkt der Militanz werden nicht von subjektiven Entscheidungen bestimmt, sondern von objektiven Bedingungen, d. h. es findet eine kollektive Entscheidung statt, was nützt uns, bringt uns unseren Zielen näher.

Die Tragweite von militanten Aktionen sollte vorher diskutiert werden, aus einer Verantwortung für/vor die/der Bewegung heraus. Militanz taucht immer im politischen Kontext auf. Um eine Demo zu schützen, werden natürlich Barrikaden gebaut und militant verteidigt. Genau so wie Sabotageaktionen die Durchsetzung von politischen Zielen unterstützen. Hier können die Anschläge der Roten Zora auf die Textilfabrik Adler als Beispiel dienen, mit denen die Forderungen der Südkoreanischen Arbeiterinnen dieses Konzerns unterstützt wurden.

Daß der Staat diesem bunten Treiben nicht begeistert Beifall klatscht, dürfte nicht überraschen. Er hat sich Instrumentarien und Institutionen geschaffen, um nicht verwertbare, d. h. revolutionäre Bewegungen einzukreisen und nach Möglichkeit platt zu klopfen. Repression ist nichts neues, und sie steigert sich seit je her mit den Anwachsen bzw. Erstarken nicht systemimanenter Politik. Verschärfungen werden nicht wegen zweier toter Bullen vorgenommen, sondern weil der Staat dies in der gegebenen Situation für oportun hält.



Vor dem Hintergrund des geplanten Ausbaus der Startbahn West wird doch sehr wohl klar, warum die Zerschlagung der Anti-Startbahnbewegung gerade jetzt massiert betrieben wird. Schon immer war es dem Kapital und der jeweiligen Staatsform kein Problem, Anlässe zu finden, die in der Öffentlichkeit eine Verschärfung seiner Gesetze legitimieren. Sollten sie wirklich einmal vor einer Situation stehen, in der ein solcher Anlaß fehlt, wird dieser eben geschaffen. Als Beispiel hierfür mag uns das Loch in den Celler Knastmauern dienen, wo der Verfassungsschutz einen Sprengstoffanschlag ausführte und dies als Vorwand für die Verschärfung der Haftbedingungen diente.

Daß diese Taktik des Staates seit Jahrzehnten immer wieder auf der gleichen Schiene läuft, scheint der hiesigen "bürgerlichen Linken" nocht nicht aufgefallen zu sein. Schon immer wurde versucht, soziale Bewegungen zu spalten, um ihnen ihre politische Spitze zu nehmen. Dabei haben Parteien wie die SPD in der Opposition und die Grünen eine klar bestimmbare Funktion. Immer wieder wird versucht, einen Teil der Bewegungen so zu verängstigen und abzuschrecken, daß es dann ein leichtes ist, diesen Teil über Versprechungen oder Vergünstigungen zu ködern und über solche Parteien wieder ins System zu integrieren.

Parallel dazu werden gegen die radikalen Kerne alle verfügbaren Repressalien aufgefahren, um sie zu zerschlagen.

Integration/Repression heißt das Zauberwort, mit der bisher jede soziale Bewegung in der BRD konfrontiert und teilweise in kapitalistisch verwertbare Bahnen gelenkt wurde. Daß die Linke mit schöner Regelmäßigkeit in diese Falle stolpert, ist bezeichnend, und daß das Geheule der Grünen nach den Schüssen an der Startbahn nicht aus moralischen Bedenken inszeniert wird, sondern lediglich, um den kapitalistischen, patriarchalen System gegenüber die staatstragende Funktion dieser Partei zu unterstreichen, muß wohl nicht extra betont werden (Gruß an den Genossen Ebermann).

Wir finden die Fahndungsaufrufe der Grünen, die vorschnellen unter dem Schock der Ereignisse entstandenen Distanzierungen, ebenso wie das Nichtverhalten zu den von der Kriminalisierung Betroffenen zum Kotzen. Wir solidarisieren uns mit allen im Zusammenhang mit den Schüssen Verhafteten. Sämtliche GenossInnen, die in den Klauen der bürgerlichen Klassenjustiz landen, sind für uns Opfer und brauchen unsere Unterstützung.

Die Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn von Aktionen muß zwischen uns laufen und kann nicht die Justiz als zwischengeschaltete Instanz akzeptieren. Denn was vor Gericht bewiesen wird oder nicht, bestimmen nicht wir; jedes Verfahren verkommt zu einer Farce.

Keine Kriminalisierung von allen im Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn Verhafteten!
Freiheit für alle Gefangenen!
Gegen Staat, Kapital und Patriarchat!

**Autonome Aus Erlangen und Nürnberg**



# IM ZWEIFELSFALL

Andreas Eichler - darf mensch noch "Genosse" sagen? - wird beschuldigt, mit einer geklauten Polizeiwaffe zwei Träger von solchen Dingern er- und zwei weitere angeschossen zu haben. Open seasen inzwischen auch auf seinen "Komplizen" Frank Hofmann (flüchtig).

Das kann mensch glauben oder es bleiben lassen. Das Loch in der Knastmauer von Celle, V-Mannprovokationen auf Demos, wo Bullen Mollies und Steine schmeißen, um Gewalttaten anzustiften, (B)arschel & Co. ... lassen es eher angeraten erscheinen erst mal nichts zu glauben. Es wäre nicht das erste Mal, daß Unschuldige als TerroristInnen auf den Titelseiten von Bild bis FR diffamiert und verurteilt werden. Wenn die Zimmermänner Deutschlands zur Terroristenhatz blasen, soll man sich nicht vorschnell unter die Jäger mischen. Man könnte selber bei dem unlustigen Treiben auf der Strecke bleiben.

Von eilfertigen Distanzierungen kann also nur abgeraten werden. Übrig bleibt die Einschätzung der gewollten oder zufälligen Tötung zweier Männer im Dienst der herrschenden Macht. Zunächst bleibt festzustellen, daß Polizisten das Bewußtsein haben müßten, daß sie in vorderster Front das politische und wirtschaftliche System dieses Staates verteidigen. Daß das seit mehr als zehn Jahren mit schweren, meist von der Staatsgewalt = Polizei etc. provozierten, gewalttägigen Auseinandersetzungen verbunden ist, ist Allgemeinwissen. Daß Mensch sich als PolizistIn dem nicht entziehen kann, auch. Das Risiko von Verletzung oder sogar Tod ist dem/der Diensttuenden also bekannt. Vier Männer sind Opfer dieser Risikobereitschaft geworden, sicher ohne persönlich damit gerechnet zu haben.

Die Politiker und Bosse dieses Landes sorgen mit immer neuen WAAnsinnsprojekten dafür, daß neuer tödlicher Konfliktstoff entsteht, Menschenleben aus lebensverachtenden Motiven ins Kalkül der Vernichtung geraten. Während der Staat seine Repräsentanten in zynischer Überhöhung als Martyrer des Rechtsstaates zelebriert, sterben die Toten neben Atomkraftwerken z. B. länger, qualvoller und undramatischer, obwohl ihr Leben von der selben Rechtsordnung angeblich ohne Unterschied geschützt ist. Niemand vernimmt aber ihr Elend. Nichts daran ist spektakulär oder auch nur eine Meldung, ein Wort der Reue wert. Das nur ein Beispiel.

Der Tod ist an der Tagesordnung. Auch der Tod aus Polizeipistolen. Nur - treffen die Kugeln meist uns. Die Liste unserer erschossenen, erschlagenen und CS-vergasten GenossInnen, die keine Waffe in der Hand hielten, ist lang ...

Wir AnarchistInnen sind gegen Gewalt und Mord. Aber "der Staat diskutiert nicht über Gewalt. Er gießt sie in Gesetze und wendet sie an!" schrieb vor etlichen Jahren unser Genosse Peter Paul Zahl, der auch nur knapp Polizeischüssen entging. Wir befinden uns mittlerweile in einem Zustand permanenter Notwehr gegen die menschenverachtende Politik der Staatsgewalt, gegen ständige Verfolgungen, Diffamierungen und Angriffe auf unsere Person. Wir empfinden das Vorgehen von Polizei und Justiz als faschistoid. Denn wir erfahren jeden Tag, daß sie sich nicht einmal an die eigenen Gesetze halten, deren Bruch sie uns vorwerfen. Daß sie diesen durchlöcherten und abgewrackten Grundsätzen hohnlachen. Sie lachen uns frech ins Gesicht und schlagen und schießen uns nieder. Sie terrorisieren unsere Wohnungen und Projekte, bespitzeln, speichern und überwachen unser Privatleben (wir haben keines mehr!), provozieren, kontrollieren und sperren unsere Freunde in unmenschliche Ställe: Knäste und Psychiatrien. Sie beschlagnahmen unsere Bücher und Zeitschriften und lesen unsere Briefe. Sie können sich alles erlauben, ohne je zur wirklichen Rechenschaft gezogen zu werden.



In dieser Situation soll ein Genosse geschossen und getötet haben. Sein Haß wäre verständlich. Er wurde herangezüchtet. Dieser Haß traf Menschen, die für dieses perverse Mördersystem (Beispiele - die Seite reicht nicht für einen Bruchteil davon!) mitverantwortlich sind, weil sie es (unter-)stützen, Teil von ihm sind. Aber sie sind verantwortlich in geringerem Maße.

Durch diese geringere Verantwortung werden auch sie als Ausführende Opfer des Systems und seiner großen Nutznießer. Ihr Tod war ein weiterer Stein in der deutschen Mauer, die durch die Köpfe geht. Ihr Tod provoziert den Zorn und die Angst der unteren Chargen und läßt diese die Waffen entsichern, die auf uns gerichtet sind.

Die Oberen nutzen die Situation für ihre Ziele. Ihnen nützt die Situation direkt. Sie wollen die Vernichtung der radikalen Opposition! In jedem Falle sind sie direkt oder indirekt die Verantwortlichen für die Todesschüsse, nicht wir.

Unsere Selbstverteidigung bedient sich der angemessenen und gerechtfertigten Mittel. Der Tod von einigen Polizisten greift die bestehenden Machtverhältnisse nicht an, sondern verschlimert sie zu unseren Ungunsten, zu Ungunsten einer freiheitlichen Entwicklung. Dieser Tod unserer kleinen Gegner war grausam und unnötig. Er hilft niemanden. Er schadet den Interessen der Allgemeinheit.

Nur die Profiteure profitieren von ihm. Solange die Schuld von Andreas Eichler nicht zweifelsfrei bewiesen ist, haben wir ihn als unschuldig zu betrachten. Das ist sogar Prinzip der Rechtssprechung dieses Staates (er hält sich nur nicht daran!). Das gilt um so mehr, als Andreas ausgesagt haben soll, er habe nicht geschossen, sondern die Waffe von einem "Genossen" zugesteckt bekommen.

Aber wie soll zweifelsfrei bewiesen werden, das Andreas unschuldig (oder im Sinne des Tatvorwurfs schuldig) ist? Die Polizei hält alle Beweismittel in Händen, kann alle Beweismittel manipulieren. Warum sollten wir gerade ihr vertrauen, wo sie doch andauernd Beweismittel fälscht und manipuliert. Wir wissen doch z. B. alle, daß Zeugenabsprachen an der Tagesordnung sind. Wer beweist uns und wie, daß die Sig Sauer P6 wirklich die Tatwaffe war, daß genau diese Projektile wirklich und unzweifelhaft aus ihr abgefeuert wurden? Was stellen sie mit dem Gefangenen an, um ihm das Geständnis des Mordes abzupressen, das sie brauchen? Sie werden foltern. Schlafentzug, pausenlose Verhöre, Drohungen, Einschüchterungen jeder Art, vielleicht wahrscheinlich körperliche Gewalt ("der Gefangene hat Widerstand geleistet"), womöglich Drogen zur psychischen Destabilisierung. Werden sie ihn ermorden, um ihn für immer zum Schweigen zu bringen? Könnte es dafür Gründe geben? Kann Andreas Eichler selbst noch geglaubt werden, wenn er gesteht? Was für eine Rolle spielt Frank Hofmann? Heißt sein Schicksal "auf der Flucht erschossen"?!

Den Nutznießern dieses Systems paßten die Schüsse zu gut ins Konzept, als daß ausgeschlossen werden könnte, daß sie nicht aus ihren Kreisen angezettelt sein könnten. All die unglaublichen Unstimmigkeiten! Kann ein bedächtig planender Killer so dumm sein, wie Eichler angeblich gewesen sein soll?

Forts. nächste Seite

Wir leben im Land der Lüge und öffentlichen (verdeckten) Manipulationen. Wir dürfen nur das hören, was denen da oben in den Kram paßt. Wenn Eichler nicht der Täter wäre, wer ist es dann? Es steht zu befürchten, daß wir nie die ganze Wahrheit erfahren. Denn wem sollte mensch noch glauben? Sicher nicht dem korrupten und gefährlichen Gewaltsystem, das wir Staat nennen. Sicher nicht der gekauften und mit den Brocken gefütterten Presse, die von den Tischen ihrer Herren abfallen.

Machen wir uns einen eigenen Reim auf die Dinge, wie sie sind und wie sie kommen, für ein "neues, ein besseres Lied"!

**AnarchistInnen aus Berlin**



# OLDENBURG

Heute, eine Woche nach den Ereignissen an der Startbahn West, wissen wir noch immer nichts über die Umstände, die zu dem Tod von zwei Bullen geführt haben. Zu undurchsichtig und widersprüchlich sind uns die Meldungen von Presse, Funk und Fernsehen hinsichtlich Ablauf, Tatwaffe und der Konstruktion eines "autonomen Sonderkommandos" (Scharfschützen: Feuer frei, oder so ähnlich), als daß wir uns darauf einen Reim machen könnten.

Was bleibt, neben den zwei totgeschossenen Polizisten, mit denen wir uns unter anderen Umständen hätten vorstellen können, für eine andere und bessere Welt zu kämpfen, ist ein medialer Scherbenhaufen und die Erkenntnis, daß, wenn die beiden Polizisten einer geplanten und bewußten Aktion zum Opfer gefallen sind, diese Aktion offensichtlich mehr Verwirrung und Verunsicherung ausgelöst hat, als daß sie mobilisierend wirken könnte.

Dafür spricht nicht nur die offensichtliche Nichtvermitelbarkeit der Aktion, sondern auch die Tatsache, und das halten wir für ausschlaggebend, daß wir uns mit einer Sache auseinandersetzen müssen, die wir von ihrem möglichen Ablauf her nicht gebilligt hätten, die uns überrascht hat und wir uns mit dem daraus entstehenden Counterprojekt des Staatsschutzes und einiger Grüner Hampelmänner/frauen konfrontiert sehen.

Die Schüsse von Frankfurt, erst mal ein tagespolitischer Anlaß, werden als Aufhänger einer langfristig geplanten Befriedungsstrategie benutzt, um das staatliche Gewaltmonopol lautstark einzuklagen, welches im Kontext sozialer Bewegungen an der Startbahn West, in Wackersdorf, Brokdorf, Hafenstraße ... zerbrochen ist und weiter zu zerbrechen drohte.

Zerbrochen, wie es scheint, ist auch die einst proklamierte Einheit in der Vielfalt, die sich beim näheren Hinsehen als viel Einfalt entpuppt, wenn sich möglichst viele jetzt auf das 77er Distanzierungskarussell setzen und von da aus erst mal mit allem möglichen und unmöglichen um sich zu schmeißen, was eine ehmalige Linke, die sich nicht mehr als Protagonist zukünftiger Umwälzungen versteht, sondern als ihr Opfer, in ihrem Versöhnungseifer findet.

Kritisiert und diskutiert wird hier nicht entlang den engen Kriterien revolutionärer Moral, dem offenkundig falschen Zeitpunkt der Aktion, sondern man kramt die ohnehin fragwürdige Totalitarismustheorie von Hannah Arendt - mit ihrer Gleichsetzung von Terror von rechts = Terror von links - hervor, stellt fest, daß alles sowieso nur den Zimmer- und Rebmännern nützt und gipfelt in dem Ausliefern ("Grüne") der "Täter" an eben jene Klassenjustiz, die nicht nur das Startbahnprojekt abgesegnet hat.

Es ist durchaus vorstellbar, daß sich die berühmten Schüsse an der Startbahn ganz konkret gegen den Staat und seine ihn schützenden Organe richteten.

So, wie es kein großes Geheimnis ist, daß sich die revolutionäre Linke in einer Krise befindet, so ist andererseits klar, daß die bisherigen Angriffe auf Institutionen und Projekte des Herrschaftsapparates sowie auf rassistische Ausländerbehörden und Personen gegen die selektive und damit menschenverachtende Flüchtlingspolitik, auf Einrichtungen von AKW-Betreibern, auf Banken, Militäranlagen, Rüstungskonzerne oder Firmen wie Adler oder Ikea ... einen weitreichenden Konsens innerhalb der sozialen Bewegungen hatten. Unter anderem auch deshalb, weil sie aus ihnen hervor gingen und ihnen nicht äußerlich waren.

Die Schüsse an der Startbahn haben diesen Konsens aufgebrochen. Sie haben die Frage nach einer existenziellen Radikalität neu gestellt und eine politische Leere hinterlassen, von wo aus der Konsens der Entscheidungsfreiheit, welche Mittel jemand im Klassenkampf anwendet, militärisch gelöst wurde. Dabei wissen wir doch, und das nicht nur aus der zwanzigjährigen Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen, daß in den Krisen der Bewegungen und Stadtguerilla die Verlockung, durch einen erhöhten militärischen Einsatz wieder wett zu machen, was politisch verloren scheint, äußerst groß ist.

Der politische Fehler liegt darin, daß diese Militarisierung sich nicht aus der inneren Entwicklungslogik der Bewegungen herleiten läßt, auf die wir uns nicht nur mit unserer Hoffnung nach einer den Kapitalismus überwindenden Perspektive beziehen.

Und das ist grob gesagt das Kriterium zur Anwendung revolutionärer Gewalt: werden sie von Bewegungen, von weiteren Bevölkerungskreisen verstanden, auch als Möglichkeiten, die eigenen Interessen, die der Unterdrückten gegen die Unterdrücker durchzusetzen? Ermutigen sie die Menschen zum eigenen Handeln, setzen sie Befreiungsträume frei? wie können sie aktuelle Kämpfe unterstützen, ohne daß ein kurzfristig erzielter Erfolg über den Gegner an den Repressionsmaßnahmen der Gegenseite insofern scheitert, daß sie die Bewegung handlungsunfähig macht und so voll auf sie zurückschlägt. Wir wollen auch die weitverbreitete Opfermentalität vieler Menschen aus der Bewegung kritisieren, die ihren Objektstatus als Kolonisierte offenbar so verinnerlicht haben, daß sie sich nur noch als Opfer fühlen, sehen und danach handeln können.

Als Opfer von Atomeraketen und durchgeknallten Einzeltätern, Opfer von Atommeilern und Staatsschutzaktionen, Opfer des verblödeten Volkes und des obskuren Autonomen, die, man was ja nie, doch nicht Subjekte einer sozialrevolutionären und antiimperialistischen Praxis sind. Dies ist Ausdruck sowohl eines falschen Bewußtseins und signalisiert darüber hinaus, wenn nicht Spaltung, so doch immerhin eine Distanz, die es der Befriedungsstrategie der Herrschenden einfach macht, innerhalb von sozialen Bewegungen zu agieren.

Dabei fungiert ein Großteil der Grünen und anderer durchaus als eine Art Kuckuksei in den sozialen Bewegungen, von denen die Grünen nur noch den parlamentarisch verselbständigten Teil darstellen. Und insofern ist der Befriedungsversuch der herrschenden Klasse, genau 1,3% der Bevölkerung, die über 83% des gesellschaftlichen Reichtums verfügen, um das noch mal zu sagen, taktisch sehr geschickt.

Verzichtet wird auf flächendeckende zugunsten selektive repressive Methoden gegen die Szene, um das gesamte Konzept, dem der inneren Befriedung nicht das Wasser abzugraben. Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre, ist nun eingetreten.

Das Counterprojekt des Staates bedient sich eines quasi trojanischen Pferdes innerhalb der Bewegungen, um sich desto ungestörter ihrem Genre, der Profitmacherei widmen zu können.



Viele, mit denen uns der Gedanke an eine befreite Welt verband, scheint das nicht zu stören. Im Gegenteil.

Ein sogenannter ehmaliger linksradikaler Studentenführer kontaktiert seit Jahren einen bundesdeutschen Geheimdienst, um ehmalige RAF-Genossen, die nicht mehr von der Möglichkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt sind, als politische Kronzeugen gegen ihre früheren Überzeugungen zu benutzen. Wo medienwirksam das Geschäft mit der Integration und der Ausverkauf einst verbindlich gehandelter Inhalte betrieben wird, werden vor allem auch Utopien auf der Strecke bleiben, die ja auch immer etwas für sich hatten.

Wenn, wie Meinungsumfragen ergeben, die Glaubwürdigkeit und Respektabilität von "Politikern", also den Repräsentanten der herrschenden Klasse, bei 81% der Bevölkerung geschwunden ist,

es also erhebliche Einbrüche in die Massenloyalität gegeben hat, ist es für die Herrschenden aller höchste Zeit, Konflikte zu pazifizieren, wollen sie nicht das Risiko eingehen, daß die Erosion der Loyalität sich politisiert und gegen sie richtet, eines Tages Gegenmacht wird. Es ist wirklich zu befürchten, daß die Linke, sowohl die Handlungsmöglichkeiten, die sich aus der implodierenden sozialen Krise ergeben können, ungenutzt lassen wird und allenfalls als Rekordhalter im Vergeben von historischen Möglichkeiten in die Annalen der Geschichte eingeht.

**Einige Autonome aus Oldenburg**

# FEUER FREI?



Am 2.11.87, am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, wurden an der Startbahn West bei Frankfurt während eines Demonstrationseinsatzes zwei Bullen erschossen. Wer immer auch geschossen hat, die politische Verantwortung wurde sofort den "Autonomen" zugeschoben.

Um es klar vorauszustellen: auch wir finden diese Schüsse zum Kotzen. Nichts desto trotz halten wir militanten Widerstand gegen dieses System für notwendig.

Wir möchten vorausschicken, daß dieses papier einen vorläufigen Charakter hat und unter extremen Zeitdruck entstand. Gleichzeitig ist es auch keine Position, welche die manigfaltigen autonomen Politikverständnisse versucht zu vereinheitlichen ("wir Autonome").

Es ist somit für uns und andere der einleitende Versuch, die Geschehnisse vom 2.11. nicht aus einer entstandenen Position der Distanzierung (Wiesbaden) heraus zu erklären, sondern vielmehr die nicht zu rechtfertigenden Morde als eigene Schwäche zu begreifen.

Es wird weder etwas entschuldigt noch in irgend einer Weise gerechtfertigt. Die Geschehnisse stehen im Gegensatz zu Ziel und Vorstellung autonomer Politik zum jetzigen Zeitpunkt in der BRD. Sie sind kein Produkt eines Diskussionsprozesses oder einer Analyse.



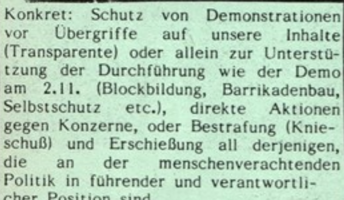
Forts. nächste Seite

Die BRD ist ein imperialistischer Staat. Gemeinsam mit den anderen Nato-Staaten ist sie an der ökonoischen Ausbeutung und militärischen Unterdrückung der Menschen in der sogenannten dritten Welt beteiligt. Profit und Gewinne dieser Ausbeutung dienen der Sicherung der politischen Macht des Regimes und seiner Institutionen, der ökonomischen Machtverhältnisse bzw. Herrschaft der multinationalen Konzerne und der Sicherung eines relativen Wohlstandes, Abmilderung des Klassenwiderspruchs.

Die BRD ist ein bürgerlicher Staat. Klassengegensätze sind entgegen einiger Wunschvorstellungen seitens des Regimes und "linker" gesellschaftlicher Gruppen Realität, ebenso wie die Bekämpfung von sozialen Bewegungen. Wer sich in das System integrieren läßt, kann am "Wohlstand" teilhaben.

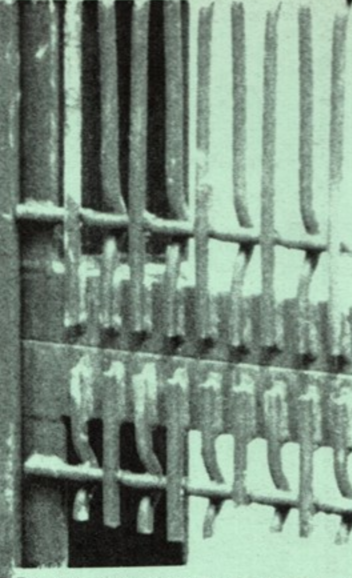
Wer dagegen auf Grund seiner sozialen Lage, durch verschiedene Formen von Widerstand oder aus Erfahrungen und Überzeugung ankämpft, wird mit allen Mitteln bis hin zum Mord, als äußerstes Mittel und mit Kalkül, ob auf der Straße oder in der Isolationshaft bekämpft.

Revolutionäre Politik drängt auf Veränderung der weltweiten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zugunsten einer Volksmacht und Aufhebung ökonomischer Widersprüche. Revolutionäre Politik - herrschaftsfrei, selbstbestimmt von unten, antipatriarchalisch, Kollektivität, revolutionäre Moral - muß deshalb im Kern ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, die wir anstreben. Die dazu einzusetzenden Mittel reichen vom Flugblatt, der Veranstaltung, Demonstration bis zum Einsatz bewaffneter Mittel.



Konkret: Schutz von Demonstrationen vor Übergriffe auf unsere Inhalte (Transparente) oder allein zur Unterstützung der Durchführung wie der Demo am 2.11. (Blockbildung, Barrikadenbau, Selbstschutz etc.), direkte Aktionen gegen Konzerne, oder Bestrafung (Knieschuß) und Erschießung all derjenigen, die an der menschenverachtenden Politik in führender und verantwortlicher Position sind.

Sie stellen das Bindeglied zwischen politischer Vermittlung und Machbarkeit revolutionärer Politik dar. Ihre Anwendung bestimmt sich darüber hinaus an der gegebenen Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse hier und dient der Unterstützung, Verbreiterung und Verteidigung unserer politischen Inhalte.



Da der bürgerliche Staat letztendlich militärisch gegen soziale (Widerstands)Bewegungen agiert, Protest und Widerstand in bürgerkriegsähnlichen Szenarios niedergeknüppelt werden, bleibt als Essenz, daß die Machtverhältnisse nur dann verändert werden können:

- wenn der jetzige Kampf als Kampf um die Herzen der Menschen hier wie in der Peripherie betrachtet wird
- er sich ihrer realen Bedürfnisse und Ängste annimmt
- und in der Lage ist, mit verschiedenen Mitteln bereits Erkämpftes (Hafenstraße: politische Verankerung - militante Verteidigung) zu verteidigen.

Eine Veränderung der hieisgen Machtverhältnisse, so sehr wir uns das auch wünschen, ist auf friedliche (Reformismus) Wege nicht möglich.

Aber wir stellen fest: wer zum jetzigen Zeitpunkt mit Schüssen auf Polizisten bei Demonstrationen eine bestehende politische Konfrontation entscheiden will, degradiert revolutionäre Politik zu einer militärischen Strategie.

Obwohl seit über zwei Jahren, seit der Ermordung von Günther Saré, die Repression gegen politische Inhalte sich verschärft hat, sei es durch Verhinderung von Veranstaltungen, Versammlungsverboten, Polizeikessel, Einknastung von Menschen, kann nicht zum jetzigen Zeitpunkt nur mit einer neuen Eskalationsstufe geantwortet werden. Diesen Kampf würden wir immer politisch, moralisch und militärisch verlieren. Die Toten an der Startbahn sind ein Ausdruck davon.

In der BRD sind revolutionäre Gruppen in der Minderheit. Gleichwohl verändert revolutionäre Politik immer wieder Menschen. Ihre Aktionen tragen deshalb hauptsächlich propagandistischen Charakter. Es herrscht kein Krieg, kein Bürgerkrieg. Wir lassen uns auch diese Eskalationsstufe nicht durch staatliche Maßnahmen aufdrücken. Die jeweilige Situation muß immer in ihrer Gesamtheit als eine politisch militante gesehen werden.

Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Es reicht nicht zu sagen, daß solche Menschen nicht zu uns gehören. Diese Menschen haben sich, wenn auch mit falschen politischenm Vorstellungen, unserem politischen Kampf angeschlossen. Diese Tat ist Ausdruck von bestehenden Schwächen, z. B. mangelnder Organisierung und tiefgreifender Diskussionsprozesse in der autonomen Bewegung insgesamt. Die Schwächen müssen offen benannt und aufgearbeitet werden. Nicht überhastet in all zu eiligen Erklärungen und Distanzierungen anläßlich des Drucks, der auf uns lastet, sondern in einer tiefgreifenden Debatte um unsere weitergehende Organisierung.

Wir stellen fest, daß eine bestimmte Linke die jetzige Zeit nutzt, den Schulterschluß mit den staatlichen Organen salonfähig zu machen. Ihnen geht es nicht darum, den Vorfall zu diskutieren, sondern im Einklang mit den hier herrschenden politischen Fraktionen Widerstand zu spalten, den einen Teil gebrochen zu integrieren, den anderen Teil zu liquidieren.

**Einige Autonome aus Hannover**

**Eine Einschätzung von Anti-Imps aus dem Ruhrgebiet**

**Wir nehmen an, daß die Liquidation der zwei Bullen an der Startbahn eine Counter-Aktion ist**

d.h., daß sie von geheimdiensten geplant und organisiert wurde und von angeworbenen provokateuren - oder von ihnen selber ausgeführt wurde.
- daß sie solche counter-aktionen durchführen, ist wohl spätestens seit der 'celler-loch-aktion' öffentlich bekannt. sie wollten damit eine counter-guerilla aufbauen, um an die raf dran zu kommen.
- oder die counter-aktionen gegen die hauptbahnhöfe 1973/74, die bomben in den schließfächern, die sie der raf zuschieben wollten, um so die raf als 'kaltblütige killer' von der bevölkerung zu isolieren.
- oder im hungerstreik 1981; wo die vielfältigen politischen und militanten mobilisierungen mit den häuser- und anti-akw-revolten zusammengekommen sind, dieser kampf wurde von vielen verstanden und worin die möglichkeit steckte, daß der widerstand sich politisch als eigenständige kraft durchsetzt. dagegen haben sie counter-aktionen von barrikaden und betonplatten auf bahngleisen und die bombe in der kölner u-bahn gestartet. unter dem propagandistischen motto: wenn später... dann so und soviele tote...
das sind beispiele aus ihrer praxis in der brd bzw., daß das für sie keine ungewöhnliche praxis ist. diese methoden sind teil jeder aufstandbekämpfungsstrategie, bestandteil der ausbildung von anti-guerilla-einheiten des mitlitärs und der geheimdienste, und sie stehen in jedem cia-handbuch.

die blutigen fäden der kontinuität solcher aktionen ziehen sich quer durch die geschichte und kontinente:
- ob es die sprengung des greenpeace schiffes vor neuseeland von agenten der dst, franz. militärischer geheimdienst, ende 1985 ist, um eine politische mobilisierung, besonders der ureinwohner in den ehemaligen franz. kolonien, wie damals in neukaledonien und heute in tahiti, gegen die franz. atomversuche zu verhindern.
- das massaker im bahnhof von bologna, welches von agenten des militärischen geheimdienstes und neo-faschisten ausgeführt wurde.

- oder die bombenserie gegen die internationale zivilluftfahrt im sommer 1985: die bombe in der Abfertigungshalle des frankfurter flughafens; die sprengung der air-india jets bei irland mit 380 toten; die bombe auf dem tokio'er flughafen. diese aktionen hatten das ziel, die offensiv-strategie der usa von 'prävention und vergeltung gegen den internationalen terrorismus' durchzusetzen. mit diesen counter-aktionen haben sie den 'schrecken des internationalen terrors' aufgezeigt und so das druckmittel und die klammer gehabt, andere länder in die internationale zusammenarbeit reinzupressen. dieses zielt direkt auf den sich ausweitenden internationalen Befreiungskampf und die fortschrittlichen, blockfreien länder, was sie die letzte zeit bewiesen haben: mit den bombenangriffen gegen libyen, den iran und den angriffen und entführungen gegen palästinenser, - wie vor zwei monaten das kidnapping des palästinensers fawas junis von bullen des fbi's aus dem libanon. shultz bezeichnete dies 'als neue phase des kampfes gegen den internationalen terrorismus'.

die aufstandbekämpfungsstrategen wenden diese mittel überall an: nicaragua, peru, türkei, angola, kurdistan...
- aktionen im namen der guerilla und/oder der revolutionären kräfte zu machen, um darüber diese von der bevölkerung zu isolieren.
die liquidation der zwei bullen paßt genau in das politische klima und entspricht ihrem interesse, die ansätze des radikalen und revolutionären widerstands jetzt auslöschen zu wollen, bevor wir uns auf neuer stufe gegen den faschismus organisieren und durchsetzen. wir müssen anfangen uns politisch strategisch am ziel zu bestimmen, uns die notwendigen mittel und das terrain dafür erobern. wir müssen in die, für sie nicht mehr aufhaltbare, ökonomische und politische krise reinintervenieren und mit den menschen arbeiten, die davon extrem betroffen sind, z.b. die bergarbeiter im ruhrgebiet politisch und praktisch zusammenkommen. dies sehen wir als eine der aufgaben des revolutionären widerstands an. sie wollen uns, bevor wir den jetzt möglichen und nötigen qualitativen sprung in der entwicklung einer revolutionären strategie schaffen, erwischen und dies vorher abknicken.
in diesem projekt geht es als erstes darum, die militanz, insbesondere bewaffneter kampf als 'verrückt und abartig' - so kohl - darzustellen, um quer durch die gesellschaft und die linke distanzierungen zu erpressen, um so den boden zu schaffen, uns relativ reibungslos abräumen zu können:
'...es geht darum...die geistige offensive gegen die horde gefährlicher schwätzer zu eröffnen, die sich nur halbherzig von der gewalt distanzieren...und eine unmißverständliche gewaltabsage muß formuliert werden.' unionspolitiker taz 4.11. '...der entscheidende schritt muß jetzt der zugriff auf das gewaltpotential der autonomen sein...' kommentar sz 4.11.

sie wollen in dieser situation, im kontext ihrer strategie von 'präventiver konterrevolution' eine gesellschaftliche einkreisung und isolierung errichten.

die grünen haben das schon direkt aufgegriffen und zu ihrer sache gemacht, dazu otto schily:'der staat müsse nun mit festigkeit reagieren. es sei ihm unbegreiflich, wenn die fahndungsforderung von den grünen nicht unterstützt würden. auch bei demos müsse nun darauf geachtet werden, keine falschen koalitionen einzugehen...' was die grünen direkt in der ersten anti-terror/gewalt manifestation am samstag 7.11. in stuttgart umgesetzt haben. unter der leitparole 'gegen die eskalation der gewalt' und 'für gewaltfreie politische auseinandersetzung'. dazu der grüne organisator huß:'wir haben uns gedacht, es wäre ein bißchen wenig, nach einem solchen vorfall, es bei den üblichen distanzierungen zu belassen. ...die schüsse... hätten nicht nur auf menschen, sondern unmittelbar auf das grundrecht der demofreiheit gezielt. deshalb müsse dieses grundrecht auch gegenüber solchen gewalttätern verteidigt werden.' welt und taz 7.11.

die herrschenden schaffen sich jetzt die mittel, mit denen sie gegen uns und alle, die anfangen an den widersprüchen der krise zu kämpfen, vorgehen wollen. das ist z.b. die änderung des versammlungsgesetzes. dabei geht es nicht nur um demos, sondern um jede 'versammlung über 5 personen', d.h. auch um veranstaltungen und autonome plenen. sie können damit jede veranstaltung und plenum verbieten und auflösen, konkret wer trotzdem weiterhin teilnimmt, kann dafür in den knast gehen und bei 'wiederholungsgefahr' direkt einfahren.
das ist die linie, die das bayrische innenministerium schon mit den verboten der buko und den veranstaltungen zur 'palästinensischen revolution' und zu den 'politischen gefangenen in der brd' exemplarisch angefangen hat. der gewollte zugriff auf die plenen offenbart sich über das zitat von hermann, bdk:'... die konsequente verfolgung und zerschlagung der strukturen der verbrechertrupps vermummter gewalttäter...'
wir haben das jetzt einmal auf den begriff gebracht, um aufzuzeigen, worauf sie aus sind und wie weitreichend sie sich jetzt mittel beschaffen. uns geht es nicht darum ein horrorbild zu malen, erst recht nicht daraus die konsequenz entstehen zu lassen - wir können ja eh nix mehr machen. ganz im gegenteil, wir denken, daß wir der realität und dem feind ins auge schauen sollen und müssen. weil es die voraussetzung dafür ist, sich darauf einzustellen und als kampfbedingungen davon ausgehen zu können.

**wir werden im folgenden darauf eingehen, weshalb wir neben der politischen einschätzung meinen, daß die schüsse eine counter-aktion sind.**



- die bullen und der staatsschutz wußten eine ganze zeit vorher, daß es an der startbahn abgehen würde. '...beobachtungen im vorfeld zum montag allerdings ließen polizeikreise annehmen, daß die sog. reisechaoten in großer zahl wiederkommen würden...' welt 4.11. und '...bereits am wochenende hatte die ffm'er polizei informationen, daß aus dem ganzen bundesgebiet berufsdemonstranten und mitglieder der autonomen nach ffm anreisen, um den 6. jahrestag der räumung des hüttendorfes zu feiern...' ffm'er abendpost 4.11. d.h. sie konnten wochen vorher einschätzen und wußten konkret, daß es dort abgehen wird und hatten somit genug zeit, sich genau diese aktion vorzubereiten, sie zu planen.

- der wald war genau in dieser nacht nicht ausgeleuchtet. '...normalerweise ist die an der startbahn vorbeiführende landstraße zur zeit nachts gesperrt, weil aus dem nahen wald, erst kürzlich entdeckte, höchst expolsive kampfmittel aus dem krieg geborgen werden. in dieser nacht hatte man auf bitten der polizei auf eine fortführung der bergungsaktion verzichtet, da die polizei eine gefährdung der demonstranten befürchtete...' welt 4.11. wir wissen nicht genau, wo die räumungsarbeiten laufen, uns fällt dabei nur auf, daß sie sich damit ideale bedingungen geschaffen haben, unter denen sie die aktion durchführen konnten. was wohl durch den ausgeleuchteten wald für sie schwieriger gewesen wäre. d.h. sie konnten so unerkannt aus einem unübersichtlichen und dunklen gelände heraus operieren.

- es ist ein absolut unkontrollierbares gelände, dunkel, mit viel büschen und wald, woraus es sehr leicht ist, die aktion ungesehen durchzuführen. dazu hat ein beteiligter bulle gesagt, '... die schüsse kamen überraschend und kaum einer der polizisten hat offenbar zunächst verstanden, was da tatsächlich passierte. die beamten hatten im angesicht der brennenden heuhaufen haltgemacht, einige hatten ihre durchsichtigen schilde auf den boden gestellt. "ich habe meinen helm abgenommen und dann hat es gezischt und plopp gemacht und dann ist mein nebenmann umgefallen", berichtete später ein polizist einem rundfunkreporter...' sz 4.11. ein anderer beteiligter bulle:'... ich habe nichts gesehen, keine schüsse gehört...' ffm'er abendpost. ein anderer bulle:'...niemand hat schüsse gehört, geschweige denn mündungsfeuer gesehen...' taz 4.11.

- es war keine geschlossene demo sondern '...unsterwegs kamen aus anderen richtungen vom wald noch leute hinzu...', eine bi-sprecherin in der taz 4.11. d.h. eine situation, in der es überhaupt nicht auffallen konnte, daß sich irgendwo provokateure in die büsche geschlagen haben.

- am dienstag um 21.45 uhr in den sonder-tagesthemen , indem ein teil des bullen-videos von der nacht gezeigt wurde, wurde exakt die stelle bzw. situation, in der die schüsse gefallen sind, herausgelassen, obwohl, wie der moderator sagte, 'sie gut zu sehen sein sollen', der sprecher sagte außerdem noch, daß die bullen diese stelle nicht veröffentlichen wollten. das steht im widerspruch zu ihrer sonstigen praxis. sie sind sonst förmlich nur geil darauf 'gewalttätige stellen' zu zeigen, um so die 'brutalität der chaoten und terroristen' darzustellen.

-zentral und wichtig ist auch die veränderte öffentlichkeitslinie. in den ersten meldungen kamen reale abläufe. dazu der ffm'er bullensprecher in der taz:'...in einer ersten stellungnah me erklärte er, daß die schüsse "aus allen richtungen" gekommen sind, meinten direkt beteiligte beamte am dienstagvormittag, daß es an dem abend überall geknallt habe...' taz 4.11. sogar wallmann bestätigte, in zusammenarbeit mit einem bullensprecher am mittwoch auf einer pressekonferenz:'... die schüsse sind wahrscheinlich aus größerer entfernung, gezielt und aus dem schützenden dunkel des nahen waldes abgefeuert worden...' welt 5.11.

sofort, ein paar stunden nach der aktion begann die gleichschaltung und gezielte desinformation von bullenpräsident gemmer, rebmann und der baw. aus allen meldungen in den zeitungen und rundfunk geht hervor, daß ausschließlich die baw die meldung verbreitet:'...die baw ergänzte, daß die vorrückenden polizisten von einer gruppe, auf dem an der startbahn angrenzenden waldgelände heraus über megaphon aufgefordert worden seien, sich nicht weiter zu nähern. unmittelbar danach sei ein kommando "scharfschützen feuer" zu hören gewesen. darauf sei von den vermummten gewalttätern mit leuchtspurmunition und scharfer munition geschossen worden...' rp 4.11. und die taz vom 4.11. nochmal dazu 'nach einer auf einer spd-pressekonferenz lancierten meldung, die von dem ffm'er polizeipräsident gemmer stammen soll, hieß es, die schüsse seien "aus einem pulk schwarzgekleideter demonstranten heraus" abgegeben worden...'

das alles widerspricht aber den authentischen berichten der bullen, die direkt beteiligt gewesen sind. konkret haben die bullen gesagt:'hab meinen helm abgenommen und dann hat es gezischt ... plopp... dann ist mein nebenmann umgefallen...', die bullen berichteten, daß sie den brennenden heuhaufen zur pause genutzt haben, dabei haben sie ihre schilder hingelegt und helme abgenommen. so verhalten sich bestimmt keine bullen, die angegriffen werden und vorher sogar noch per megaphon aufgefordert wurden.

d.h. die baw hat diese desinformation gezielt in die öffentlichkeit gesetzt, um ihr projekt von einkreisung und isolierung durchzusetzen. dahinter steht, daß gba rebmann nach den neuen anti-terror-gesetzen, von anfang diesen jahres, das verfahren an sich reißen konnte, dazu die sz 5.11.:'...danach kann der gba tötungsdelikte auch dann verfolgen, wenn sie nicht einer konkreten terroristischen vereinigung zugeordnet werden können. voraussetzung ist der verdacht, daß eine solche straftat geeignet ist, den bestand der inneren sicherheit der brd zu beeinträchtigen. rebmann hat das bejaht...'

- die totale verfügungsgewalt und somit gleichschaltung funktioniert so, daß es die anordnung der baw gab, daß keine behörde und stelle außer ihnen zu berichten hat. d.h. sie haben eine faktische nachrichtensperre verhängt, indem sie sich den zugriff auf alle nachrichten geschaffen haben und ihr einkreisungsprojekt funktioniert. dazu die taz vom 5.11.: '...eine nachfrage von journalisten bei den ärzten der flughafenklinik...ergab..., daß anfragen von journalisten an die pressestelle der baw gerichtet werden müssen. den ärzten sei aufgegeben, bis auf weiteres gar nix mehr zu sagen... die verwirrung der medienschaffenden, die sich offiziell nur noch auf die informationen des pressesprechers der baw stützen können...' das ganze ging sogar soweit, daß '...kritik wurde von fdp und grünen an rebmann geübt, der schon gestern zu behaupten wisse, daß die schüsse von vermummten demonstranten abgefeuert worden seien, obwohl es dafür keine augenzeugen gäbe, also niemand wissen könne, ob die täter wirklich vermummt waren...' taz 5.11.

- zwei weitere widersprüche, die über die verhängte nachrichtensperre entstanden sind, sind die unterschiedlichsten versionen wo und wie andreas festgenommen wurde, mal im bett, mal beim tee trinken usw. oder wo die zwei bullen nun die einschüsse hatten, von vorne oder hinten... ihr projekt ist aber nicht ganz aufgegangen, weil sie nicht jeden bullen gleichschalten konnten, daher ist der wirkliche ablauf teilweise ans licht gekommen. dabei hat die baw ihre version immer wieder tönend in den vordergrund gebracht. sie mußten sogar lochte kritisieren, der ihnen mit seiner einschätzung, nicht in den kram passte. '...prechtel wandte sich gegen die vermutung ... des vs-chefs lochte, die tat sei eine einzelaktion gwesen. dagegen spreche, das von mehreren zeugen, vor den schüssen gehörte kommando, scharfschützen feuer...' ganz unter dem motto, ihre desinformation so lange zu wiederholen, bis es in jeder zeitung steht, jeder zweifel beseitigt ist, um so glaubwürdig zu wirken.

- ein weiterer zentraler punkt von dem counterprojekt, der schüsse an der startbahn, ist die absicherung und legitimierung, daß die schüsse auch wirklich aus dem widerstand kommen sollen.

* andreas ist seit monaten vom vs observiert worden. taz vom 9.11.:'...polizeiführung, lka und vs...geraten immer mehr unter druck. seit bekannt wurde,

daß ...andreas eichler über monate hinweg observiert wurde...wie bild... berichtete, habe ein vs-beamter ...erklärt, daß auch eichlers telefon überwacht worden sei...' und taz vom 13.11.:'...ob hoffmann...in den vergangenen monaten observiert wurde, konnte der baw-sprecher förster weder bestätigen noch dementieren...' dieses ist ein konkreter hinweis darauf, daß der vs andreas und wahrscheinlich auch andere observiert hat. ihr zentrales ziel war es nach den schüssen, jemanden die knarre zuzustecken. wofür sie diese person observieren und unter kontrolle haben müssen, um sie genau einschätzen zu können.

* andreas hat selber gesagt:'ich habe nicht geschossen, irgend ein fremder hat mir auf der demo den kompletten rucksack in die handgedrückt.' taz 11.11. das klingt plausibel, denn wenn sie bei andreas keine knarre gefunden hätten, könnten die geheimdienste/baw nicht "zweifelsfrei" öffentlich durchsetzen, daß die schüsse wirklich aus dem widerstand kommen sollen.

wir sehen das so, daß die geheimdienste entweder einen v-mann/provokateur in die scene eingeschleust haben, von dem die schüsse kommen, oder daß die aktion direkt von agenten oder gekauften handlangern durchgeführt wurde und ziel darin war, direkt jemand/andreas danach den rucksack samt knarre in die hand zu drücken, um so durchsetzen zu können, daß andreas stellvertretend für den widerstand, die aktion durchgeführt haben soll.

zentral darin ist die initatiative von gauweiler, dazu sz 13.11.:'...gauweiler fordert...die hessische landesregierung auf, gegen andreas eichler...beim bundesverfassungsgericht die aberkennung der grundrechte zu beantragen.' damit wollen sie erreichen, daß derjenige, der am klarsten das ganze counterprojekt kippen lassen kann, ein für alle mal mundtot sein soll. wir schätzen das jetzt so ein, daß die baw und der vs andreas massivst erpressen, daß er "zugibt", daß er die aktion durchgeführt hat. das mit der drohung, wenn er nicht "gesteht", fährt er mindestens zweimal wegen mordes ein und noch die aberkennung der grundrechte, was heißt, die absolute und totale verfügungsgewalt über ihn. wir denken, daß es auch nicht zufällig zu diesem zeitpunkt kommt, sondern daß sie mit dieser initiative den druck auf ihn verstärken wollen. sie konfrontieren ihn mit diesen hämmern, weil er das ganze counterprojekt kippen lassen kann, wenn er sich gegen die drohungen und erpressungen durchsetzt. für die schweine ist andreas die möglichkeit, ihr projekt als aktion des widerstands abzusichern.

das andere dabei ist, daß sie einfach mal wieder in der öffentlichkeit einen "fahndungserfolg" brauchen, was sie bei der raf nicht schaffen. weil es genau ihr problem ist, daß sie nicht mehr an die guerilla drankommen.

wir meinen, es geht darum, die schüsse genau zu untersuchen und die meldungen genau zu hinterfragen. wir finden es auch sehr wichtig, daß andreas da recht bald was genaues zu sagt. über die politische einschätzung und über die hier aufgezeigten widersprüche und hinweise kommen wir auf den begriff, daß das eine counter-aktion vom staatsschutz und/oder geheimdiensten ist.

wir können natürlich nicht 100% ausschließen, daß da wirklich einer durchgeknallt ist. wenn es so wäre, ist es verdammt scheiße und es müßte darum gehen, rauszufinden, wie es zu sowas kam.
wir denken, daß es darum gehen muß, sich einen realen begriff davon zu erarbeiten, was jetzt die situation ist, weshalb die herrschenden mit solchen counter-aktionen gegen uns vorgehen müssen. es ist wichtig für uns zu überlegen, wie wir uns gegen diesen strukturierten staatsschutzangriff durchsetzen können und wie wir den angriff gegen sie umdrehen können. die offenlegung, daß sie aus staatsschutzinteresse selber kaltblütig ihre eigenen bullen killen, wird wie eine bombe einschlagen.
es geht darum sich einen begriff von der realität, der schärfe der konterrevolution zu verschaffen, das ist die voraussetzung, auch unter den verhänderten bedingungen offensiv gegen den imperialismus kämpfen zu können. und nicht aus angst vor isolation und der repression den kopf zu verlieren und genau das zu machen, was der staatsschutz damit erreichen will: aufhören zu kämpfen, sich zu distanzieren und im kern, aufhören revolutionäre gewalt anzuwenden.

nur wenn wir unsere politischen positionen und kriterien von revolutionärer gewalt dagegen stellen und daran entwickeln, uns politisch zu überlegen, was wir wollen,

was wir wollen, können wir uns gegen diese angriffe durchsetzen.

Nicht vor der dimension der eigenen ziele zurückschrecken!

nicht sich drehen und winden unter den schlägen des gegners, heulen und winseln und entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint, wie es viele tun.
wiederhauen muß man, für jeden feindlichen hieb zwei, drei zurück!

freundlichst entliehen vom knispel

## AUTONOME UND ANARCHISTEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT (BERLIN)

Wir Anarchistinnen, Anarchisten und Autonome werden in Fernsehen, Radio und in den Zeitungen nur im Zusammenhang mit Gewalt erwähnt. Wir werden dargestellt als schwarzvermummte, grimmige Monster, die nichts anderes im Kopf haben, als zuschlagen, zerstören, niederbrennen.
Das, was uns wichtig ist, wird verschwiegen: unsere Ideen und Ziele.
Unser Ziel ist die freie Gesellschaft!
Eine Gesellschaft ohne selbstsüchtige Politiker und Hausbesitzer, die Polizisten gegen Menschen treiben, wenn diese sich leerstehende Wohnungen nehmen. Wir wollen eine Gemeinschaft von Leuten, die fair und gleichberechtigt miteinander leben. So wollen wir den freien Zusammenschluß der Bewohner eines Hauses, die das Gebäude gemeinsam in Schuß halten. Jede/r sollte nach eigenen Fähigkeiten und Wünschen mitarbeiten. Das kann nur freiwillig geschehen, niemand da dem Zwang der Gruppe oder einzelner ausgesetzt sein.
Das Gleiche wollen wir in der Arbeitswelt:
Warum nicht eine Fabrik gemeinsam besitzen und organisieren?
Für unser Ziel demonstrieren wir und wo wir angegriffen werden, verteidigen wir uns - notfalls mit Gewalt:
Die Polizisten, denen wir begegnen, sind nur zu oft ganz bewußt gegen uns aufgehetzt und aggressiv. Auch in unserem Alltag spüren wir die Übergriffe der Polizei:
- Sie beschlagnahmt und zensiert unsere Bücher und Zeitschriften wie "radikal" in Berlin, "freiraum" in München, "radi-aktiv" und "emma" in Bayern.
- Sie durchsucht unsere Haus- und Wohngemeinschaften, bespitzelt uns, hört unsere Telefone ab.
Was sollten gerade wir für ein Interesse an zwei toten Polizisten haben?
**Wir haben schon genug Ärger mit Polizei und Behörden!**

**Asti**

# RESOLUTION

Bei der Vollversammlung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung am 13.11.1987 wurde nachfolgender Resolutionsvorschlag mit großer Mehrheit als Diskussionsgrundlage angenommen. Der Resolutionsvorschlag soll nach Diskussion innerhalb der verschiedenen Strömungen der Bewegung der Vollversammlung am 18.12.1987 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die Bürgerinitiative verurteilt die Morde vom 2.11.1987 an zwei Polizisten auf das schärfste. Die Tat steht ohne jedes Verhältnis zu politischem Inhalt und der bisherigen Entwicklung von Protest und Widerstand an der Startbahn. Die Tat ist geeignet, die außerparlamentarischen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik weit hinter den erreichten Stand zurückzuwerfen.
Zentraler Inhalt der Bürgerinitiative als Bewegung gegen ein lebensfeindliches Projekt ist eine humanitäre Zielsetzung. Der Widerstand gegen die Flughafenerweiterung ist gleichzeitig ein Kampf für menschliche Lebensbedingungen. Aus dieser Grundhaltung heraus bestand und besteht weiterhin der Grundsatz, durch unsere Aktionen keine Menschenleben zu gefährden.
Wir wenden uns gegen öffentliche Vorverurteilungen derjenigen, die in diesem Zusammenhang festgenommen wurden, inhaftiert sind oder gesucht werden.

Aus Anlaß der Morde wird nun eine Progromstimmung gegen StartbahngegnerInnen geschürt. Eine Vielzahl von Repressionsmaßnahmen (Hausdurchsuchungen, vorläufige Festnahmen, Drohung mit §129a - Bildung einer terroristischen Vereinigung) deutet darauf hin, daß die Bewegung gegen die Startbahn West unter Ausnutzung der Situation liquidiert werden soll. Von verschiedenen Seiten wird versucht, der Bürgerinitiative eine politische Kapitulationserklärung abzupressen. Die Morde werden genutzt, um unser politisches Anliegen zu diffamieren.
Wir halten fest:
Wir wissen, daß unser politisches Anliegen, die Verhinderung der Flughafenerweiterung, berechtigt ist. Der Startbahnbau war und ist ein lebensfeindliches, ein naturzerstörendes, ein militärisches Projekt.
Dagegen vorzugehen, ist für uns eine politische Pflicht. Die Bürgerinitiative ist aus der Einsicht heraus entstanden, daß unsere Lebensinteressen weder durch Parteien noch durch Parlamente ausreichend vertreten werden.
Dies hat sich auch jetzt nicht geändert; im Gegenteil sind die Gründe gegen die Startbahn durch deren Bau noch stichhaltiger geworden. Wir werden deshalb auch in Zukunft weiteren Außbaumaßnahmen, wie sie jetzt im West- und Sübbereich des Flughafens anstehen, nicht tatenlos zusehen.
In diesem Zusammenhang stellen die Sonntagsspaziergänge einen legitimen Ausdruck unseres Protestes dar und werden weiterhin fortgeführt.

Der Protest und Widerstand gegen die Flughafenerweiterung haben eine jahrzehntelange Geschichte. Im Verlauf dieser Geschichte sind viele, auch unterschiedliche Wege gegangen worden. Wir haben zunächst alle legalen Mittel ausgeschöpft, um unser Ziel zu erreichen. Es wurden Klagen erhoben und Petitionen verfaßt, Hungerstreiks durchgeführt und hunderttausende von Unterschriften gesammelt - ohne Erfolg.
Wir haben dabei gelernt, daß wir unser Anliegen nicht in die Hände von Richtern und Parlament geben dürfen.

Im Wald haben wir versucht, den Startbahnbau tätig zu verhindern. Als das Hüttendorf geräumt wurde, sind viele hundert durch Polizeiüberfälle verletzt worden; einigen konnte das Leben nur durch unsere Ärzte vor Ort gerettet werden. Die Hüttendorfräumung war ein Wendepunkt in der Entwicklung des Widerstands.
Der Polizeieinsatz im Flörsheimer Wald - diese Erfahrung von uns hat ihren sinnbildhaften Ausdruck im "Knüppellöwen" gefunden. Sie war auch der Grund für die Einsicht großer Teile der Bewegung, sich vor solchen lebensgefährlichen Angriffen zu schützen.
Seitdem hat es viele Entwicklungen gegeben; in mehr als 300 Sonntagsspaziergängen wurden direkte Aktionsformen entwickelt, haben viele ihre Angst vor der Staatsgewalt verloren. Heute besteht ein Nebeneinander von radikalmilitanten und gewaltlosen Widerstandsformen. Die Geschichte der Entwicklung dieser Protest- und Widerstandsformen zeigt, daß keine der Formen heute rückschauend als die allein richtige festgelegt werden kann. Sie zeigt auch die fortwährend bestehende Notwendigkeit, in gemeinsamer Auseinandersetzung richtige Wege zu entwikkeln.
Wir müssen feststellen, daß die bisher geführten Diskussionen den oder die Schützen nicht erreicht haben. Es ist an uns, diese Diskussion selbstkritisch weiter zu führen.
Wir fordern:
Keine Startbahn 18 West!
Generelles Nachtflugverbot von 22-6 Uhr!
Keine weiteren Ausbaumaßnahmen!
Schließung der Rhein-Main-Air-Base!
Keine Kriminalisierung der sozialen Bewegung!

Vollversammlung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung am 13.11.1987

## Zu den Frankfurter Ereignissen

Wenn wir davon ausgehen, daß der Schütze von Frankfurt kein Under Cover Agent war, wie die Frankfurter Genossen anfangs meinten, sondern ein durchgeknallter Einzelgänger, kommen wir zur folgenden Einschätzung.

Wir können es durchaus nachvollziehen, daß einer auf der Demo die Knarre zieht. Wenn einer die ganze Geschichte der Startbahnbewegung mitgekriegt hat, wenn er mit leeren Händen ohnmächtig den knüppelnden Bullen gegenüber stand und sah, wie diese den Tod seiner GenossInnen bewußt mit einkalkulierten, wenn ihn die Repression in den Knast warf, nur weil er sich mit einen Stein zur Wehr gesetzt hat, kann man die Radikalisierung, gerade eines Einzelgängers, der keinen Rückhalt in der Szene hat, durchaus nachvollziehen. Denn davon spricht im Moment keiner, daß die Bullen laufend DemonstrantInnen ermordet haben, sei es durch den gezielten Todesschuß wie bei Benno, sei es mit dem Wasserwerfer (Günther), oder durch ihre Gaseinsätze in Wakkersdorf. Die Gewalt des Staates fordert laufend ihre Todesopfer.

Trotzdem finden wir es falsch, mit der Waffe auf die Demo zu gehen und damit die selben Mittel wie die Pigs anzuwenden. Die Schüsse waren nicht Ausdruck einer breiten Bewegung und werden von StartbahngegnerInnen und Autonomen nicht mitgetragen. In dieser Situation erreicht man mit dem Einsatz von Waffen nur eine Verschärfung der staatlichen Repression, wobei eine qualitative Ausweitung auch des friedlichen Widerstands immer zu mehr Repression führt, und verunsichert gleichzeitig die Bewegung.

Deshalb laßt eure Knarre zu Hause. Entweder wir schießen alle oder keiner!

**Stellungnahme aus Bamberg, 4.11.87**

## Erste Überlegungen zu den Schüssen an der Startbahn

Dieses Papier hat nicht die Funktion der Stellungnahme einer Stadt oder einer Gruppe, auch wenn's von der Form her so aussieht. Es wurde als Versuch einer möglichen Stellungnahme in den Tagen nach dem 2.11. (auch als Reaktion auf die Verlautbarung Wiesbadener Autonomer und des Libertären Zentrums Ffm) runtergeschrieben, blieb aber - weil es grundsätzliche Zweifel am Ob und Wie einer Stellungnahme in der Öffentlichkeit gab - dann erstmal in der Schublade liegen. Als Stellungnahme ist es heute - Ende November - nicht mehr tauglich, aber vielleicht ein weiterer Beitrag in der Diskussion unter uns. Daher...

Stand: Anfang November

Wir sehen als politische Kraft hier in X, die den Startbahn-Widerstand seit Jahren unterstützt, die Notwendigkeit, zu den Schüssen vom 2.11. im Zusammenhang mit einer militanten Demo am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung Stellung zu nehmen.

Vorweg:
Es geht uns nicht um "Legendenbildung". Das ist wirklich nicht angesagt. Dennoch - wenn eine Bullenbehörde - das LKA Wiesbaden - behauptet, die ballistische Untersuchung habe bewiesen, daß die tödlichen Kugeln aus der bei Andreas E. angeblich gefundenen Waffe stammen, so ist das kein Grund, es auch zu glauben. Mit den "einwandfreien Ergebnissen" von Bullenuntersuchungen haben wir so unsere Erfahrungen. Vom Tod Ulrike Meinhofs über die Stammheimer Hinrichtungen '77, bis hin zu den Aussagen der Bullen vor Gericht oder den "Enthüllungen" irgendeines Spitzels.
Wir wissen nicht, ob die Ereignisse am Abend des 2.11. jemals geklärt werden können - gerade jetzt, nachdem die "Tatwaffe" so verdammt schnell gefunden wurde... Für uns sind die Ereignisse weiter ungeklärt. Die Möglichkeit einer faschistischen Provokation und anderes sind für uns auch nach den "Ergebnissen" der bulleninternen Untersuchung nicht vom Tisch (dies auch auf dem Hintergrund der Widersprüche und Ungereimtheiten in den Medien Radio, TV am 3.11. ff).

Dessen ungeachtet:
Die Schüsse sind auf einer Demonstration gefallen, die mit von Autonomen getragen wurde. Allein aus diesem Umstand und der Tatsache, daß der Verdacht, eine solche Aktion sei von Leuten aus dem revolutionären Spektrum durchgeführt worden, offen dasteht, sind wir grundsätzlich in der Verantwortung, uns zu der Erschießung der zwei Bullen zu äußern. Einmal unterstellt, daß mensch die offizielle Darstellung des Tatablaufs für wahr nehmen kann, so ist zu sagen:
Für eine solche Eskalation auf Demonstrationen - des geplanten scharfen Feuerns auf Bullen - ist keinerlei politische Legitimation denkbar.

Bewaffnete Demonstrationen - d.h.: Demos, die von revolutionären Kräften mit scharfen Waffen gegen Polizei, Armee oder Überfällen von faschistischen Schwadronen geschützt werden - können Mittel linker Politik sein.
Beispielsweise wenn es (wie in El Salvador) im entwickelten Volkskrieg zu Demonstrationen der Volksfront kommt, und diese durch bewaffnete Guerilla-Einheiten geschützt werden.
Hier hat das Auftreten bewaffneter Formationen dreierlei Funktion:
- Die öffentliche Manifestation kann gegen das Regime eventuell durchgesetzt werden, was ein ungeheuerer politischer Erfolg sein kann.
- Die Einheit von Volksfront und bewaffneter Guerilla wird politisch und praktisch demonstriert.
- Die Stärke der bewaffneten Formation bietet einen realen Schutz der sich offen präsentierenden DemonstrantInnen gegen zu befürchtende Massaker seitens der Ordnungsmacht, und ist darüber (über den materiellen Schutz hinaus) ein wichtiger Sieg für die Guerilla auf Politischer Ebene.
Dieses Beispiel ist nicht ohne weiteres auf andere Verhältnisse, selbst in ähnlicher Situation - übertragbar. Es macht aber deutlich, daß das Mittel der bewaffneten Demonstration in bestimmten historischen Situationen notwendig und richtig sein kann.
Die Ausrüstung mit scharfen Waffen auch auf Demos, verbunden mit der Bereitschaft sie im Notfall einzusetzen, kann also richtig sein. Das ist keine formale Frage (als solche wird sie bspw. von den Grünen und - was viel schlimmer ist - auch von GenossInnen aus dem autonomen Spektrum gehandelt); das ist ein politische und historische Frage.
Anders verhält es sich u.E., wenn auf Demonstrationen - also der öffentlichen und relativ ungeschützten Präsentation von Menschen - geplant von Gruppen oder Einzelnen mit Schußwaffen gegen Ordnungskräfte vorgegangen wird.
Der gezielte Einsatz von Schußwaffen seitens der Ordnungsmacht gegen Demonstrationen, Streiks u.a. kann nie ausgeschlossen werden. Das zeigt die Geschichte der Weimarer Republik, das zeigte zuletzt das Massaker der Aquino-Truppen in Manila gegen demonstrierende Bauern und das zeigt auch die Geschichte der BRD; denken wir an Philip Müller und Benno Ohnesorg.
Wir können eine solche Eskalation der Staatsmacht wohl in den seltesten Fällen verhindern. Hunderprozentig nur durch die Aufgabe des politischen Mittels Demonstration.

Absolut unverantwortlich ist es aber, durch das gezielte Vorgehen mit scharfen Waffen - in welcher historischen Situation auch immer - eine wie oben beschriebene Demonstration auf eine Weise **zu eskalieren**, die durch das mögliche Zurückfeuern der Ordnungskräfte für die unbewaffneten TeilnehmerInnen zur unab- und unübersehbaren Gefahr wird - über die auch tödliche Gefährlichkeit von Gaseinsätzen, Knüppelorgien, Gummi- und Hartgummigeschossen hinaus. Schon aus diesem Grund kann das gezielte Töten von Bullen auf Demonstrationen kein Mittel unserer Politik sein. Soweit ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Frage der Bewaffnung auf Demonstrationen.
Wir kommen nur näher an die konkrete Situtation, so wie sie sich - mit allen Vorbehalten - momentan (Anfang Nov.) darstellt.
Es ist richtig, sich gegen Bullengewalt zu verteidigen, es ist auch richtig Demos gegen die Staatsgewalt durchzusetzen - auch auf die Gefahr hin, daß dabei Menschen verletzt werden.

Wir kämpfen gegen ein System, das heute täglich hundertausendfach tötet: durch imperialistische Kriege zur Sicherung und Gewinnung von Rohstoffquellen und Märkten; durch Hungerfeldzüge gegen die Menschen des Trikonts; durch die Art und Weise, wie Menschen hier gezwungen werden zu leben und zu arbeiten - gegen ein System, in dem Arbeit Knechtung, Unterdrückung, Ausbeutung und totale Entfremdung heißt, daß auf patriarchaler Gewalt - der Gewalt von Männern über Frauen - fußt; gegen ein System also, dessen Grundlage die Gewalt der Herschenden ist.
Wir halten innerhalb des Prozesses der Entwicklung revolutionärer Politik in der Metropole BRD heute auch die Entwicklung militanter Angriffe für richtig - das heißt auch die Anwendung revolutionärer Gewaltmittel gegen Menschen als notwendiges Mittel revolutionärer Politik. Dieses System, sein erster und letzter Ausdruck heißt Gewalt, ist nicht friedlich zu beseitigen. Es muß in einem revolutionären Prozeß zerschlagen werden, beseitigt werden - überall auf der Welt.
Dieser Prozeß macht die Anwendung von Gewalt gegen die Zentren patriarchaler und imperialistischer Macht, gegen seine Manifestationen und gegen seine Ordnungskräfte (also auch gegen Menschen), gegen wesentliche Stützen und Repräsentanten unumgänglich.
Revolutionäre Gewalt ist aber niemals Wert an sich, sondern u.U. kann sie in bestimmten Situationen Mittel politischer Aktion sein. Politische Aktion erfüllt immer ein Funktion: Sie kann aufklären und/oder auch - in vielerlei Abstufungen - direkt intervenieren,



in Prozesse eingreifen, sie aufhalten, ändern, ihren Fortgang politisch wie praktisch beeinträchtigen und damit die Möglichkeit für Neues, Anderes, Befreiendes aufscheinen lassen oder real auch erkämpfen.

Ist eine politische Aktion notwendig mit Gewaltanwendung verbunden, so muß u.a. ein hauptsächliches Kriterium erfüllt sein: Die Anwendung der Gewalt muß an der Grenzen dessen, was nötig ist, um das politische Ziel zu erreichen, haltmachen. So wie eine politisch Aktion, die die oben genannten Kriterien nicht erfüllt, wertlos wird; so wird eine 'mit Gewalt verbundene politische Aktion, die mit ihrer Anwendung unverantwortlich umgeht, nicht nur wertlos, sondern kontraprokuktiv. Sie schlägt revolutionärer Politik ins Gesicht und zersetzt die Möglichkeit, den revolutionären Prozeß als Kampf um eine wirkliche Alternative zur herrschenden Realität weiter voranzutreiben, zu verankern und durchzusetzen.
Die Schüsse an der Startbahn erfüllen - so wie sich die Aktion momentan darstellt - (als gezielte Ermordung von Bullen in einer (relativ) nicht eskalierten Situation) keines der in diesem Papier genannten Kriterien. Gezielte scharfe Schüsse in einer Demonstrations-Situation, die es unmöglich macht, die nachsetzenden Bullen mit anderen Mitteln auf Distanz zu halten und/oder nötigenfalls oder aus geplanter Aktion heraus kampfunfähig zu machen, sind nicht zu rechtfertigen. Von wem auch immer diese Aktion begangen wurde: im Kontext einer Demonstration, die von revolutionären Kräften mitgetragen wurde, ist sie eine politische Katastrophe, negiert sie alle Kriterien revolutionärer Gewalt und damit revolutionärer Politik. Unsere Kritik an dieser Aktion ist daher fundamental.
Wir wollen hier zu den zynischen und verlogenen Reaktionen der "Altparteien" und der bürgerlichen Presse nicht groß Stellung nehmen. Wenn einer rechte Presse wie FAZ, Welt u.a. die Kriege und kriegerischen Aktionen gegen Staaten und Befreiungsbewegungen des Trikonts predigen und legitimieren; die beständig zur Hatz gegen SystemgegnerInnen aufrufen und deren Arbeit die Überbau-Konsolidierung dieses mörderischen Systems ist; wenn dazu noch die PolitikerInnen, die hier eine Politik verantworten, die beständig überall Tod, Vernichtung, psychische und physische Verkrüppelung produziert, sich nun alle gemeinsam ihre "bestürzte Betroffenheit" angesicht der zwei toten Bullen versichern, so finden wir das nur noch widerlich.




Unsere Betroffenheit über die Vorgänge am 2.11., genauso wie unsere fundamentale Kritik an der Aktion haben mit jenen Reaktionen, die nun vorgeben vor der Gewalt zu "erschaudern", nichts gemein. Wir werden auch nicht in jenen Trauerchor des "besseren Deutschland" (von F.J.Strauß bis Joschka Fischer) einstimmern, so wie es die Grünen nun praktizieren.

Sie wollen nun wieder die Gewaltdebatte führen, die grünen ParlamentarierInnen. Was soll das sein?
In einer Gesellschaftsordnung, die auf Gewalt beruht, die Gewalt ständig reproduziert, reproduzieren muß (nennen wir die Erscheinungsformen nun Krieg, Hunger, Unterjochung unter das Diktat der Maschine oder wie auch immer) - in einem solchen Zustand ist die Forderung nach "Abkehr von der Gewalt"
a) ein Zynismus
b) verlogen oder beruht
c) auf einer ahistorischen idealistischen Geschichtsbetrachtung.
Diese Forderung - den Widerstand auf Abkehr von der Militanz festzulegen - wird von den Grünen nun als "Formfrage" des gesellschaftlichen Protestes, als Frage der "politischen Kultur" (Fischer) tituliert. Das ist falsch. Es ist keine Frage der Form oder der Kultur, es ist eine Frage des politischen Ziels.
Gewaltfreiheit als erstes Merkmal oppositioneller Politik verstanden bedeutet die freiwillige Reduzierung dieser Politik auf reformerische, systemimmanente Kosmetik. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols - wie es Schily schon seit Monaten fordert - heißt letztlich die Akzeptanz imperialistischer Weltpolitik; heißt die herrschenden Gewaltverhältnisse zu akzeptieren und zu zementieren; heißt die Aufgabe jeglichen Anspruchs auf einen gesellschaftlichen Zustand ohne Ausbeutung, ohne Vernichtung, Hunger und Krieg.
Friede soll nun endlich einkehren. Das schreiben die - taz und Grüne - die ganz klar wissen, daß von einem Flughafen, dessen Funktion es unter anderem ist, die Schnelle Eingreiftruppe der US-Armee beispielsweise in den arabischen Raum zu katapultieren, um dort die Befreiungskräfte niederzumähen - daß von der Startbahn nie Frieden wird ausgehen können.
Schily verlangt von den sozialen Bewegungen eine Abkehr von der "Toleranz mit Militanz" und Waltraud Schoppe möchte den Dialog mit den Autonomen "auf der Grundlage der Absage an Militanz". Das ist nichts anderes als ein weiterer Versuch, nun anhand dieser Aktion den politischen Widerstand endgültig auf die Anerkennung staatlicher Autorität festzulegen und jegliche Systemopposition offensiv auszugrenzen.

Wir hatten diesen Versuch in der "Linken" schon einmal ganz massiv. Das war vor genau zehn Jahren. Große Teile der Grünen wollen seit langem endlich politische Verantwortung tragen in/für diesen Staat, dessen Geschäft die Sicherung imperialistischer und patriarchaler Gewalt ist. Sie tun dies in diesen Tagen sehr gut. Auch ohne mit der SPD schon auf der Regierungsbank zu sitzen.
Wir werden dieser Kampagne, Opposition - wie im Deutschen Herbst - auf grundsätzliche Systemakzeptanz einzuschwören, unser Verständnis von Politik, unsere politische Praxis entgegensetzen.
Wir werden Niederlagen, die passieren und Fehler, die gemacht werden, genauso wie die Erfolge und Fortschritte nach unseren Kriterien bewerten, kritisieren und analysieren - nicht an denen unserer Feinde und unserer politischen Gegner.
Wir werden die Trennung zwischen "gutem" und "bösem" Widerstand - oder wie es Schoppe ja schon präzisiert hat - guten und bösen Autonomen nicht zulassen.
Und wir werden unsere Politik, unsere politische Praxis und ihre Mittel nach unserem Verständnis präzisieren und in konkreten Auseinandersetzungen weiterentwickeln, ausgerichtet an dem Ziel, hier in der Metropole dern revolutionären Prozeß durchzusetzen.

**Autonome**

## Vorläufige Einschätzung zu den Ereignissen am 2.11.

Distanzieren bedeutet isolieren, entpolitisieren, vernichten. Kritik heißt weiterkämpfen!

Am Montag, den 2.11.87 sind bei einer Demonstration zum 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West zwei Bullen erschossen worden. Seit diesem Abend läuft eine offene Hetzkampagne. Sämtliche Parteien von der CSU bis hin zu den Grünen verurteilen die "Morde" und fordern gezielte Fahndung und Verurteilung der Täter. So die Grünen in der BZ vom 4.11.: "Wir fordern alle, die auf Gewalt setzen auf, sofort damit aufzuhören."

Die Empörung über die Ereignisse an der Startbahn kennt keine Grenzen. Ähnlich wie 1977 wird zum "Schulterschluß der Demokraten" gegen den "blutigen Terror" aufgefordert. Begonnen hat eine Hatz auf all die, die links oder autonom sind und sich nicht von Militanz distanzieren, d. h. sich zur Gewaltlosigkeit zu bekennen und dadurch das Gewaltmonopol dieses Staates als einzig legitim anzuerkennen. Das Gewaltmonopol dient einzig und allein zur Absicherung der kapitalistischen Produktion und Herrschaft. Die Anerkennung desselbigen bedeutet die Unterwerfung unter ein System, das ausbeutet, unterdrückt und alltägliche Gewalt produziert.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen des Kapitals (fälschlicherweise als Krise bezeichnet) sind konkret gekennzeichnet durch: hohe Arbeitslosigkeit, Zunmahme entgarantierter Jobs, Ausweitung von unbezahlter Arbeit, dem Abbau von Sozial- und Krankenversicherungsleistungen, die wiederum zum verstärkten Arbeitszwang führen, steigende Mieten, die bei vielen bereits ein Drittel bis die Hälfte des Lohns ausmachen usw..

Dies bedeutet insgesamt eine umfassende und tiefgreifende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zwanslåufig führt dies zum Legitimationsverlust der Herrschenden und zu größerer Staatsverdrossenheit; das ganze Geschrei jetzt dient unter anderem dazu, von den konkreten Verhältnissen abzulenken. Das Ziel ist, den bereits existierenden Widerstand, der nicht mehr staatlich integrierbar ist, zu zerschlagen - durch Knüppelorgien, Kriminalisierung und Versuche der Entpolitisierung des Kampfes.

So sollen andere Menschen, die sich der Durchführung der Kapitalstrategie widersetzen, d. h. anfangen zu kämpfen, von vornherein abgeschreckt werden, um letztendlich jegliche Form von Widerstand und Organisierung im Keim zu ersticken. Tote und Schwerverletzte wurden von der Bullenseite auch schon immer einkalkuliert, sei es auf Demos (Günther Saré u. a.), bei Fahndungen oder auch bei Festnahmen von sogenannten Kriminellen oder auch wie in München: dort wurde ein Asylant erschossen.

Aus den wenigen authentischen Infos von den Ereignissen ist das folgende eine vorläufige Einschätzung. Zuerst die Fakten zur Situation vor Ort, leider nur aus der Presse und da auch mühsam zusammengesucht. Es geht uns dabei nicht nur darum, diese Schüsse einzuschätzen, sondern die Situation insgesamt. Als die Demo losging, war bekannt, daß sich größere Bullenkräfte (ca. zwei Hundertschaften) im Wald versteckt halten. Ziel ist da klar: Knüppelorgien und/oder Greiftrupps. Das paßt zur allgemeinen Stimmung. Bereits am Sonntag wurde geknüppelt.

Unter anderem aus den Erfahrungen vor zwei Jahren, als eine große Anzahl hauptsächlich auswärtiger DemonstrantInnen schwere Verletzungen abbekommen haben, wurde 1986 am Jahrestag dies über eine bessere Organisierung verhindert. Diesmal waren sie noch besser ausgerüstet und wollten noch härter durchgreifen. Das war allen klar! Schon vor Wochen wurden als Dauereinrichtung BGSler stationiert und Räumpanzer für die Barrikadenbeseitigung angefahren.

Am Montag Abend ging ein Zug von ca. 500 Personen zur Startbahnmauer. Zum Schutz für die DemonstrantInnen werden Barrikaden errichtet, in denen später die Wasserwerfer tatsächlich hängenbleiben. Bullen und Wasserwerfer (Mammuts) kommen aus dem Gelände der Startbahn und wollen die Demonstrantinnen auf breiter Front auf die nasse Wiese treiben. Diese Taktik ist nachts, bei der Eskalationsebene dort, genau für die Knüppelorgien ausgerichtet. Lange Hetzjagden, Leute bleiben zurück oder fallen hin und werden zusammengeknüppelt. Dazu kommt es auch. Die ersten DemonstrantInnen werden später bewußtlos vorbeigetragen. Die Bullen stoßen schnell zum Übergang am Bach vor: Ziel ist dabei, den Rückzug abzuschneiden, da dies einer der wenigen Fluchtwege ist, aber auch ein Engpaß. Um weitere Verletzte auf Seiten der DemonstrantInnen zu vermeiden, werden die Bullen angeblich aufgefordert, nicht weiter vorzugehen (was so dort schon öfters bei Auseinandersetzungen der Fall war) - dann wird geschossen.

Diese Situation bleibt unklar. Die Bullen und die Prese werden dazu nicht die Wahrheit sagen. Wenn wir das praktisch einschätzen, heißt das, daß viele von uns in dieser Situation auf irgend eine Weise sich und andere verteidigt hatten. Den Rückzug zu gewährleisten ist absolut notwendig, und der Übergang am Bach war ein wichtiger Teil davon.

Für eine politische Einschätzung reicht dieses Verteidigungsargument natürlich nicht aus. Wir wollen es aber nicht vergessen.

Verschiedene Einschätzungen waren anfangs möglich:

- die im Endeffekt entpolitisierende Version: einige ausgeklinkte sind nicht mehr anders mit ihrem angestauten Haß fertig geworden.
- Oder war es ein längst absehbarer Verteidigungs/Eskalationsreflex?
- Oder war es doch eine Staatsschutzaktion?

Wir dürfen es uns nicht einfach machen und die bequemste Version heraussuchen.

Provokateure, Staatsschutzaktionen sind in der momentanen Situation aber eigentlich immer durchaus denkbar. Zuzutrauen ist es ihnen alle Male - siehe Celler Loch usw.. Das Ziel dabei ist es, eine anscheinende oder tatsächliche Schwäche der radikalen Linken zu verstärken, und sie dadurch zu isolieren und zu vernichten. Doch wir halten diese Schüsse nicht für eine Staatsschutzaktion.

Dies kann eher von dem "Fahndungserfolg" behauptet werden. Solche Konstruktionen sind in der letzten Zeit häufig verwendet worden. Wir gehen davon aus, daß die Waffe weggeschmis-




sen wurde; die Bullen haben genau aus dem Grund nach ihr mit Metallsuchgeräten gesucht. Dabei wurde sie gefunden und dann Andreas untergeschoben. Oder geht jemand davon aus, daß der, der geschosen hat, mit der Waffe durch alle Ringfahndungen nach Hause geht?

Für den sogenannten Fahndungserfolg mußte Andreas herhalten, dem schon zuvor ein Verfahren wegen Strommastsägen angehängt wurde (Leuchtspurmunition gefunden, Hausdurchsuchungen, Aufkleber und Zeitungsartikel gefunden: das reicht schon aus). Hinzu kommt, daß er im Startbahnwiderstand bekannt ist. Trotzdem wird er jetzt als "Mitläufer" dargestellt, um die eigentliche Dimension der Auseinandersetzung herunterzuspielen.

Die Behauptung, da ist jemand ausgeklingt, dient dazu, die Tat, die tatsächliche Konfrontation auf Demos auf einen Privatkonflikt runter zu ziehen und somit zu entpolitisieren. Das lehnen wir ab.
Unklar ist es, ob es in ihren Konsequenzen eine genau überlegte und geplante Aktion war. Es geht uns dabei nicht darum, uns von der Kampfform zu distanzieren. Es ist aber für uns wichtig, folgende Punkte zu berücksichtigen:

Einmal wurden die Beteiligten gelinde gesagt überrumpelt;

doch hätte es bei der bisherigen Form von Auseinandersetzungen auf Demos schon früher Tote auf der anderen Seite geben können, was zu einer ähnlichen Hetze geführt hätte. Da haben wir was verdrängt!

Durch die Schüsse wird der Einsatz von Gegengewalt verstärkt und scheinbar durch die Knarre qualitativ verändert. Dies aber zu einem Zeitpunkt, an dem die radikale Linke durch Verdrängung der Realität und ungenaue Bestimmung ihrer Politik dies so nicht nachvollziehen kann und somit auch dem Rollback der Repression erstmal politisch wenig entgegensetzen wird, weil niemand darauf vorbereitet ist. Doch das liegt an uns allen!

Die Kritik, diese Gegenwehr hätte in einer anderen politischen Situation eine "bessere" Wirkung gehabt, kann nur praktisch gelöst werden. Wie erreichen wir das real? Wir müssen dabei



mit der tatsächlichen Gefährdung vor Ort umgehen. Aber gleichzeitig ist eine Veränderung der Konfrontation auf Demos auch im Gesamtzusammenhang des Widerstands zu verstehen. Was sich aus dieser Veränderung des Kräfteverhältnisses entwickelt, betrifft ja nicht nur einen Teilbereich. Ob ein politisch-militärisches Verhalten was vorantreibt oder ein Rückschlag wird, darf nicht zufälig sein.

Gleichzeitig ist es für uns notwendig, daß die Umsetzung unserer politischen Ziele in einer militärischen Praxis in einem Verhältnis zu unseren Aufgaben der Verbreiterung und Verankerung der Kämpfe steht. Nicxht als Widerspruch - erst das eine, dann das andere -, sondern als Gleichzeitigkeit. Nur so werden wir glaubwürdig und effektiv.

Unser Kampf ist nicht friedlich - wer glaubt, Revolution ausschließlich in den Grenzen der Legalität machen zu können, der kapiert die politische Dimension einer tatsächlichen Veränderung der beschissenen Verhältnisse hier nicht.

Die, die Macht und Besitz haben, werden sie nie freiwillig aufgeben. Wer daran glaubt, macht uneffektive, bürgerliche Politik. Deshalb kann es nicht um eine bürgerliche Gewaltdiskussion gehen. Diejenigen, die das tun, blenden die Gewalt aus, die sie tagtäglich selbst erleben und verdrängen erst recht die Massenvernichtung und Ausbeutung im Trikont. Dies ist nichts anderes als Unterwerfung und Kapitulation!

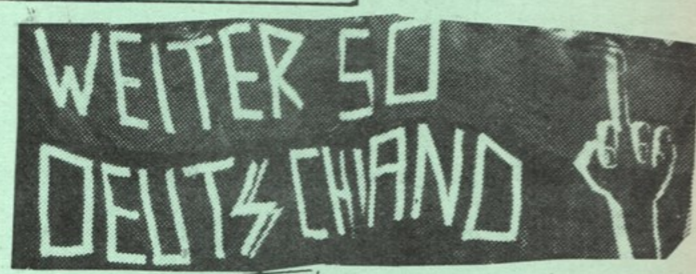
Die abverlangte Distanzierung (Lochte, Grüne u. a.), im Einklang mit dem Spruch von Cohn Bendit: "Wir sind politisch schon längst tot", ist da nur die Spitze vom Eisberg. Wir lehnen jede Distanzierung ab! Doch das genügt nicht. Es geht auch nicht um ein ideologisches Einigeln, das sich durch das alleinige Verteidigen von Gegengewalt ausdrückt.

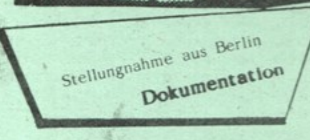
Das Begreifen warum konsequent handeln und dadurch eine genaue Bestimmung von Aktionen, erfordert auch eine andere politische Organisierung. Da wird praktisch drum gekämpft.

Verbindliche Strukturen sind der Ausdruck von der begriffenen Notwendigkeit unseres Kampfes. Unsere politische Identität verlangt eine andauernde Auseinandersetzung mit militanten Angriffen. Dies nicht nur theoretisch "irgendwann, wenn es mal gebraucht wird", sondern konkret und zu jeder Zeit. Also, weder Kniefall, noch Einigeln! Die Widersprüche vorantreiben und praktisch lösen.

Freiheit für Andreas Eichler. Einstellung aller Verfahren. Keine Kriminalisierung der StartbahngegnerInnen, stattdessen WEG MIT DER STARTBAHN!

**Einige Autonome aus Rüsselsheim.**




Der bewaffnete Angriff auf die Bullen im Zusammenhang mit militanten Aktionen gegen die Startbahn West in Frankfurt, die nachfolgenden Ereignisse und die Distanzierungshysterie von Teilen der "Linken" haben uns veranlaßt, diese Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung zu schreiben.

Wir sehen die Pistolenschüsse vom 2.11. an der Startbahn West als eine adäquate Antwort auf den besonders in diesem Jahr ständig zunehmenden Bullenterror an, die - unabhängig von der politischen Interpretation - bei uns erst mal nicht nur klammheimliche Freude, sondern offene Begeisterung ausgelöst hat. Wir befinden uns in einem permanenten Klassenkrieg, der leider noch viel zu sehr von oben geführt wird! Die Angriffe auf das Streikrecht, die Einführung von Zensur (§ 130 StGB), der ständige Ausbau des staatlichen Überwachungs- und Unterdrückungsapparats (Volkszählung, computerisierte Überwachung der Arbeitsleistungen im Produktionsbereich etc.) sollen die gigantischen Umstrukturierungsmaßnahmen des Kapitalismus im multinationalen Maßstab garantieren und absichern. Die verschärfte staatliche Repression als Antwort auf die ständig zunehmenden sozialen und politischen Kämpfe (in diesem Jahr z. B. 1. Mai-Randale, Reaganbesuch in Berlin, Hafenstraße in Hamburg etc.) nimmt immer offener faschistischen Charakter an. Es wird vor keinen Maßnahmen mehr zurückgeschreckt, die "eigentlich besser in eine Militärdiktatur passen" (O-Ton Kewenig). Wir sehen die Schüsse an der Startbahn West als eine Form des militanten Anti-Faschismus an. Natürlich sollte klar sein, daß der bewaffnete Straßenkampf bei uns keine Basis hat und auch in absehbarer zeit nicht haben wird. Dies war nur vor zehn Jahren in Italien möglich, ist dort aber auch gescheitert. Darum wäre eine Wiederholung einer derartigen Aktion wie an der Startbahn West politisch und militärisch unklug. Trotzdem denken wir nicht daran, uns von der Aktion zu distanzieren! Die widerlichen Demonstrationen politischer Unterwürfigkeit von Teilen der "Linken" zeigen nur, daß diese lediglich ihre reformistischen, staatlich legalisierten Spielwiesen verteidigen wollen. Von der AL, die sich für den Tod der beiden Bullen mehr engagiert, als für die schwerverletzten DemonstrantInnen im Juni in Kreuzberg, ist man nichts anderes gewohnt. Daß aber auch Teile der Autonomen sich unreflektiert distanzieren (Counteraktion) ist mehr als dürftig. Jeder direkte Angriff auf den imperialisischen Staat verdient kritische Solidarität! Revolutionäre Gegenmacht organisieren! Solidarität allen fortschrittlichen Gefangenen! Kein Kniefall vor dem Staat! Sofortige Freilassung von Andreas Eichler!

Einige Autonome aus Berlin-West

## Erklärung zu den Schüssen in Frankfurt

Neben die Betroffenheit über die Schüsse an der Startbahn steht für uns die Betroffenheit darüber, daß und mit welcher Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wird, daß die "Autonomen" hier die politische Verantwortung tragen. Klar ist, daß die Schüsse an der Startbahn von uns abgelehnt werden; viele von uns waren erschrokken, als sie die Nachricht hörten. Und viele können sich nicht vorstellen, daß es Leute von uns gewesen sind. Warum und wie diese Möglichkeit dennoch nicht auszuschließen ist, dazu später.

Der Kampf, den die revolutionäre Linke hier und jetzt führt, ist in erster Linie ein politischer Kampf, muß es sein, und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben. Natürlich wollen wir eine revolutionäre Umgestaltung dieser Gesellschaft:
- weil wir sehen, daß dieses System Tausenden von Menschen tagtäglich Hunger, Folter und Vernichtung beschert
- weil wir wissen, daß der relative Wohlstand der Industriestaaten auf Blut gebaut ist
- weil auf der anderen Seite der heutige Kapitalismus wie kein anderes System in der Lage ist, oppositionelle Regungen zu integrieren und wo das nicht geht, sie mit modernsten Mitteln auszuzgrenzen und zu vernichten, und dieses Konzept von Aussonderung und Integration gerade jetzt in einer Phase des Umbaus der Gesellschaft neue Aktualität bekommt
- weil wir denken, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist und erst recht nicht freiwillig seinen Platz räumen wird.

D. h., wir sind weit davon entfernt, Gewalt grundsätzlich abzulehnen. Dieses System muß radikal, militant, gewaltsam bekämpft werden. Revolutionäre Gewalt ist also kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Nur die Gewalt, die tatsächlich nowendig ist, um dieses System zu zerschlagen, können und müssen wir vertreten.

Ihr Angriffsziel ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen.



Allein daraus folgt, daß die Schüsse in Frankfurt kein Ausdruck autonomer Politik sein können. Wir müssen - als politische Kraft, die zweifellos noch nicht die Breitenwirkung erlangt hat, um den Kampf so zu führen, daß er die Grundfesten dieses Systems tatsächlich in Gefahr bringt - bei allem, was wir tun, genau darauf achten, welchen politischen Effekt unsere Handlungen haben.

Als Beispiel mag hier die Startbahnbewegung dienen. Sie begann in den Sechziger Jahren als zunächst ökologisch motivierter Protest gegen die Flughafenerweiterung. Ende der Siebziger, Anfang der Achziger Jahre entwickelte sie sich zur Massenbewegung und war als solche auch Thema autonomer Überlegungen. Es waren Autonome, die die Thematisierung der Startbahn West als militärisches, imperialistisches Projekt mit voran trieben, ebenso, wie Autonome die Palette der Kampfformen erweiterten. Gemeinsame Diskussion und gemeinsamer Kampf der verschiedensten Menschen wie z. B. der Frauen in der Küchenbrigade und der Autonomen brach die gegenseitige Isolation auf und gab der Startbahnbewegung ihre Sprengkraft.

**Es ist wohl an der Zeit, einige grundlegende Gedanken zur Aufgabe und Möglichkeit von Militanz zu formulieren.**

1. Militanz, die in der jetzigen Situation Sinn machen soll, muß nachvollziehbar sein, und zwar sowohl in ihren Inhalten/Hintergründen, ihrem Zeitpunkt als auch in der praktischen Durchführung.

2. Ihre Aufgabe kann im Augenblick nur sein
- den Hinweis auf die tatsächlichen Schweinereien durch materiellen Schaden zu verstärken, der in erster Linie politischer Schaden ist (Reagan-Besuch, Wackersdorf). D. h. bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum aufzuzeigen, wo die HERRschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten. Deswegen haben sich unsere Aktionsformen auch nie auf Zerstörungen beschränkt, sondern gehörte z. B. auch die Veröffentlichung geklauter Akten dazu.
- bei Massenaktionen Menschen zu schützen - in erster Linie vor den Übergriffen der Bullen. Daß das nötig und sinnvoll ist, hat sich seit Bestehen einer autonomen Linken immer wieder gezeigt; sei es bei der Organisierung und Sicherung des Rückzuges bei der Belagerung des Bundestages 1982, in Brockdorf, Wackersdorf oder bei den Auseinandersetzungen um die Ermordung von Günther Saré vor zwei Jahren.
- ein System, das für gewöhnlich als übermächtig erlebt wird, als angreifbar zu zeigen und damit überhaupt den Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand zu öffnen.

3. Sie muß auf den revolutionären Prozeß hinzielen, d. h. sie muß darauf zielen, mit den Menschen gemeinsam zu kämpfen, die unterdrückt sind und Befreiung wollen. Sie muß sich eindeutig gegen den Kapitalismus und gegen den Imperialismus wenden.

Um das auch klar zu stellen: Wenn auf Demos Steine gegen Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz Filialen usw. fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird.

Oder anders ausgedrückt: Die Bullen sind nicht unser Angriffsziel. Aber sie schützen die Herrschenden, und in dieser Funktion müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

Zusammengefaßt heißt das: Wir versuchen und haben immer versucht, unsere Aktionsformen und Inhalte an der realen politischen Situation zu messen, in der Erkenntnis, daß revolutionäre Politik, bevor sie wirksam werden kann, in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß. Woraus klar wird, daß die Schüsse in Frankfurt weder Ausdruck noch Konsequenz autonomer Politik sind.

Wir halten es daher mindestens für möglich, daß das eine Staatsschutzaktion war.

Tatsächlich mutet die Darstellung der Ereignisse aus mehreren Gründen merkwürdig an. Einige Überlegungen zum "Tathergang".

Bei dem Versuch, uns vorzustellen, wie das abgelaufen sein soll, ergaben sich einige Schwierigkeiten. Da geht jemand, - oder mehrere - mit Knarre und beträchtlichen Mengen an Munition auf eine Demonstration, nimmt das Risiko in Kauf, abgegriffen zu werden und für Jahre im Knast zu landen, und mehr noch das Risiko, daß die Bullen zurückschießen und ein Gemetzel veranstalten. Beträchtliche Mengen Munition allein schon deshalb, weil wenn auch nur vier Schüsse getroffen haben sollen - und die Angaben über die Anzahl der Schußverletzungen ändern sich immer noch täglich - müssen wesentlich mehr abgegeben worden sein - in der Dunkelheit und aus einer Faustfeuerwaffe; außer, es war John Wayne. Dann geht der Typ/die Frau seelenruhig nach Hause - mit der Knarre - und hängt sie im Rucksack an die Garderobe, wie John Wayne seinen Pistolenhalfter. Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen eisiger Kaltblütigkeit und kindlichster Naivität.

Unklarheiten gibt es aber auch auf anderen Ebenen. Nach wie vor ist völlig ungeklärt, von wo die Schüsse abgegeben wurden; die anfängliche Behauptung, das sei aus dem Demozug heraus geschehen, löst sich ja inzwischen in Luft auf. Vor allem ist nach den Gründen zu fragen, wieso nicht unmittelbar, nachdem die Bullen umgefallen sind, versucht worden ist, Demonstranten einzukesseln, wieso nicht eine einzige Verhaftung im Wald stattgefunden hat und was genau zwischen 20.55 Uhr und 21.38 geschehen ist. Die Aufnahmen über diesen Zeitraum fehlen in der bisherigen Veröffentlichung der polizeilichen Videos.

Verwunderlich finden wir auch die auf der einen Seite sich völlig widersprechenden Angaben z. B. über das Scharfschützenkommando und dem Festnahmeort von Andreas und auf der anderen Seite die Klarheit und Sicherheit, mit der innerhalb so kurzer Zeit Andreas als Täter präsentiert wird. Das Einräumen der Möglichkeit, daß der Staatsschutz da seine Finger drin hat, ist so abwegig nicht - wenn auch zugestanden werden muß, daß hier eine völlig neue Qualität auftaucht. Erinnert sei nur an das Celler Loch, an den Schmückermord, an das Oktoberfestmassaker.

Und es sei die Frage erlaubt, wem die Schüsse von Frankfurt eigentlich nützen. Wir sehen uns vor einer Situation, in der das Einführen neuer Repressionsmaßnahmen vorbereitet wird.

Die Sicherheitsgesetze, Vermummungsverbot, möglicherweise die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen, der schon die Teilnahme an illegalen - für illegal erklärten - Demonstrationen zum Verbrechen erklärt. Zudem sehen wir wesentlichen Veränderungen der Produktions- und Verwertungsbedingungen entgegen, was Aussonderung für viele bedeuten wird, was Widersprüche zum Staat verstärkt oder neu entstehen läßt. Auf der anderen Seite sind wir Autonomen - trotzdem uns zweifellos Massenwirksamkeit noch fehlt - schon lange nicht mehr so isoliert, wie das Lochte, Cohn-Bendit (wobei ersterer noch intelligenter ist als letzterer), Grüne und Konsorten gerne hätten und behaupten.

Tatsächlich ist in den letzten Jahren bei vielen Menschen ein Interesse an unserer Sicht der Dinge entstanden über
- unsere Beteiligung an Massenbewegungen
- das Aufgreifen der Asyl- und Migrationsproblematik
- die in vielen Städten maßgeblich von Autonomen getragene Diskussion um die Volkszählung und Informationstechnologien allgemein
- die von autonomen und anderen Frauen getragene Kampagne gegen Gen- und Reproduktionstechnologien.

Wir haben uns bemüht, militante Politik und ein grundsätzlich ablehnendes Verhältnis zum imperialistischen System wieder diskutierbar zu machen.

Wenn auch die Folgen der Frankfurter Vorgänge bislang noch überhaupt nicht absehbar sind, einiges läßt sich jetzt schon sagen. Autonome Inhalte und Praxis sollen diskreditiert und möglichst vollständig isoliert werden, darüber hinaus jede Form illegaler politischer Äußerungen. Das wird beginnen mit dem Schüren von Angst mit Autonomen auf Demos zu gehen.

Die Konstruktion einer juristischen und moralischen Konatinuität autonomer Theorie und Praxis hin zu den Schüssen von Frankfurt, so abstrus sie ist, soll die Distanzierung von Autonomen bewirken und die bereits geplanten Repressionsmaßnahmen akzeptabel machen. Was heißt: die Folgen für die politische Kultur der BRD können gewaltig sein; es ist abzusehen, daß sich die Bedingungen für politisches Handeln hier grundlegend verschärfen werden, wenn auch noch nicht zu sagen ist, wie das konkret aussehen wird. Und das wird bei weitem nicht nur uns treffen.

Bei alle dem ist nicht klar, von welcher Seite die Schüsse tatsächlich gekommen sind - sei es von den Geheimndiensten, von einer Gruppe um einen V-Mann wie bei Schmücker oder von Faschisten wie beim Oktoberfest. Und wenn auch klar ist, daß wer auch immer die Schüsse abgegeben hat, die Rechtfertigung dafür in keinem Fall aus dem ziehen konnte, was autonome Theorie und Praxis ausmacht, bleibt die Möglichkeit, daß da jemand aus unserem Umfeld völlig durchgeknallt ist.

Aus unserem Umfeld heißt, daß es Leute gibt, die uns so interpretieren, daß unsere Politik gegen die Bullen gerichtet ist; daß es - beileibe nicht nur bei uns - Leute gibt, die ihre linke Subjektivität so begreifen, daß ihr ganz persönliches Verhältnis, ihr Bauch das Kriterium ist, nach dem sie bestimmen, was politisch sinnvoll ist.

Das sieht z. B. so aus, daß sich Leute im persönlichen Kriegszustand mit dem Imperialismus begreifen und jeden Blick für politische Realitäten verlieren. Die Schüsse in Frankfurt wären dann eine Reaktion auf den ständig wachsenden Bullenterror, auf die Knüppelorgien, die Toten, die es seit dem 2. Juni 1967 auf Demonstrationen gegeben hat, eine Reaktion, die den Blick auf die realen Verhältnisse hier nicht hat. Denn diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer immer sie abgegeben hat, mußte das wissen.

Tatsächlich geht autonome Politik - revolutionäre Politik immer - von der konkreten Erfahrung aus; die Wahrheit ist immer konkret. Die Erfahrungen der organisierten Unmenschlichkeit können wir nur da politisch umsetzen, wo sie reflektiert wird, wo wir uns in dem, was wir tun immer in Beziehung setzen zu der Gesellschaft, in der wir kämpfen, und wo wir uns nicht mit dem Gegner auf eine Stufe stellen. Allerdings müssen wir uns fragen, ob wir uns genügend Mühe



gegeben haben, dies alles zu vermitteln, ob unsere Aktionen, über die wir in erster Linie wahrgenommen und definiert werden, ihren wirklichen Inhalt erkennen lassen. Sonst kann es da hin kommen, daß sich Leute auf uns beziehen, die ihr Vorgehen militärisch oder politisch bestimmen, die dem alten, immer wieder von uns kritisierten Fightermythos erliegen. D. h. für uns in jedem Fall, daß wir untereinander, so wie mit denen, die unsere Poltik interessiert, unseren Militanzbegriff - politisch - diskutieren müssen, von neuem und immer wieder.

Für uns geht es um die Existenz der revolutionären Linken in der BRD - nicht weniger -

Dieses Papier ist eine erste Stellungnahme zu der Aktion an sich. Zu den Verhaftungen und Andreas werden Veröffentlichungen folgen.

Soziale Revolution oder Barbarei!

Düsseldorfer Autonome

## Wir sind erschrocken und verwirrt

erschrocken und verwirrt über die verabscheuungswürdigen Morde an der Startbahn West, die im völligem Widerspruch der anarchistisch/autonomen Ideen und Aktionsformen stehen. Wem nutzt das Ganze? Uns schadet es nur! Diese Morde sind ein langersehnter Anlaß für Staatsschutz und Polizei, die autonom/anarchistische Bewegung zu durchleuchten, zu isolieren und "auszumerzen". Zu dieser Taktik gehört es, Demonstrationen mit erheblichem technischen Aufwand im Bild festzuhalten, um möglichst alle TeilnehmerInnen individuell erfassen zu können. Journalisten werden dazu benutzt, indem ihre Bildberichte jederzeit dem Zugriff von Polizei und Justiz ausgeliefert sind. Das ist der Grund, warum wir uns durch Tücher, Masken, Bemalungen, etc. schützen.

Was heißt da eigentlich "passive Bewaffnung"? Ist es Bewaffnung, einen Helm zu tragen, um sich vor Knüppelhieben und Gasgranaten zu schützen? Ist es Bewaffnung, eine Zitrone bei sich zu führen, um Tränengas zu neutralisieren? Oder ist es Bewaffnung, sich ein Tuch vors Gesicht zu binden, um nicht beruflichen oder sonstigen Schikanen ausgesetzt zu sein?

Wir sind gegen Gewalt, und unser Ziel ist eine herrschaftslose und damit gewaltfreie Gesellschaft: das ist eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Ausbeutung, ohne Geschlechtsunterdrückung und Rassismus, wie wir sie in diesem Land ständig erleben.
In diesem Staat gehören zu unserem Alltag: Zehntausende Unfalltote auf unseren Straßen, ca. 13.000 Selbstmorde pro Jahr und Millionen von Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängige.



Dieser Staat nimmt sich das Recht, über uns zu herrschen. Wir nehmen uns das Recht, dagegen Widerstand zu leisten und unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen! Dabei sind wir uns bewußt, daß der Weg zur sozialen Revolution nicht über Leichen gehen darf und die beiden Toten uns unserem Ziel keinen Schritt näher bringen.

Autonome und AnarchistInnen aus Düsseldorf, Duisburg, Mönchengladbach, Moers, Krefeld und Dresden

Redebeitrag, gehalten während der Vollversammlung der BI gegen die Startbahn West am 13.11.87

Dies ist keine Rechtfertigung für irgendwas. Es ist einfach der Versuch einer Darstellung, um vielleicht dieser Tatsache näher zu kommen, daß zwei Polizisten erschossen wurden, aus einer Demonstration heraus, hier an der Startbahn West, hier in Frankfurt und nirgends anderswo.

Vor sieben Jahren, zu Zeiten des Hüttendorfes, kam ich dazu mir Gedanken über die Startbahn zu machen. Die Ungeheuerlichkeit eines solchen gigantisch umweltzerstörenden Projektes, das den Menschen noch mehr Lärm bringen sollte und an Stelle von Wald noch mehr Beton stellte, war mir zunächst nicht einmal voll bewußt.

Der friedliche Protest wurde nicht gehört. Ein Jahr später (10/81) begann mit der Räumung des 7-ha-Geländes die Polizei das Geschäft der FAG zu fördern. Die ersten Knüppeleinsätze, geleitet von Polizeidirektor Bernhard, sorgten für freie Bahn von Unternehmens- und Wirtschaftsinteressen.

Einen Monat später wird in blutiger Weise das Hüttendorf geräumt. Unter den Polizeiknüppeln schließen sich die Münder, und die Fäuste werden ohnmächtig geballt.

Die Rohrbachstraße setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter die blutige Bilanz der zuschlagenden Polizeiknüppel und zutretenden Polizeistiefel. Natürlich das alles völlig demokratisch und gerechtfertigt durch Politiker und ihre Fädenzieher in Wirtschaft und Militär. Es sind Menschen halbnackt über Natodraht geklettert. Es sind Menschen zum Flughafen gelaufen und haben ihn blockiert. Es haben 220.000 Menschen ihre Unterschrift für ein Volksbegehren gegeben.

Die Antworten waren immer nur Phrasen über erlaubten oder nicht erlaubten Protest. Sogar ein Volksbegehren, war, aus juristischen Gründen, nicht erlaubt: die Menschen durften nicht ihre Meinung abgeben, weil es juristisch nicht erlaubt war. Nach Baulos II wurde in Frankfurt alles kurz und klein geschlagen, was überhaupt nur wie Startbahngegner aussah.

Die Eskalation der Gewalt ging eindeutig nicht von Demonstranten aus: es ist das äußerste an Gewalt, sich über Hundertausende von Menschen mit Bulldozern, Kettensägen und vorgeschickten Hundertschaften hinwegzusetzen, nur weil noch mehr zu verdienen ist, noch mehr Profit zu machen ist. Die Demokratie entlarvt sich um so deutlicher, je größer der zu erwartende Profit ist. Der Polizeiknüppel schlägt um so härter zu, je unbeugsamer der Widerstand vor Ort wird.

Wie oft wurden hier Menschen von Wasserwerfern bewußtlos gespritzt, von Polizeifüßen getreten, von Polizeihänden durch den Dreck gezogen und blutig geschlagen, im Namen der Demokratie, im Namen des Fortschritts, im Namen des Profits.

Ich kann sie nicht vergessen die unzähligen Beleidigungen, Schmähungen und Verhöhnungen.

Ein Beispiel auf unterster Ebene: ein Polizeibeamter zeigt einer über 50 jährigen Frau den ausgestreckten Mittelfinger. Sie ruft ihm zu: "Du Schwein." Der Polizeibeamte hat, obwohl allein, später vier Zeugen und fühlt sich in seiner Ehre gekränkt: 350 DM Strafbefehl.

Eine andere Ebene: nachdem Günther Sarê überfahren worden war, war am nächsten Morgen im Polizeipräsidium eine Pressekonferenz. Die Mutter und die Schwester von Günther wollten da rein, weil sie bis dahin noch nicht einmal offiziell vom Tod Günthers benachrichtigt worden waren. Sie wurden nicht reingelassen, weil sie keine Presse seien. Die Mutter hat geheult und war erschüttert, und als sie dann kaum noch stehen konnte, bat sie um einen Stuhl, um wenigstens auf dem Bürgersteig warten zu können. Kein Mensch kann sich den Hohn und die Gehäßigkeiten vorsellen, die da diese kleinen und kleinsten Polizeibeamten äußerten.

Natürlich, waren sie doch unangreifbar, anonym und vor allem im Recht. Denn natürlich ist das alles juristisch, demokratisch in Ordnung. Und jeder kann exakt nachvollziehen, daß ein Mensch, der keinen Presseausweis hat, nicht zu einer Pressekonferenz darf, und schon gar keinen Stuhl verlangen kann von den Kollegen der Männer, die Stunden vorher den eigenen Sohn plattgewalzt haben.



Ich habe daneben gestanden, und vielleicht habe ich mir wirklich gewünscht, eine Pistole zu haben. Und hier sehe ich genügend Menschen im Saal, die schon Hundert Mal in Gedanken einen Chef, einen Beamten, oder einen Polizisten umgebracht haben, kaum einer der nicht gedehmütigt, gequält, geschlagen oder auch nur verhöhnt, verwaltet, verjuristet oder verdemokratisiert wurde.

Nach sieben Jahren Startbahnwiderstand sehe ich nur durchgeprügelte Projekte, gefüllte Taschen, in denen sich noch größere Profite sammeln, neue Erweiterungsvorhaben.

Davor sehe ich die Politiker, denen kein Mensch mehr glauben kann, die lügen daß sich die Balken biegen und hinter ihren Rücken die Hände aufhalten.

Davor sehe ich die Richter, die das alles in demokratische Formnen gießen und jeder noch so großen Schweinerei ihren Segen geben.

Und davor sehe ich die Polizisten, die mit schwingendem Knüppel auf mich zulaufen.

Beim letzten Sonntagsspaziergang erlebte ich den Gipfel des Zynismus. Da haben zwei Polizisten ihr Leben verloren im Spannungsfeld zwischen Profitinteresse und menschlichen Lebensbedürfnissen, genau so wie in diesem Spannungsfeld z. B. Philip Müller, Benno Ohnesorg und Günther Sarê ihr Leben verloren haben. Und da kommt ein Polizeidirektor Bernhard zu uns und sagt: "Entweder Diskussion oder Konfrontation!"

Die Hundertschaft wartet im Hintergrund. Der Staatsschutzbeamte Tietze schleicht mit Fotos in der Hand durch unsere Reihen und äugt die nächsten Opfer für Festnahmen aus. Über uns donnern die mehrstrahligen Düsenflugzeuge hinweg, und unentwegt, wie eine lästige Klette an uns hängend, hält uns Herr Bernhard Vorträge über Demokratie.

Ausgerechnet er, der Einsatzleiter der Räumung des 7-ha-Geländes vor sechs Jahren. Er, der den Bau der Startbahn sozusagen über 220.000 Menschen hinweg, im Interesse der FAG usw. hat prügeln lassen.

Aber ich will nicht nur jammern, auch wenn das bisher den Eindruck machte. An dieser Stelle möchte ich etwas sagen zu dieser unsäglichen Gewaltdiskussion. Aus allen Ecken höre ich: "Abrüsten!"

Genau so wie die Herren, die von uns immer verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, gerade die Herren sind, die eine besondere Vorliebe für Hosenträger haben, genau so haben die, die jetzt von Abrüsten reden, dafür gesorgt, daß von Pershing II bis Gummigeschossen alles nur erdenkliche und mögliche aufgerüstet wurde. Wer den Knüppel und die Macht in der Hand hat und von Abrüstung redet (und auch ihre grünen und andere Wasserträger), der redet nur von Abrüstung auf unserer Seite: "Schmeist die Zwillen weg; reißt die Masken runter!" Ich kann es nicht mehr hören! Diese Verlogenheit und Ignoranz bestürzt mich mehr als alles andere.

Wer reißt denn diesen verlogenen Politikern endlich die Maske herunter, die von wirtschaftlicher Notwendigkeit der Startbahn geredet haben und militärische Aufrüstung meinten. Die Allgemeinwohl predigen und ihre Privatkonten mit Bestechungsgeldern füllen. Wer nimmt denn den Polizeidirektoren den dicken Knüppel der Gewalt weg, wenn sie sich hinstellen und lügen: "Wir wollen die Diskussion." Während sie sich nur erhoffen, einfacher zu Verhaftungen zu kommen.

Und jetzt möchte ich auf den Kern kommen: wenn hier von Abrüstung geredet wird, dann kann ich mir nur folgendes vorstellen. Wenn meine Tochter wieder eine Perspektive hat, eines Tages reine Luft zu atmen, in sauberen Flüssen zu baden, statt Düsenlärm Vogelgezwitscher zu hören, wenn statt Wiederaufbereitungsanlagen für Atombrennstäbe endlich Wiederaufbereitungsanlagen kranker Kapitalisten- und Politikerhirne gebaut werden, dann hat die Gewalt ein Ende, dann werden die Zwillen weggeworfen sein, dann ist Abrüstung erreicht.

Die Gewaltdiskussion über Staat und Demonstranten ist ein Ablenkungsmanöver um zu verschleiern, daß der eigentliche Gegensatz besteht zwischen erdrückender Umweltt/Lebensraumzerstörung durch die Interessen von Kapital und Macht einerseits und der unzulänglichen, teilweise untauglichen Gegengewalt von Zwillen und sonstigen Einzelaktionen andererseits.

Was ist denn schon eine Zwille gegen gepanzerte Vorstandsinteressen der FAG?

Was ist denn schon ein Molly gegen tausende Kubikmeter von Beton an der Startbahn?

Das ist doch lächerlich eine solche Diskussion über Abrüstung zu führen. Als ob dadurch etwas geändert würde; als ob dadurch die Gewalttätigkeiten von Bulldozern, bestechlichen Politgängstern und deren Waffenschiebern und das ganze andere Elend wegdiskutiert würde.

Noch ein Wort zu dem abstoßenden Eindruck Zwille schießender schwarzer Haufen. Diese Gesellschaft hat in ihrer Zerrissenheit, in ihrer Morschheit und Unmenschlichkeit immer zwei Erscheinungsformen: die eine und die andere Seite der Münze, mit der gezahlt wird. Und auch ich halte die Erscheinungsformen von lebensbedrohlichen Mitteln auf Seiten der Demonstranten nicht für die zukünftige Lebensform einer menschlichen Gesellschaft; ich erkenne aber die wechselseitige Beziehung zwischen der kaputten Gesellschaft und ihrem faulen Staatsgerüst einerseits und der kaputten Erscheinungsform von Widerstand und ihren faulen Auswüchsen andererseits.

Genau so wie auf Seiten der Kapitalisten und Politiker feststeht, daß nicht jeder mit einem Gehirn gesegnet ist, genau so ist auch auf Seiten der Autonomen nicht jeder mit der nötigen Weitsicht und verinnerlichten Menschlichkeit gesegnet. Genau so wie es auf Seiten der Machthaber hohle "Birnen" gibt, die nur die Macht erobern um zu unterdrücken, genau so gibt es auf unserer Seite Menschen, die Emanzipation gleichsetzen mit der Ausübung von Herrschaft.

An dieser Stelle möchte ich abbrechen und die Diskussion weiter laufen lassen.

---

**Offener Brief an die Autonomen**

Liebe Freundinnen und Freunde,
in den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn in besonderen Maße gefordert, Stellung zu nehmen.



Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ihr Todesschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die TäterInnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben können. Und doch seid ihr für das, was innerhalb eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.
Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer breiten und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da "sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung nur knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion; den Weg bis zur Brücke habt ihr selber zurückgelegt.
Aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein qualitativer moralischer und politischer Unterschied, ob eine Demo militant verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

IDEOLOGIE
Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen. Dieser Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr in den innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeldabpressereien von Berlin. Ihr greift immer öfter und immer härter zensierend in innerlinke Debatten ein - nicht indem ihr an ihnen teilnehmt, sondern indem ihr andere am Reden und Schreiben zu hindern versucht und sie bedroht.
**Wir fordern euch auf, nein! wir fordern euch heraus: Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, innerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.**

AKTIONEN
Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten.

Militanter als ihr euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationen bei Demos **deutlich unterhalb** des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre - zur Zwille - greift.
**Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!**

BÜNDNISSE
Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grün-alternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhavenblockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns alle wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, von dem weder Schutzgeldabpressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen - mit euch - keine Aktions- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an eure Stukturen sind, die für euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt. Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, **zugleich** die Fähigkeit große Demos durchzuführen zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlanständigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offenen Debatten und verbindliche Zusammenhänge.

mit solidarischen Grüßen

**Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen**

Redebeitrag, gehalten während der Vollversammlung der BI gegen die Startbahn West am 13.11.87

Dies ist keine Rechtfertigung für irgendwas. Es ist einfach der Versuch einer Darstellung, um vielleicht dieser Tatsache näher zu kommen, daß zwei Polizisten erschossen wurden, aus einer Demonstration heraus, hier an der Startbahn West, hier in Frankfurt und nirgends anderswo.

Vor sieben Jahren, zu Zeiten des Hüttendorfes, kam ich dazu mir Gedanken über die Startbahn zu machen. Die Ungeheuerlichkeit eines solchen gigantisch umweltzerstörenden Projektes, das den Menschen noch mehr Lärm bringen sollte und an Stelle von Wald noch mehr Beton stellte, war mir zunächst nicht einmal voll bewußt.

Der friedliche Protest wurde nicht gehört. Ein Jahr später (10/81) begann mit der Räumung des 7-ha-Geländes die Polizei das Geschäft der FAG zu fördern. Die ersten Knüppeleinsätze, geleitet von Polizeidirektor Bernhard, sorgten für freie Bahn von Unternehmens- und Wirtschaftsinteressen.

Einen Monat später wird in blutiger Weise das Hüttendorf geräumt. Unter den Polizeiknüppeln schließen sich die Münder, und die Fäuste werden ohnmächtig geballt.

Die Rohrbachstraße setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter die blutige Bilanz der zuschlagenden Polizeiknüppel und zutretenden Polizeistiefel. Natürlich das alles völlig demokratisch und gerechtfertigt durch Politiker und ihre Fädenzieher in Wirtschaft und Militär. Es sind Menschen halbnackt über Natodraht geklettert. Es sind Menschen zum Flughafen gelaufen und haben ihn blockiert. Es haben 220.000 Menschen ihre Unterschrift für ein Volksbegehren gegeben.

Die Antworten waren immer nur Phrasen über erlaubten oder nicht erlaubten Protest. Sogar ein Volksbegehren, war, aus juristischen Gründen, nicht erlaubt: die Menschen durften nicht ihre Meinung abgeben, weil es juristisch nicht erlaubt war. Nach Baulos II wurde in Frankfurt alles kurz und klein geschlagen, was überhaupt nur wie Startbahngegner aussah.

Die Eskalation der Gewalt ging eindeutig nicht von Demonstranten aus: es ist das äußerste an Gewalt, sich über Hundertausende von Menschen mit Bulldozern, Kettensägen und vorgeschickten Hundertschaften hinwegzusetzen, nur weil noch mehr zu verdienen ist, noch mehr Profit zu machen ist. Die Demokratie entlarvt sich um so deutlicher, je größer der zu erwartende Profit ist. Der Polizeiknüppel schlägt um so härter zu, je unbeugsamer der Widerstand vor Ort wird.

Wie oft wurden hier Menschen von Wasserwerfern bewußtlos gespritzt, von Polizeifüßen getreten, von Polizeihänden durch den Dreck gezogen und blutig geschlagen, im Namen der Demokratie, im Namen des Fortschritts, im Namen des Profits.

Ich kann sie nicht vergessen die unzähligen Beleidigungen, Schmähungen und Verhöhnungen.

Ein Beispiel auf unterster Ebene: ein Polizeibeamter zeigt einer über 50 jährigen Frau den ausgestreckten Mittelfinger. Sie ruft ihm zu: "Du Schwein." Der Polizeibeamte hat, obwohl allein, später vier Zeugen und fühlt sich in seiner Ehre gekränkt: 350 DM Strafbefehl.

Eine andere Ebene: nachdem Günther Saré überfahren worden war, war am nächsten Morgen im Polizeipräsidium eine Pressekonferenz. Die Mutter und die Schwester von Günther wollten da rein, weil sie bis dahin noch nicht einmal offiziell vom Tod Günthers benachrichtigt worden waren. Sie wurden nicht reingelassen, weil sie keine Presse seien. Die Mutter hat geheult und war erschüttert, und als sie dann kaum noch stehen konnte, bat sie um einen Stuhl, um wenigstens auf dem Bürgersteig warten zu können. Kein Mensch kann sich den Hohn und die Gehäßigkeiten vorsellen, die da diese kleinen und kleinsten Polizeibeamten äußerten.

Natürlich, waren sie doch unangreifbar, anonym und vor allem im Recht. Denn natürlich ist das alles juristisch, demokratisch in Ordnung. Und jeder kann exakt nachvollziehen, daß ein Mensch, der keinen Presseausweis hat, nicht zu einer Pressekonferenz darf, und schon gar keinen Stuhl verlangen kann von den Kollegen der Männer, die Stunden vorher den eigenen Sohn plattgewalzt haben.



Ich habe daneben gestanden, und vielleicht habe ich mir wirklich gewünscht, eine Pistole zu haben. Und hier sehe ich genügend Menschen im Saal, die schon Hundert Mal in Gedanken einen Chef, einen Beamten, oder einen Polizisten umgebracht haben, kaum einer der nicht gedehmütigt, gequält, geschlagen oder auch nur verhöhnt, verwaltet, verjuristet oder verdemokratisiert wurde.

Nach sieben Jahren Startbahnwiderstand sehe ich nur durchgeprügelte Projekte, gefüllte Taschen, in denen sich noch größere Profite sammeln, neue Erweiterungsvorhaben.

Davor sehe ich die Politiker, denen kein Mensch mehr glauben kann, die lügen daß sich die Balken biegen und hinter ihren Rücken die Hände aufhalten.

Davor sehe ich die Richter, die das alles in demokratische Formnen gießen und jeder noch so großen Schweinerei ihren Segen geben.

Und davor sehe ich die Polizisten, die mit schwingendem Knüppel auf mich zulaufen.

Beim letzten Sonntagsspaziergang erlebte ich den Gipfel des Zynismus. Da haben zwei Polizisten ihr Leben verloren im Spannungsfeld zwischen Profitinteresse und menschlichen Lebensbedürfnissen, genau so wie in diesem Spannungsfeld z. B. Philip Müller, Benno Ohnesorg und Günther Saré ihr Leben verloren haben. Und da kommt ein Polizeidirektor Bernhard zu uns und sagt: "Entweder Diskussion oder Konfrontation!"

Die Hundertschaft wartet im Hintergrund. Der Staatsschutzbeamte Tietze schleicht mit Fotos in der Hand durch unsere Reihen und äugt die nächsten Opfer für Festnahmen aus. Über uns donnern die mehrstrahligen Düsenflugzeuge hinweg, und unentwegt, wie eine lästige Klette an uns hängend, hält uns Herr Bernhard Vorträge über Demokratie.

Ausgerechnet er, der Einsatzleiter der Räumung des 7-ha-Geländes vor sechs Jahren. Er, der den Bau der Startbahn sozusagen über 220.000 Menschen hinweg, im Interesse der FAG usw. hat prügeln lassen.

Aber ich will nicht nur jammern, auch wenn das bisher den Eindruck machte. An dieser Stelle möchte ich etwas sagen zu dieser unsäglichen Gewaltdiskussion. Aus allen Ecken höre ich: "Abrüsten!"

Genau so wie die Herren, die von uns immer verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, gerade die Herren sind, die eine besondere Vorliebe für Hosenträger haben, genau so haben die, die jetzt von Abrüsten reden, dafür gesorgt, daß von Pershing II bis Gummigeschossen alles nur erdenkliche und mögliche aufgerüstet wurde. Wer den Knüppel und die Macht in der Hand hat und von Abrüstung redet (und auch ihre grünen und andere Wasserträger), der redet nur von Abrüstung auf unserer Seite: "Schmeist die Zwillen weg; reißt die Masken runter!" Ich kann es nicht mehr hören! Diese Verlogenheit und Ignoranz bestürzt mich mehr als alles andere.

Wer reißt denn diesen verlogenen Politikern endlich die Maske herunter, die von wirtschaftlicher Notwendigkeit der Startbahn geredet haben und militärische Aufrüstung meinten. Die Allgemeinwohl predigen und ihre Privatkonten mit Bestechungsgeldern füllen. Wer nimmt denn den Polizeidirektoren den dicken Knüppel der Gewalt weg, wenn sie sich hinstellen und lügen: "Wir wollen die Diskussion." Während sie sich nur erhoffen, einfacher zu Verhaftungen zu kommen.

Und jetzt möchte ich auf den Kern kommen: wenn hier von Abrüstung geredet wird, dann kann ich mir nur folgendes vorstellen. Wenn meine Tochter wieder eine Perspektive hat, eines Tages reine Luft zu atmen, in sauberen Flüssen zu baden, statt Düsenlärm Vogelgezwitscher zu hören, wenn statt Wiederaufbereitungsanlagen für Atombrennstäbe endlich Wiederaufbereitungsanlagen kranker Kapitalisten- und Politikerhirne gebaut werden, dann hat die Gewalt ein Ende, dann werden die Zwillen weggeworfen sein, dann ist Abrüstung erreicht.

Die Gewaltdiskussion über Staat und Demonstranten ist ein Ablenkungsmanöver um zu verschleiern, daß der eigentliche Gegensatz besteht zwischen erdrückender Umwelt/Lebensraumzerstörung durch die Interessen von Kapital und Macht einerseits und der unzulänglichen, teilweise untauglichen Gegengewalt von Zwillen und sonstigen Einzelaktionen andererseits.

Was ist denn schon eine Zwille gegen gepanzerte Vorstandsinteressen der FAG?

Was ist denn schon ein Molly gegen tausende Kubikmeter von Beton an der Startbahn?

Das ist doch lächerlich eine solche Diskussion über Abrüstung zu führen. Als ob dadurch etwas geändert würde; als ob dadurch die Gewalttätigkeiten von Bulldozern, bestechlichen Politgängstern und deren Waffenschiebern und das ganze andere Elend wegdiskutiert würde.

Noch ein Wort zu dem abstoßenden Eindruck Zwille schießender schwarzer Haufen. Diese Gesellschaft hat in ihrer Zerrissenheit, in ihrer Morschheit und Unmenschlichkeit immer zwei Erscheinungsformen: die eine und die andere Seite der Münze, mit der gezahlt wird. Und auch ich halte die Erscheinungsformen von lebensbedrohlichen Mitteln auf Seiten der Demonstranten nicht für die zukünftige Lebensform einer menschlichen Gesellschaft; ich erkenne aber die wechselseitige Beziehung zwischen der kaputten Gesellschaft und ihrem faulen Staatsgerüst einerseits und der kaputten Erscheinungsform von Widerstand und ihren faulen Auswüchsen andererseits.

Genau so wie auf Seiten der Kapitalisten und Politiker feststeht, daß nicht jeder mit einem Gehirn gesegnet ist, genau so ist auch auf Seiten der Autonomen nicht jeder mit der nötigen Weitsicht und verinnerlichten Menschlichkeit gesegnet. Genau so wie es auf Seiten der Machthaber hohle "Birnen" gibt, die nur die Macht erobern um zu unterdrücken, genau so gibt es auf unserer Seite Menschen, die Emanzipation gleichsetzen mit der Ausübung von Herrschaft.

An dieser Stelle möchte ich abbrechen und die Diskussion weiter laufen lassen.

**Offener Brief an die Autonomen**

Liebe Freundinnen und Freunde,
in den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn in besonderen Maße gefordert, Stellung zu nehmen.



Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ihr Todesschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die TäterInnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben können. Und doch seid ihr für das, was innerhalb eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.
Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer breiten und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da "sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung nur knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion; den Weg bis zur Brücke habt ihr selber zurückgelegt.
Aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein qualitativer moralischer und politischer Unterschied, ob eine Demo militant verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

IDEOLOGIE
Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen. Dieser Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr in den innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeldabpressereien von Berlin. Ihr greift immer öfter und immer härter zensierend in innerlinke Debatten ein - nicht indem ihr an ihnen teilnehmt, sondern indem ihr andere am Reden und Schreiben zu hindern versucht und sie bedroht.
**Wir fordern euch auf, nein! wir fordern euch heraus: Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, innerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.**

AKTIONEN
Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten.

Militanter als ihr euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationen bei Demos **deutlich unterhalb** des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre - zur Zwille - greift.
**Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!**

BÜNDNISSE
Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grün-alternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhavenblockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns alle wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, von dem weder Schutzgeldabpressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen - mit euch - keine Aktions- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an eure Stukturen sind, die für euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt. Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, **zugleich** die Fähigkeit große Demos durchzuführen zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlanständigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offenen Debatten und verbindliche Zusammenhänge.

mit solidarischen Grüßen

**Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen**

**Distanzierungen - oder der Staat ruft seine Diener**

Die Schüsse am 2. November lösten eine Welle der Distanzierung aus, von der CSU über die SPD, von den Grünen über die Kirche bis hin zu Autonomen und Libertären. Für die CSU sind die Schüsse eine "neue Qualität der terroristischen Herausforderung", für die CDU ein "Anschlag auf die demokratische Ordnung", für die FDP der "Terror des Mords" (Engelhard), für die Grünen eine letzte Chance für die Autonomen "die Zwillen wegzuschmeißen und die Haßkappen herunterzureißen", für die Autonomen "ein feiger Mord" und die Libertären finden die Schüsse schlicht "zum Kotzen". Wir haben uns alle distanziert, aber meinen wir dasselbe?
Wenn es kein CDU-Mitglied war, das in der Nacht des 2. Novembers geschossen hat, wovon distanzieren sie sich dann? Von der Spirale der Gewalt aus und in ihren eigenen Reihen? Sind drei (?? - d.S.) Tote genug? Oder distanzieren sie sich etwa von führenden CDU-Mitgliedern, die Waffen- und Mordgeschäfte mit Südafrika organisieren und vertuschen, wie im Fall der "U-Boot-Affäre" in Kiel?
Wenn es kein SPD-Mitglied war, das die Schüsse abgegeben hat, von wem oder was muß sich die SPD dann distanzieren? Von ihren Berufsverboten, von ihrem Aufrüstungsbeschluß, von ihren Anti-Terror-Gesetzen im deutschen Herbst, von den tödlichen Bedingungen in Stammheim oder gar vom Mord an Günter Sare?
Noch gibt es keine Spuren, die in die Reihen der Realo-Grünen führen. Wovon distanzieren sie sich also? Vom staatlichen Gewaltmonopol, von der Bewilligung des neuen tödlichen



Wasserwerfers (Wawe 9), von der Mitfinanzierung des neuen Knastes in Weiterstadt oder des hessischen Polizei- und Verfassungsschutz-Etats?
Auch wir haben uns distanziert, vor allem in den ersten Stunden und Tagen, oft ungenau und mißverständlich, nicht aus der sicheren Distanz der Parlamentssitze heraus, sondern unter den wahnsinnigen und unvorstellbaren Eindrücken der Schüsse, der Razzien, Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Haftbefehle. Wir haben diese Morde v e r u r t e i l t , egal wer sie begangen hat. Wir haben die Notwendigkeit formuliert, unter uns und mit anderen zusammen unsere Selbstkritik auch praktisch und konsequent umzusetzen, lange bevor die Schüsse fielen. Darum geht es uns, aber nicht dem Staat. Die Hetzjagd dauert an, bzw. hat erst richtig begonnen, nicht mehr so laut wie in der ersten Woche, dafür umso intensiver. Einige von uns sind unmittelbar bedroht, sowohl was "Beihilfe zum Mord" als auch die "Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" anbelangt. Viele von uns haben Angst, daß es auch sie noch erwischt. Denn dem Staat, dem Fahndungsapparat geht es schon lange nicht mehr um Mord.

Wir müssen und wollen jetzt das offenlegen, was die offizielle Richtung der Ermittlungstätigkeiten geradezu auf den Kopf oder auf die Füße stellt: Die Beschlagnahmungen bei den über 50 Hausdurchsuchungen, die Aussageerpressungen über Drohungen mit dem §129a oder Beihilfe zum Mord, der gezielte Schlafentzug vor den Verhören, die Verhörmethoden selbst mit versteckten Angeboten, daß man ein "gutes Wort" für sie/er beim Haftrichter einlegt, die "Beweise", unter anderem illegale Fotos von den Sonntagsspaziergängen, die in den Verhören den Beschuldigten zur Identifizierung vorgelegt werden, gerade weil sie nichts mit dem Mord zu tun haben, die Vorladungen unter Androhung von Beugehaft, die gemeinsame Beteiligung des K42 (Politische Polizei, Tietze in Frankfurt), der Sonderkommission Strom und des BKA/LKA an den Ermittlungstätigkeiten verfolgen ganz klar erkennbar drei Ziele:

1. die Offenlegung der Namen, Strukturen, der "Organisator/innen" innerhalb der Startbahnbewegung,
2. Die Identifizierung der "Aktivisten", ihre Bedeutung und Strukturen innerhalb und über die Startbahn hinaus,
3. die Suche nach Kleingruppen, vor allem im Zusammenhang mit den Strommastaktionen im Rhein-Main-Gebiet.

Diese drei Ziele stehen einer "schnellen Aufklärung" der Morde im Weg. In diesem Zusammenhang war es geradezu eine "Panne", daß die Tatsache, daß die Pistole (? eine!, - d.S.) bereits nach einigen Stunden gefunden wurde, veröffentlicht wurde. Deshalb mußten auch Polizeibeamte hören, was nie gesagt wurde: "Feuer frei", damit unter der Konstruktion der Beihilfe der Fahndungsapparat weiterhin legitimiert ist.
Wir haben diese Fahndungsziele nicht nur deshalb so klar benannt, weil wir mit der erzeugten Paranoia gemeinsam umgehen müssen; diese Fahndungsziele benutzen nur den Mord, um uns mit etwas ganz anderem zu konfrontieren: Mit unserer eigenen Geschichte und unseren Erfahrungen innerhalb sozialer Bewegungen und militanter Auseinandersetzungen. Wenn wir uns davon distanzieren, dann distanzieren wir uns nicht vom Mord, sondern von der Startbahnbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, von radikalen und außerparlamentarischen Widerstandsformen.
Die zwei toten Polizisten waren und sind nie Objekt herrschender Trauer gewesen, sie sind nur eine willkommene Brücke, über die der Staat seinen Fahndungsapparat lotst, um jene Lebens- und Widerstandsformen zu zerschlagen, auf die der Staat schon lange nicht mehr politisch antwortet.
In den nächsten Tagen und Wochen wird es zu einer Flut von Vorladungen und sogenannten Zeugenvernehmungen kommen. Wenn jemand also, gerade weil er/sie nichts zu den Morden sagen kann, dennoch Aussagen macht, in dem Glauben, die Aussagen wären belanglos und ohne Bedeutung, dann muß er/sie wissen, daß es den Ermittlungsbehörden gerade darauf ankommt. Nicht nur einzelne von uns, die die Aussage verweigern, werden mit Beugehaft bedroht, wir alle sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, darauf politisch zu antworten.

Andrea B., verhaftet wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§



129a), ist nach fast zweimonatiger Haft vor einigen Tagen entlassen worden. So als ob nichts gewesen wäre. Nachdem auch der Versuch in Düsseldorf, autonome Zusammenhänge als terroristische Vereinigung anzuklagen, gescheitert ist, sind sie nun fieberhaft dabei, die Gunst der Stunde zu nutzen. Das Instrumentarium des erweiterten §129a haben sie bereits, es geht ihnen jetzt darum, es mit Namen zu füllen. Es liegt an uns, sie (die Namen - d.S.) und uns gemeinsam zu schützen.

**2. November - Die Notwendigkeit militanter Politik und die Waffe der Kritik**

Wie bei allen anderen Aktionen anläßlich des 2. Novembers richtet sich unser Widerstand gegen die Startbahn und nicht gegen die gegen uns eingesetzten Polizisten. Unser Konzept war, wie schon in den Jahren zuvor, die Mauer und die Existenz der Mauer anzugreifen und gerade deshalb ist es unser Ziel gewesen, der Polizei auszuweichen, anstatt uns auf eine militärische Konfrontation einzulassen. Gerade deshalb war und ist von größter Wichtigkeit, bei drohender polizeilicher Konfrontation den Schutz für alle zu gewährleisten, um Verletzte und Verhaftete auf jeden Fall zu vermeiden. Am 2. November waren sechs Hundertschaften hinter der Mauer und im Wald versteckt. Ihr Angriff galt uns. Erst als im Wald versteckte BeSi-Sondereinheiten und aus den Startbahntoren stürmende Hunderschaften angriffen, wurden zu unserem Schutz brennende Barrikaden und Mollis eingesetzt.

Wir wissen nicht, wer und ob jemand aus unseren Reihen geschossen hat. Wir wissen aber, daß der Einsatz von Schußwaffen bisher immer nur Überlegungen der Polizei waren, aber zu keinem Zeitpunkt der Startbahnbewegung ein von uns übernommenes Konzept. Wir waren genauso überrascht, von den Schüssen wie die Polizei. Die Schüsse sind keine Konsequenz unseres militanten Widerstandes, sie stellen für uns einen Bruch, eine Mißachtung eines gemeinsam beschlossenen Konzepts dar. Gerade weil wir an jede Form militanten Widerstands ein hohes Maß an Eigenverantwortung und kollektiver Verantwortung stellen, sind die Schüsse aus einer Demonstration heraus auch Schüsse gegen unseren Anspruch auf Zielgerichtetheit und vor allem Berechenbarkeit gegenüber allen, mit denen wir Widerstand leisten. Wenn die Schüsse aus unseren Reihen abgegeben wurden, dann haben der/diejenigen bewußt in Kauf genommen, uns alle zu Geiseln polizeilicher Reaktion zu machen. Ein Blutbad, das unsere Vorstellungen von militantem Widerstand ins Gegenteil verkehrt, für sich selbst zu sprechen. Schüsse, an deren Richtung wir immer noch zweifeln, sind kein Ausdruck radikalen Handelns, das für sich unzweifelhaft und unverkennbar sein muß.

Ausgangspunkt dieser tötlichen Schüsse war kein gemeinsames Vorgehen, sondern eine militärische Logik, die das eigene Handeln und die Mittel nicht mehr aus unseren Zielen und gemeinsamen Möglichkeiten heraus bestimmt, sondern ausschließlich daran mißt, wie man die Verluste des Feindes effektiv erhöhen kann.

Abgesehen davon, ob jemand aus unseren Reihen heraus geschossen hat, wird uns die Frage gestellt, ob nicht diese "Spirale der Gewalt" eine absehbare Konsequenz militanter Politik und Praxis ist? Wer die letzten Demos in Brokdorf, Klewe, in Wackersdorf oder in Frankfurt anläßlich des Mordes an Günther Sarê miterlebt hat, weiß, mit welcher Überlegenheit, Berechnung und Skrupellosigkeit der Staat sein Gewaltmonopol einsetzt, um jeden radikalen Widerstand zu zerschlagen. Und gerade, weil viele von uns erlebt haben, daß der Staat uns eine militärische Auseinandersetzung aufzwang, der wir heute unterliegen mußten, fanden gerade in den letzten Monaten Diskussionen innerhalb unserer autonomen Zusammenhänge statt, welche praktischen und politischen Konsequenzen wir daraus ziehen müssen.

Dabei war sicherlich eine zentrale Konsequenz unter uns unumstritten: Wenn wir heute nicht in der Lage sind, militante Demonstrationen gegen eine Übermacht von Bullen durchzusetzen, dann können wir diese Niederlage (was die Durchsetzung der Demo anbetrifft) nicht militaristisch überspringen, d. h. durch "Nachrüsten" unsererseits wettmachen. Dies würde Strukturen, Verhaltensweisen und militärische Kathegorien voraussetzen, die wir nicht nur nicht haben, sondern auch nicht wollen. Nur ein kleiner Teil unserer Zusammenmhänge wäre bereit und in der Lage sich dieser militärischen Konfrontation gewachsen zu fühlen.

Wir wollen aber nicht einen Großteil des radikalen Spektrums zum <u>Objekt</u> unseres Vorgehens machen; <u>unsere</u> Stärke ist vielmehr, uns gemeinsam Bedingungen zu schaffen, in denen verschiedene Formen des Widerstands von allen getragen werden können. Aus diesen Gründen war vielen von



uns auch klar, daß wir vor allem die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen schaffen und mitentwickeln müssen, die es dem Staat schwer machen, seine militärischen Mittel einzusetzen. Gesellschaftliche Bedingungen, die die Waffen staatlicher Gewalt stumpf machen, wo der politische Preis zu hoch, oder der Verlust an Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols unkalkulierbar wird, wo das gewaltsame Vorgehen des Staates den nach wie vor vorhandenen Konsens der Bevölkerung in diesem Staat selbst zerstört.

Daß wir als Verlierer dieser militärischen Auseinandersetzungen die Eskalation der Gewalt bestimmen, ist neu; so alt wie die Logik der Sieger, der Herrschenden.

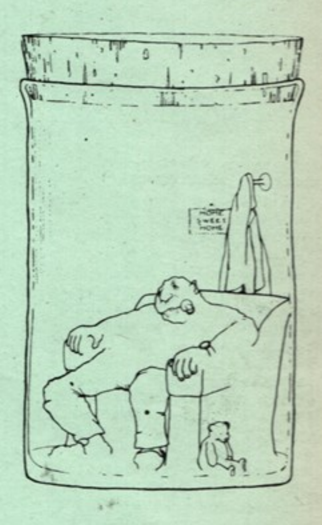
Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig, daß die großen, spektakulären "Schlachten" nicht <u>Ersatz</u>, sondern <u>Ausdruck</u> täglicher, gewachsener und kontinuierlicher Kämpfe sein müssen, wenn wir nicht selbst militanter Symbolik erliegen wollen. Unsere Augen und Sinne haben sich deshalb auch bewußt wegbewegt von großräumigen, zentralen und mediengerechten Großereignissen, hin zu den tatsächlichen Strukturen, die unscheinbar, aber um so wirksamer, das Fundament jener Symbole und Prestigeobjekte sind, gegen die wir jahrelang anrannten.

Gerade weil unser Ziel nicht die militärische Konfrontation mit der Polizei ist und sein darf, sondern das, was sie schützen, entwickelten sich verstärkt die verschiedensten Formen von Widerstand und Sabotage, von Fälschungen der Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten. Die

Störung und Zerstörung jener Infrastruktur, die die Vernichtung ökologischer Lebensbedingungen, von Natur und Mensch, die Ausbeutung und Beherrschung der Menschen hier und in der sogenannten dritten Welt, die Kriegsvorbereitungen und Kriege bis hin zum atomaren Holocaust tagtäglich gewährleistet, war und ist eine zentrale Konsequenz aus unseren Erfahrungen der letzten Jahre.

Wenn Herr Neusel, Staatssekretär des Innenministeriums im September letzten Jahres über die buschfeuerartige Verbreitung von Sabotageaktionen klagte, über die Tatsache, daß er jeden zweiten Tag eine Meldung über Beschädigung von Baumaschinen bekommt, dann ist das nicht nur eine Antwort auf die Zerschlagung und die Verbote militanter Demonstrationen, sondern auch eine Antwort auf die tödlichen Schüsse an der Startbahn.

Tödliche Schlußfolgerungen, die dort stecken blieben und dort hin zurückführen, wo wir unsere Erfahrungen der Niederlage und des Ausgeliefertseins gemacht haben. Schüsse, die an unsere Erlebnisse der Ohnmacht, an die Morde an Günther Sarê und Jürgen Rattay anknüpfen, und nicht an unsere politischen und praktischen Konsequenzen. Den Erfolg militanter Strategien messen wir nicht nur an den "gewonnenen Schlachten", sondern gerade auch an der Weiterentwicklung unserer Zusammenhänge und an unserer Fähigkeit, in unseren Handlungen auch neue Formen sozialer Gegenmacht zum Ausdruck zu bringen.



Die letzten Wochen haben viel Kraft und Nerven gekostet. Wir waren und sind mit dem konfrontiert, was die Polizeistrategen mit "Fahnungsdruck" meinen: Uns alle in Bewegung halten, nicht zur Ruhe kommen zu lassen.
Aber wir haben auch Erfahrungen gemacht, die uns Mut machen. Wir sind nicht nur Opfer. Wir wollen kein Mitleid erregen, und keine moralische Solidarität abpressen. Wir wollen nicht die Repression dazu nutzen, falsche Sympathien zu erzeugen. Denn die Schüsse haben nicht nur eine Repression ausgelöst, sondern auch eine Auseinandersetzung mit jenen, mit denen wir zusammen kommen wollten, es aber nicht schafften, aus eigener Unfähigkeit und vor allem fehlender Konsequenz.

Wir haben versucht, unsere Auseinandersetzungen vor und nach den Schüssen öffentlich und nachvollziehbar zu machen. Wir werden unter uns reden müssen, welche kollektiv getragenen Verbindlichkeiten und Gemeinsamkeiten wir entwickeln müssen, um für uns und andere Maßstäbe zu setzen, an denen sich unsere Handlungen und Ziele messen lassen müssen.
Wir werden uns aber auch mit jenen Grünen auseinandersetzen, die glauben, mit unseren Fehlern staatstragende Politik machen zu können. Grüne, die mit ihrem Standbein das staatliche Gewaltmonopol anerkennen und mit ihrem Spielbein die Opfer der "Eskalation" anklagen. Wir warten gespannt auf die von Joschka Fischer - ganz ohne Ritual, versteht sich - angekündigte "moralische Offensive des gewaltfreien Protests".
Ein "Wunder", auf das wir nicht mehr warten müssen, kam aus Hamburg. Als wir am Mittwoch hörten, daß die Hafenstraße kurz vor der Vertragsunterzeichung steht, wollten wir es nicht glauben. Ein Gefühl riesiger Freude, ein politischer Erfolg, der für uns alle fast unfaßbar schien. Heute (Donnerstag, 26. 11. 87 - d.S.) soll der Vertrag unterschrieben werden. Wie so oft haben wir uns in Gedanken auf die gewaltsame Räumung, auf eine gewaltsame Niederlage eingerichtet. Nun stehen wir vor einem Erfolg, auf den wir nicht vorbereitet sind. Sicherlich, wir haben dem Staat nichts zu schenken, am wenigsten unser Vertrauen. Aber vielleicht sind es auch die vielen vergeblichen Kämpfe, die uns Angst gemacht haben, zu gewinnen. Die Hafenstraße ist für uns ein Grund mehr, diese Angst zu verlieren.

Autonome aus Frankfurt





DISKUSSIONSPAPIER

Zur Diskussion um die Schüsse an der Startbahn West:
Wir finden die Distanzierungen aus den Reihen der Autonomen/Libertären beschissen. Sicher war es bis jetzt nicht Konsens der Bewegung mit Knarren auf Demos/bei Aktionen, Bullen zu töten. Andererseits muß sich jede/r bewußt sein, daß Mollies und Zwillen potentiell tödliche Waffen sind, wenn sie direkt gegen die Bullen gerichtet werden. Dennoch ist der Einsatz einer Knarre ein "bewußterer" Schritt, weil hier das Draufgehen von Bullen nicht mehr dem Zufall überlassen wird. Wir halten aber den Einsatz von Schußwaffen bei Demos/Aktionen in der jetzigen Situation, wo wir noch keine Massenbewegung sind, die diesen Staat zerschlagen will, für verfrüht und stark abgehoben vom momentanen Diskussionsstand der radikalen Linken. Der Bulle steht zwar stellvertretend für ein System, daß wir angreifen, wir dürfen jedoch dabei das eigentliche Angriffsziel nicht aus den Augen verlieren. Es ist zwar klar, daß der Bulle solange Gegner ist, solange er dieses System der Unterdrückung stützt, wir können uns aber auch vorstellen, daß er bewußt die Seiten wechselt, so wie wir es von jedem/r Normalo auch glauben.

WENN wir davon ausgehen, daß die Schüsse aus unseren Reihen kamen (was vielleicht nie geklärt werden wird), dann zeigt sich, wie wenig manche von uns in ihrer Praxis begriffen haben. In letzter Zeit liefen viele unserer Diskussionen in die Richtung, wie wir unsere Träume von einer HERRschaftslosen Gesellschaft mit unserer tagtäglichen Praxis in Einklang bringen können. Dabei ging es vor allem auch um das MITEINANDER Umgehen, nämlich unseren Ideen entsprechen; zärtlicher, offener, ohne Politmackertum.
Daß das automatisch auch ein Selbstschutz gegen Spitzel, Counter und andere Schweine ist, liegt auf der Hand. Wir kommen gerade nach den letzten Ereignissen; Vergewaltigung in der Szene, Dirk Strandenaes, Schüsse an der 18-West... zu dem Schluß, daß diese Form des Miteinander immer notwendiger wird, damit wir als RevolutionärInnen nicht an Glaubwürdigkeit vor uns selbst verlieren. Militante Aktion ist für uns nicht das einzigste, aber legitimes Mittel im Kampf gegen das System, jedoch muß sie auch immer hinterfragt werden. Militanz darf nicht zum Militarismus/Aktionismus verkommen.
Uns erschreckt die momentane Situation im Rhein-Main-Gebiet. Uns erschreckt, daß einige Leute meinen, sich in der jetzigen Situation profilieren zu müssen/können. Uns erschreckt ein Klaus W., der verantwortungslos belastendes Fotomaterial an die Medien und somit an den Staatsschutz ausliefert. Wir wollen mit solchen Leuten nichts mehr zu tun haben. Uns erschreckt, daß es "GenossInnen" gibt, die die Kooperation mit den Schweinen, der Diskussion mit GenossInnen vorziehen. Es geht nicht darum, ob wir politisch hinter den Schüssen stehen, es geht prinzipiell immer darum - KEINE KOOPERATION MIT DEN SCHWEINEN - WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN.
Daß Leute aus der Szene Aussagen bei den Bullen machen, weil sie denken, sie können dadurch ihre eigene Haut retten, daß sich unüberlegt distanziert wird, in einer Situation, in der rein gar nichts klar ist, daß sich Spekulationen über Spekulationen häufen, ist konterrevolutionär und gefährdet uns alle.
Wem das immer noch nicht klar ist, der/die sollte sein/ihr Verhältnis zur radikalen Linken überdenken. Vielleicht kommt mensch dann darauf, daß ihm/ihr die Grünen doch näher stehen. Genauso müßen wir uns hinterfragen, ob wir innerhalb der militanten Linken genug Rückhalt geben, damit es zu o.g. Reaktionen kommt. In einer derart desolaten Situation ist das zwar schwierig aber ein absolutes Muß. Wenn dieser Rückhalt gegeben ist, wird vielen von uns auch die Notwendigkeit klar, daß wir gerade jetzt und in Zukunft näher zusammenstehen müssen als bisher. Und wer meint, alleine durch das Netz staatlicher Repression schlüpfen zu können/wollen, der/die hat nichts mit Kollektivität und unseren Zielen gemein.
Wenige Worte noch zur taz (mehr lohnt sich nicht). Als Sprachrohr der Realofraktion der Grünen versucht sie durch bestimmte RedakteurInnen die Spaltung in der radikalen Linken voranzutreiben. Was bei Grünen/taz zur Zeit sehr aktuell ist, nicht nur die Spaltung der Linken in Friedliche und Gewalttätige, auch das Amnestiegeseier für die Gefangenen, die dem "Terrorismus" abschwören. Sie fahren damit eine eindeutige staatstragende Linie und es zeigt sich erneut, daß es unsinnig ist, sich auf die taz/Grünen verlassen zu können/wollen.

Keine Aussagen bei den Bullen - Wir lassen uns nicht spalten
Für einen weiterhin starken militanten Widerstand

Einige Autonome

aus Rhein-Main





PRESSEERKLÄRUNG

Zur Arbeit der BUNTEN HILFE nach den Schüssen an der Startbahn

"Die BUNTE HILFE hilft mit ihren Mitteln und Möglichkeiten den Gruppen und Bewegungen, die sich für die Durchsetzung unterdrückter Interessen, für menschlichere gesellschaftliche Verhältnisse und für die Wahrnehmung demokratischer Rechte einsetzen... Sie grenzt nicht aus und setzt sich unbeschadt möglicher politischer Differenzen für alle ein, die im Kampf für ihre legitimen Interessen und für eine bessere demokratischere Gesellschaft mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten." (in eigener Sache, Sare-Dokumentation, 1985).

Die BUNTE HILFE hält aber auch daran fest, daß Ziele und Mittel von Protest und Widerstand nicht voneinander zu trennen sind. Die Schüsse vom 2.November 1987, die zwei Polizisten getötet und zwei weitere verletzt haben, sind daher durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind auch ein Anschlag auf die politische und moralische Legitimität der Protestbewegungen.

Wir sehen uns nun aber auch damit konfrontiert, daß die Schüsse an der Startbahn als Anlaß für erneute Einschränkungen des Demonstrationsrechts und für eine weitere Aufrüstung der Polizei benutzt werden. Darüberhinaus sind viele der in der Bewegung gegen die Startbahn-West Engagierten massiven polizeilichen Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Verhaftungen, Untersuchungshaft und Isolation wegen § 129 a ausgesetzt. Dies geschieht in einer Situation, in der weitergehende Pläne zum Ausbau des Flughafens und zur Ausweitung der Startbahn-West zur Landebahn durchgesetzt werden sollen.

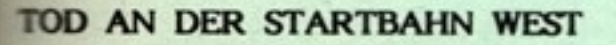
Die BUNTE HILFE sieht es als ihre Aufgabe an, die von den laufenden Fahndungsaktionen Betroffenen mit ihren finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zu unterstützen. Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auch dazu beitragen, daß im Fall einer Mordanklage eine ordnungsgemäße Verteidigung gewährleistet ist. Alles andere käme einer faktischen Vorverurteilung gleich und würde ein Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Objektivität polizeilicher und justizieller Ermittlungen beinhalten, ein Vertrauen, das angesichts bisheriger Erfahrungen nicht gerechtfertigt ist.

Die Diskussion nicht nur über die tödlichen Schüsse an der Startbahn, sondern auch über die Ziele und Formen und Mittel des Protests überhaupt muß offen geführt werden. Doch gleichzeitig gilt es zu verhindern, daß die Protestbewegung durch vorschnelle Schuldzuweisungen und Kriminalisierung gespalten und Teile von ihr ins gesellschaftliche Abseits getrieben werden.

Wir bitten um Spenden für unsere weitere Arbeit: Auf Sonderkonto Volker Luley
Postgiroamt Frankfurt
Nr. 160 72-603

BUNTE HILFE
c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt
Tel.: 069 - 28 39 48

Dezember 1987











## TOD AN DER STARTBAHN WEST

Bei Protestdemonstrationen zum sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West ist erstmals in der Bundesrepublik ein blutiger Anschlag auf Menschenleben verübt worden. Dabei wurden zwei Polizisten erschossen und neun weitere durch Schüsse schwer verletzt. Dieses Blutbad hat ein Tabu gebrochen, das den Angriff auf Menschen ausschließt und dem sich noch die militantesten Teile der Protestbewegungen verpflichtet fühlen.

Blutige Demonstrationen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben und beileibe nicht nur an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen. "Opfer" waren zumeist Demonstranten, die bei brutalen Polizeieinsätzen oft schwer verletzt wurden. Solche Erfahrungen haben die Gewaltbereitschaft bei Teilen der Protestbewegungen ständig erhöht und die Konfrontationen zwischen ihnen und der Polizei zunehmend verschärft. Der Einsatz von Blendschockgranaten dort, von Zwillen und Leuchtkörpern hier, gehört längst zum gewohnten Bild von Auseinandersetzungen, die sich von jedem konkreten Anlaß gelöst haben und jeden Bauplatz, jeden Demonstrationsort in ein x-beliebiges Schlachtfeld verwandeln können. Diese "frei flottierende" Gewalttätigkeit ist nicht mehr Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses eines Konflikts, sondern dessen Projektion: auf die Polizei.

Die von einigen militanten "Autonomen" praktizierte Bürgerkriegsstrategie setzt einen Imperativ linker Politik außer Kraft, wonach die Mittel, die man anwendet, den Zwecken, die man verfolgt, untergeordnet sein müssen. Daß die Mittel selbst zum Zweck von Aktionen werden, ist die politische Sackgasse, in die die falsche Alternative Parlamentarismus oder Bürgerkrieg die Gewaltdiskussion in den letzten Jahren manövrierte. Linke Politik hätte noch immer die Aufgabe, politische Handlungsspielräume jenseits von Parlament und bewaffneten Kampf zu erschließen. Diese Aufgabe ist durch die Todesschüsse an der Startbahn West nicht hinfällig, sondern aktualisiert worden.

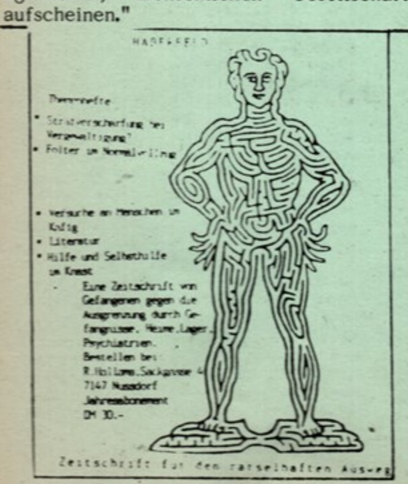
Die jetzt eilends schon wieder geforderten öffentlichen Bekenntnisse zu prinzipieller Gewaltfreiheit sind daher ebenso überflüssig wie vernebelnd. Daß die Ereignisse an der Startbahn West weder das Resultat einer zwangsläufigen Gewaltspirale außerparlamentarischen Politik darstellen noch einen orginären Zusammenhang zu den Zielen und Methoden der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung besitzen, haben die "bürgerlichen Fraktionen" der Protestbewegung in den vergangenen Jahren eindrucksvoll demonstriert. "Ihre Sache" wurde von den Schüssen mitgetroffen - zu einer Zeit, da umfangreiche weitere Ausbaupläne des Frankfurter Flughafens bekannt wurden und erster Protest sich zu formieren begann.

Bestürzung und Entsetzen über das Blutbad an der Startbahn West dürfen jetzt nicht zu hysterischen Reaktionen führen. Weder helfen jetzt Selbstbezichtigungen der BI ("Wir übernehmen die politische Verantwortung") noch die Forderungen nach neuen und schärferen Gesetzen ("Vermummungsverbot") oder weiterer Aufrüstung der Polizei, sie sie die CDU bereits mit Nachdruck erhoben hat. Noch sind keine näheren Umstände geklärt. Fast wohltuend klingen in dieser Situation die besonnenen Töne, die es in dieser Republik trotz allem noch gibt.

sozialistisches büro

Auszüge aus der Erklärung einer RZ, die G. Korbmacher in die Knie geschossen haben:

"Wir meinen, wenn nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung des Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage wird - Zustände, von denen wir weit entfernt sind - kann ein politischer Mord nur exemplarischen Charakter haben. Seine Bedeutung, seine einzige Rechtfertigung liegt in seiner politischen Dimension, da er die realen Machtverhältnisse nicht wirklich erschüttern und ernsthaft in Bedrängnis bringen kann. Seine Legitimation muß sich in seiner direkten Wirkung auf die Klassenauseinandersetzungen und die Zuspitzung des Klassenbewußtseins erweisen und kann sich nicht in der Bekämpfung des Gegners erschöpfen...
... etwas anderes dagegen vermittelt die Hinrichtung des Menschenjägers Buback. Mit ihm ist ein allgemein verhaßter und gefürchteter Volksfeind gefallen, dessen Tod ein Gefühl der Befreiung, Ermutigung ausgelöst hat. Einzig und allein diese Wirkung rechtfertigt etwas derartig schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch inflationären Gebrauch selbst entwertet.
Eine Guerilla, die leichtfertig gegen diese absolut verpflichtenden Gesetze der politischen Moral und Verantwortung verstößt, die zunehmend ihre Skrupel - dieses wesentliche Merkmal, das revolutionäre Männer und Frauen vom Klassenfeind unterscheidet - über Bord wirft, verspielt und verliert damit auch ihren eigentlichen Kredit und Anspruch: Einen Klassenkampf mit dem Volk und für das Volk zu führen, in dem die Ziele einer freien, egalitären, menschlichen Gesellschaft aufscheinen."








## DISTANZWICHSEREI

Neulich hats zwei Bullen erwischt
sollten knüppeln und greifen,
welch ehrenvolle Pflicht!
Die Medien stimmen ein zum Pogrom
paß bloß auf, kleiner Linker,
wenn du bist autonom!
Und die Linke wichst sich auf Distanz
vor der Realität in Deutschland.

"Nazi-Deutschland ist doch längst vorbei",
aus KZs wurden Trakte,
staatlich verordnete Barbarei.
Aus Henkern, Sozialpartner,
aus Folter, Therapie,
vergessen, distanzieren,
akzeptieren, nie, nie, nie!

Warum zögern wir,
die Schweine beim Namen zu nennen?
Vergangenheit, Gegenwart,
wie könnt ihr vergessen
daß sie aus Menschen machen Zombies,
aus Menschen machen Bestien
lebendig begraben zwischen Wracks toter Seelen.
Wieviele Köpfe ham sie erobert?
Wie viel Bewußtsein sie zerstört?
Wie viel ham sie gebrochen,
von denen niemand mehr spricht?

Wie viel Blut fleckt den Weg
dieser Demokratie?

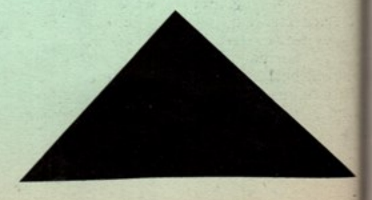
Distanziert euch von den Schlächtern.
ob braun, gelb oder rot.
Kein Gott, kein Staat, keine Führer.
Denn es gibt kein Leben nach dem Tod.

Klar, die Startbahnschüsse waren Mist.
Doch genau so, daß jeder Bulle
ein potentieller Mörder ist.
Zum Töten geschult,
zum quälen erzogen,
Menschenjäger in Uniform
stinkig und verlogen.

Wie viele auf der Flucht erschossen
wie viele ermordet in Notwehr
verhaften für die Bonzen
was weiß ich noch alles mehr.
Aber du kleiner Linker sagst:
das kann nicht sein.
Doch es gibt viele Wege,
die führen nach Stammheim.

• Und die Linke wichst
auf Distanz
vor der Realität
in Deutschland.

euthanasie Nov. 87



# ZUM 2.11.




Der 2.11. hat viele Fragen aufgeworfen. In einem einzigen Artikel können sie nicht beantwortet werden. Wir zählen deshalb erstmal auf, welche Themen in diesem Zusammenhang für uns aufgetaucht sind. In der Nacht nach den Schüssen haben einige Menschen der BI gegen die Flughafenerweiterung die politische Verantwortung dafür übernommen. Die Stellungnahme wurde dahingehend revidiert, daß man sich zwar hinter die Demonstration stellte, jedoch nicht die Verantwortung für die Schüsse übernahm. Damit zeichnete sich eine der Diskussionslinien der folgenden Tage ab: Die der Mitverantwortung der Szene an einem Klima (was immer das heißen mag), das es jemanden von uns ermöglichen könnte, Schüsse auf Polizisten in der derzeitigen Situation als adäquates Mittel zu begreifen. Es stellt sich hier die Frage, weshalb überhaupt so eine Überlegung in unsere Köpfe kommen konnte. Eine mögliche Antwort ist, daß viele wie das Kaninchen auf die Schlange in die Zeitung und in den Fernseher starrten, bzw. dem Volksempfänger lauschten. Jeder neue "Fund" der Polizei, jede "Erkenntnis" der Bundesanwaltschaft wurde erst mal geschluckt. Aber das ist keine hinreichende Erklärung, denn seit wann glauben wir den Verlautbarungen unserer Gegner? Aber anscheinend war es für viele zumindest und eventuell vorstellbar, daß jemand aus unseren Zusammenhängen doch zu den Schüssen in der Lage wäre. Immer im Konjunktiv denkend, war dieser Gedanke doch nicht so unwahrscheinlich, als daß wir ihn einfach zurückgewiesen hätten. Es gab einfach Erfahrungen in der Vergangenheit, die uns zeigten, daß es bei der Anwendung von Militanz keinen fest abgegrenzten Konsens gibt. Es sind Dinge passiert, die auf harte Kritik stießen. Es sei hier nur daran erinnert, daß eine Frau mit schwersten Verbrennungen vor dem Haus eines Startbahngegners abgelegt wurde, daß nach der politisch militanten Hanau - Demo im November 1986 völlig unsinnigerweise die Innenstadt geplättet wurde und an Ostern 86 beim Sonntagsspaziergang als "revolutionäre Tat" die Wiese vor der Startbahn abgefackelt wurde. Die Militanzdebatte, die uns nach dem 2.11. aufgenötigt wurde, fand also schon lange vorher bei uns statt. Die schwimmenden Grenzen von dem, was wir als Gegengewalt gutheißen und was nicht, wurden dabei nicht unbedingt gefestigt. Umgekehrt: Welche "falschen" Aktionen sind nicht durchgeführt worden, eben aufgrund der Diskussion? Vielleicht ist es die Ungenauigkeit des Konsenses, die Erinnerung an die oft unsolidarisch geführten und frühzeitig abgebrochenen Militanzdebatten, die, zusammen mit dem Schock und der Betroffenheit (falls man dieses Wort noch unbefangen verwenden kann), diese Gedanken ausgelöst haben. Wir stellen fest: Die Diskussion über Militanz ist notwendig und sollte ständig geführt werden, soll heißen: Man sollte bei seinen Aktionen immer wieder prüfen und überprüfen ob die Mittel a) mit unseren Zielen übereinstimmen (welche sind das?) und b) auch verstanden werden: Eine gute Aktion braucht keine Erklärung. Das bedeutet auch, daß wir darüber diskutieren, wann wir es für nötig halten und nicht, wenn besorgte Gemüter zum Dialog auffordern, bzw. dazu, die Masken herunterzureißen, bzw. uns sowieso am liebsten gleich ins Stadion sperren wollen. Bemerkenswert ist auch, daß zwar alle möglichen Hard - Core - Hüter von Recht und Ordnung laut aufheulten, ebenso wie ihre KollegInnen, deren hervorstechendes Merkmal ist, daß sie am liebsten jede/n zu Tode schonen wollen, und unisono meinten: "Wer Bulle sagt, schmeißt auch Steine und wer Steine schmeißt, schießt auf Polizisten" (so ähnlich wie: "Wer raucht, frißt auch kleine Kinder"). Aber diejenigen die noch am meisten mit uns zu tun haben, nämlich die Polizisten, stellten selbst in der FAZ fest, daß mit scharfen Schüsen eben nicht zu rechnen war. Nicht zuletzt unsere Reaktionen, das krampfhafte Überlegen, was ist, wenn es einer von uns war, die Verunsicherung, die daraus resultierte, haben deutlich gemacht, daß es eben momentan in keinster Weise bei uns angesagt ist, mit 'ner Knarre auf einer Demo rumzurennen.

Keine Startbahn West! NACHTFLUGVERBOT

Das ist die Schwierigkeit, die es in der Öffentlichkeit zu vermitteln gilt: Daß es keine direkte Linie von Steinen zur Pistole gibt, wir aber durchaus selbstkritisch bereit sind, unsere Vorgehensweisen zu überdenken, daß es ein Diskussionsprozeß ist, der bestimmt, wann etwas ins militärische umkippt, ohne politisch sinnvoll zu sein.
In diesem Sinne waren auch die ersten Stellungnahmen abgefaßt. In ihnen wurden sowohl die Schüsse abgelehnt, als auch unmißverständlich klargemacht, daß wir uns unsere Widerstandsformen nicht nehmen lassen.

Als dritter, wichtiger Punkt wurde die Möglichkeit einer von staatlicher Seite aus gesteuerten Tat angesprochen. Wenn dem so war - wer wird es erfahren? Die Bundesanwaltschaft und die Polizei ermitteln, beides Stellen, die größtes Interesse daran haben, einen Autonomen als Täter zu präsentieren, egal was wirklich geschehen ist (es besteht ja auch die Möglichkeit einer Fascho - Aktion) erst recht dann, wenn das Celler Loch grüßen läßt. Gerade wenn man sich fragt, wem das Ganze nützt, kommt man ausschließlich zu diesem Ergebnis. Unsere grundsätzliche Ablehnung jedes Staates und das daraus resultierende Mißtrauen gegenüber amtlichen Bekanntmachungen muß sich dementprechend in der Haltung zu den Gefangenen äußern. Daß es der Gegenseite hauptsächlich um etwas anderes geht, als um die Aufklärung der beiden Morde sieht man an den Menschen, die mittlerweile wg. 129/129a im Knast sitzen. U.a. wirft man ihnen Strommastensägerei vor. Gerade die Widerstandsform, die nach Tschernobyl noch am ehesten auf breitere Zustimmung stieß, gerät jetzt ins Kreuzfeuer staatlicher Verfolgung.
Davon abgesehen: Es muß klar sein, daß auch wenn es irgendein Täter aus unseren Reihen war, der die Schüsse abgegeben hat, wir keine Strafe fordern, die dieser Staat hier bestimmt. Damit ist ein weiterer kritischer Punkt angesprochen: Die "libertäre Justiz". Regelverletzungen gegen unsere Normen gibt es nicht erst seit gestern. Aber wer urteilt darüber? In letzter Zeit erreichten uns einige Flugblätter und Berichte zu Vergewaltigungen in der Szene. Welche Konsequenzen werden gezogen? Schließen wir die Täter

völlig und für alle Zeiten aus unseren Kreisen aus? Selbst der bürgerliche Staat spricht nach außen hin von Resozialisierung, also von Wiedereingliederung in seine Gesellschaft. Klar, wir sind gegen Knäste und fordern Freiheit für alle Gefangenen, aber das löst nicht das Problem, daß in unseren Reihen Dinge passieren, die wir ablehnen und die wir nicht bereit sind hinzunehmen.

# ZU DEN SONNTAGS-SPAZIERGÄNGEN

Bedingt durch den 2.11. sind Stimmen laut geworden, die den Sinn der Sonntagsspaziergänge in Zweifel ziehen, bzw. ihnen diesen völlig absprechen und als einzigen "Inhalt" ein ritualisiertes Militanzgehabe sehen wollen.

Dabei übersehen sie, daß an den meisten Sonntagen gar keine Aktionen laufen, daß wir ganz andere Gründe haben, sonntags raus zu gehen. Würde es nur um "Putz" gehen - es gäbe uns längst nicht mehr. So aber setzen sich die Spaziergänge fort, die sich nach der letzten Groß - Demo vor dem Bau der Startbahn (Bauplatzbesetzung, 30.1.82) als Protestform entwikkelt haben. Sie fanden und finden statt, ungeachtet der Tatsache, daß 1984 die Startbahn eingeweiht wurde. Sie zeigen, daß Protest und Ablehnung eines Projektes auch dann noch weitergehen, wenn man vor vollendeten Tatsachen steht. Sie wirken damit ein Stück der Resignation und der Befriedung der Region entgegen. Die Befriedung wird von diversen Gruppen in Mörfelden - Walldorf wie z.B. der evangelischen Kirche mit Errichtung der Hüttenkirche weit ab vom eigentlichen Ort des Geschehens betrieben, sie zeigt sich selbstverständlich an den Aussagen der Lokalpolitiker und nicht zuletzt ist die FAG mit großzügigen Geldspenden an Vereine bereit, ein gut nachbarschaftliches Verhältnis zu pflegen - bis zur nächsten Ausbaumaßnahme. Peinlicherweise gibt es im Ort aber noch einige Querköpfe, die zusammen mit den "auswärtigen Chaoten" deutlich machen, daß sie sich davon nicht einlullen lassen. Ein Widerstand, der auch nach dem Bau eines Großprojektes weitergeht, ist eine Warnung an diejenigen, die meinen, daß wir uns nach unserer Niederlage resigniert zurückziehen. Gerade den Menschen, die sich bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West vielleicht das erstemal mit Politik auseinandergesetzt haben und nun mit dem Gefühl "Ich kann ja doch nichts machen" ins Wahllokal rennen und die Grünen wählen, muß gezeigt werden, daß wir die Niederlage als Etappe und nicht als Endpunkt unseres politischen Handelns sehen. Die Absicht der Sonntagsspaziergänge, den politischen Preis für das Großprojekt in die Höhe zu treiben, zielt viel weiter, als bis zu dem eigenen Tellerrand. Anderen sozialen Bewegungen wird die Anregung gegeben, sich nicht nach Einweihung/Inbetriebnahme von ... zurückzuziehen. Die Herrschenden müssen bei ihren nächsten Schweinereien daran denken, daß eine ähnliche Situation bei jedem Projekt möglich ist, ein Ruhigstellen der Bevölkerung nicht mehr funktioniert.

Im Grunde ist die Bezeichnung "Startbahnbewegung" als solche falsch. Als erstes ist es eine Bewegung gegen die Flughafenerweiterung. Sieht man sich die Geschichte des Flughafens an, so stellt man fest, daß er immer weiter ausgedehnt wurde. Diese altbekannte Tatsache ist über die Jahre immer in den Köpfen der SpaziergängerInnen gewesen.

Sicher, andere aktuelle Themen überlagerten oft die Flughafenproblematik. Aber gerade jetzt hat sich wieder einmal herausgestellt, daß der Frankfurter Flughafen nie fertig sein wird: Über 40 ha Wald werden für den Moloch Flughafen fallen. 40 ha hört sich erst mal wenig an. Dahinter steckt das Kalkül, die Pläne für größere Flächenausdehnungen für's erste in der Schublade liegen zu lassen und durch eine Salamitaktik den Flughafen Stück für Stück auszubauen, in der Hoffnung, daß sich dann daran niemand stört. In dieser Situation war die noch bestehende Startbahnbewegung in der Lage, für den 300. Sonntagsspaziergang am 1.11.87 ca. 500 Menschen zu mobilisieren und eine Demonstration zu den gefährdeten Waldflächen durchzusetzen. Bestehende Strukturen konnten so effektiv genutzt werden. Die Geschichte der Startbahn zeigt außerdem, daß man bei Planungen, die den Flughafen betreffen, in wesentlich längeren Zeiträumen als in Fünf - Jahres - Plänen denken muß, es also notwendig ist, daß die Bewegung ein Auge darauf hält.

Sicher, es hat in der Vergangenheit lange Phasen gegeben, in denen trotz dieses Wissens die Auseinandersetzung mit dem Flughafen (Air Base, ökonomische Bedeutung für's System, Abschiebungen) nicht thematisiert wurden. Das hatte einfach seinen Grund darin, daß wir nicht im luftleeren Raum existieren, sondern die meisten von uns noch in anderen Zusammenhängen drin stecken und wir uns eben nicht als eine ausschließlich gegen den Flughafenausbau gerichtete Bewegung verstehen. Wir würden damit auch hinter unsere eigene Entwicklung zurückfallen.




Einmal, weil die Präsenz von AnarchistInnen und Autonomen, Naturschützern und AKW - GegnerInnen und anderen Gruppen Diskussionen über andere Themen provoziert. Zweitens hat die Geschichte der Startbahnbewegung für viele einen Prozeß eingeleitet, der nicht beim Naturschutz stehenblieb, sondern in ein Infragestellen des Staates und in ein Engagement bei anderen Dingen mündete: So haben sich StartbahngegnerInnen stark an den Demos in Wackersdorf beteiligt und zwar nicht als Individuen, sondern als Bewegung, als eine politische Kraft im Rhein - Main - Gebiet. Wir haben zusammen über den Weltwirtschaftsgipfel diskutiert und sind auf dieser Grundlage gemeinsam nach Bonn gefahren, ebenso wie wir 1985 auf der 1.Mai - Demonstration im Revolutionären Block mitspaziert sind. Mit anderen Worten: Das Chaoteneck ist der Ort, wo wir über Politik reden, ist der Ort, an dem verschiedene politische Strömungen untereinander diskutieren, der Ort, an dem die einzelnen Städte des Rhein - Main - Gebietes zusammenkommen. Städteplenen sind in der Vergangenheit oft gescheitert. An der Startbahn jedoch hat man die Gewißheit, Informationen sowohl von inhaltlich verschiedenen Gruppen als auch von Wiesbaden, Rüsselsheim, Darmstadt, Hanau, Frankfurt, Offenbach und Groß - Gerau zu bekommen. Es ist der einzige kontinuierliche Treff des Rhein - Main - Gebietes. Zwar entsteht dadurch das Problem, daß die Gegnseite uns dabei gut im Blickfeld hat, aber das ist die Schwierigkeit von allen festen Treffpunkten (s. Libertäres Zentrum Frankfurt). Und: Weshalb sollte man eine gewachsene Struktur einfach aufgeben, zumal es bis jetzt keine Alternative dazu gibt? Als letzter Aspekt sei der soziale genannt. Man macht halt nicht nur politisch was zusammen, sondern lernt sich auch kennen, verabredet sich, redet "einfach so" miteinander - ein kleines Stückchen wird damit auch die Trennung von privaten Freundschaften und politischen Gruppen aufgehoben.

## DIE SCHÜSSE UND DIE FOLGEN

Der vorausgegangene Artikel "Zum 2.11." mit dem Schwerpunkt Sonntagsspaziergänge und der nun folgende Artikel geben die Diskussionen der Frankfurter Redaktion der AKTION zum Thema "Startbahn" wieder.
In der Einleitung "Zum 2.11." und im folgenden Artikel kommt es zum Teil zu inhaltlichen Überschneidungen, da verschiedene Redaktionsmitglieder unsere Diskussion zusammenfaßten. Wir waren allerdings der Meinung, daß wir dies so stehen lassen können.




Der Erfolg der Hafenstraße, die Barschel-Affäre und die Schüsse an der Startbahn waren drei Punkte, die selbst in den bürgerlichen Medien inzwischen in Artikeln zusammen erwähnt werden.
Es geht um so grundlegende Dinge wie, wer darf in einer Gesellschaft Gewalt ausüben, die Frage der Moral und das Aufweichen des "Rechtsempfindens" in der Bevölkerung. Die Methoden des Staates als Reaktion hierauf sind vertuschen, Scheingefechte inszenieren, seine Gewalt und Macht zur Kontrolle der Bevölkerung durchsetzen.
Bei der Hafenstraße sind sie im Moment damit gescheitert. Aufgrund der großen Solidarität, des politischen und militanten Drucks auf den Senat, konnten die Häuser verteidigt werden.



Die Hafenstraße steht jetzt vor der schwierige Aufgabe, einerseits die ständigen Nervereien und Angriffe von außen abzuwehren und anderserseits den Anspruch vom kollektiven, herrschaftsfreien Zusammenleben weiter in die Praxis umzusetzen.
Nachdem nun auch die engsten Mitarbeiter des toten Barschel umgekippt sind und gegen ihn aussagten, wird auch wohl dem/r letzten klar, was es heißt, Gewalt und Macht in diesem Staat auszuüben. Das "Recht" gilt nicht für die Herrschenden, sondern für uns, die sie regieren und kontrollieren wollen. Und Strauß selbst hatte kürzlich angedeutet, man solle sich doch nicht so aufregen, die Kieler Affäre ist doch der Normalzustand der Republik. Die Schweinereien des Staates sollen also akzeptiert und unter den Teppich gekehrt werden.
Anhand der Startbahn läuft das inzwischen darauf hinaus, daß die Ermittlungen wegen der Schüsse nur den kleinsten Teil ihrer Repressionswelle ausmacht (ein Indiz mehr, daß sie die Schüsse selbst inszeniert haben). Diese Schüsse waren für den Staatsschutz nur ein Mittel um endlich untersützt durch die Lügenpropaganda der gleichgeschalteten Presse gegen die Startbahnszene und die anarchistisch/autonome Bewegung im Rhein-Main-Gebiet vorgehen zu können. Endlich konnten sie wahllos Menschen verhaften, unter Druck setzen, die Computer füttern, um Angst vor ihrer "Allmächtigkeit" zu erzeugen und präventiv Aufstände im Vorfeld niederzuhalten.
In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, daß gerade auch weil sie sofort einen von uns als "Täter" präsentierten, wir uns völlig in die Diskussion verstrickten: wir können uns vorstellen, einer von uns könnte geschossen haben.

Hieraus resultierten u.a. die zwei schwerwiegenden Fehler in der Sondernummer der AKTION zu den Startbahnschüssen, die wir nur noch durch eine auf die Rückseite geklebte Richtigstellung mildern konnten.
Sträflich vernachlässigt, zumindest in der öffentlichen Diskussion wurde die Ermittlung in Richtung Counter-Aktion, trotz der vielen Indizien und Hinweise. Dies wurde eher außerhalb des Rhein-Main-Gebiets diskutiert (siehe Erklärung in dieser AKTION).
Aufgrund der Erfahrungen der letzten 2.11.-Jahrestagen und der Mobilisierung zum 2.11.87 konnte sich der Staatsschutz sehr genau auf eine solche Aktion vorbereiten. Daß, wenn es ihnen nützt, sie auch über Leichen aus ihren Reihen gehen, ist wohl klar. Da ist es auch egal, ob Personen eine solche Stellung haben, wie der Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer sie hatte. Was für die Herrschenden zählt, ist die Aufrechterhaltung ihres Gewalt- und Ausbeutungsapparates.
Eine weitere Spur wg. Counter-Aktion führt ins rechte Lager, aus dem zumindestens eine Person am 2.11.87 an der Startbahn gewesen sein soll.
Wenn wir es schaffen, diese Diskussion um eine Counter-Aktion in der Öffentlichkeit durchzusetzen, bringt es den Staatsschutz in Legitimationsschwierigkeiten die Repression weiter so durchzuziehen, dies hilft auch den Gefangenen. Und wir können in dieser Diskussion unsere Inhalte, Ziele und Mittel ebenso genau bestimmen, indem wir klarmachen, daß es unsere Mittel und Ziele eben nicht sein können, wahllos Bullen zu töten, sondern unsere Geschichte und unser Ziel der herrschaftsfreien Gesellschaft sehr große Verantwortung im Umgang mit Menschen zu beinhalten hat.

Mit der Konstruktion einer kriminellen/terroristischen Vereinigung nach §129/§129a sollen jetzt die im Januar 1987 in Kraft getretenen Gesetze justiziabel gemacht werden. Militante Aktionen gegen Strommasten, die gerade nach Tschernobyl sich flächenartig ausbreiteten, sollen gestoppt und kriminalisiert werden. Dies war wohl die populärste Aktionsform der Militanten, bei der von Gewaltfreien bis tief in die Grünen hinein offene oder klammheimliche Sympathien dafür da waren. Die gleiche Kriminalisierung gilt auch für andere Aktionen gegen die staatliche bzw. kapitalistische Infrastruktur.

So geht es ihnen nicht so sehr um die konkreten Personen, denen sie versuchen, alles mögliche nun anzuhängen, sondern sie versuchen die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen, die mit den Aktionen gegen ihre menschenverachtende Politik sympathisieren.
Distanzierung, Selbstzensur und Kriminalisierung heißt ihre Melodie. Doch wird ihnen Disharmonie in ihr Lied gepfiffen. Die kritischen Äußerungen in Fernsehdiskussionen zur strukturellen Gewalt, soweit dies möglich war, die Leserbriefe in einigen Zeitungen (Spiegel: Der Schwarze Block sitzt in Bonn), überhaupt die Kontakte von AnrchistInnen und Autonomen in soziale Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Gruppen scheinen doch nicht so isoliert und begrenzt zu sein, wie immer behauptet wurde.

Denn eine Distanzierungshysterie wie damals 1977 zu den RAF-Aktionen konnte so nicht durchgesetzt werden. Auch die Sprachlosigkeit und Privatisierung der Szene wie damals bei der Schwarzen-Block-Repressionwelle in Ffm konnte bis jetzt verhindert werden.

In den Erklärungen von anarchistischen und autonomen Gruppen wurde zwar darauf hingewiesen, daß diese Schüsse total falsch waren, aber es ging nie um ein Abschwören von der eigenen Geschichte und der Entwicklung der militanten Kämpfe. Im Gegenteil wurde darauf verwiesen, daß die Mittel im Verhältnis zum Ziel der herrschaftsfreien Gesellschaft stehen müssen und es auch immer auf die gesellschaftlichen Zustände ankommt, welche Mittel eingesetzt werden. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, den Einsatz militanter Mittel kollektiv zu entscheiden und sie auch verbindlich und für unsere MitkämpferInnen berechenbar einzusetzen.

**«Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution durchzuführen.«**

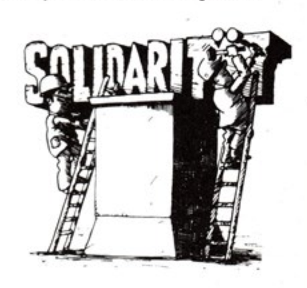
Ebenso hat es sich als richtig erwiesen, daß die Erklärungen so schnell als möglich an die Öffentlichkeit kamen, trotz ihrer inhaltlichen Beschränkung, z.B. gingen wir bei der Stellungnahme des Libertären Zentrums von der jetztigen Situation aus, in der nicht über Leichen gegangen werden darf bzw. auch in einer sozialrevolutionären Situation nicht wahllos mit Menschenleben gespielt werden darf.
Es war wichtig, nach dem 2.11. nicht abzutauchen und in den Kleingruppen vor sich hinzudiskutieren, sondern eine offensive Gegenkampagne zu starten und zumindest tendenzielle Erklärungen und Diskussionen nach außen zu tragen. Gerade so war eine Auseinandersetzung innerhalb der anarchistisch/autonomen Bewegung sowie die Diskussion mit der Bevölkerung und die Konfrontation mit unseren Gegnern möglich.

Die Strategie der Gegenseite war klar: Hetze gegen "Autonome" unter Ausnutzung des Informationsmonopols der bürgerlichen Medien und Desinformation durch die Bundesanwaltschaft sowie Repression gegen bekannte StartbahngegnerInnen.

Um dieses Kräfteverhältnis aufzubrechen und da die Gleichschaltung der Presse in den ersten Tagen noch nicht ganz durchgesetzt werden konnte, kam in der Szene die Pressediskussion auf. Gerade weil diese auch immer wieder an bekannten Orten und bei Personen nachfragte. Ein Teil von uns entschied sich für das Nutzen dieser Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, weil unsere Erklärungen dadurch aktuell waren, eine große Verbreitung fanden und durch plakative Formulierungen Gegenpositionen sichtbar gemacht werden konnten.
Der andere Teil lehnte dies prinzipiell ab, weil unsere Inhalte über diese Medien nicht rüberkämen und umgedreht würden. Dies war wohl auch nach zwei, drei Tagen der Fall als die Gleichschaltung der Presse griff (zur taz-Debatte siehe Doku-Teil dieser AKTION).
Gleichzeitig kamen unsere Infokanäle in Gang. Veranstaltungen, Treffen und Flugblätter wurden gemacht. Nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung veranstalten wir ein Fest im Libertären Zentrum gegen die Repression, da in den ersten Tagen nicht klar war, (am 4.11. war das LZ wegen Durchsuchung bis spät in den Abend besetzt) inwieweit sie das LZ für uns nicht benutzbar halten wollen. Denn das LZ ist seit zwei Jahren eine ständige Provokation für sie, ein öffentlicher Anlaufspunkt der anarchistisch/autonomen Bewegung, der sich somit auch bewußt Repressalien aussetzt. Doch gibt es eine Nutzen-Schaden-Kalkulation der Konspirativität und mit dem LZ haben wir uns für den Vorrang der Öffentlichkeitsarbeit entschieden.

Inzwiscnen sitzen für uns vier Menschen als Geiseln der anarchistisch/autonomen Bewegung in den Knästen. Sie sind mit uns den politischen Weg gemeinsam gegangen und unabhängig von den konkreten Vorwürfen durch die Bundesanwaltschaft, haben wir die soziale und politische Verantwortung ihnen gegenüber.

Es ist nicht hinnehmbar, daß versucht wird an ihnen ein Exempel der Staatsgewalt zu inszenieren. Durch eine breite Solidaritätsbewegung zu den Gefangenen und durch eine öffentliche, politische Gegenkampagne zur Durchkreuzung ihrer Absichten, könnte ein Klima für ihre Freilassung geschaffen werden bzw. gibt es für die Gefangenen einen Sinn im Knast zu sitzen: Die Ausweitung der Bewegung und des Widerstandes in immer breiter Kreise der Bevölkerung hin zur sozialen Revolution.
Schon kommen in der Vermummungsdiskussion die Argumente von SPD-Politikern, die neuen Gesetzesverschärfungen beim Demonstrationsstrafrecht träfen denn auch behelmte Stahl- und Bergarbeiter mit von Kohlestaub geschwärzten Gesichtern. Natürlich trifft es diese auch, wenn sie sich nicht mehr länger ruhig verhalten. Sie aber versuchen eine künstliche Trennung zwischen ArbeiterInnen und AnarchistInnen/Autonome zu konstruieren. Die gibt es nicht. Stahlarbeiter O-Ton FAZ 9.12. 87:'Wer wind sät, wird Sturm ernten. Wenn wir richtig loslegen, dann sind die Demonstranten von der Hafenstraße noch liebe Jungs gegen uns.' Wir kämpfen zwar an verschiedenen Brennpunkten, doch die Ursache, der unmenschliche Kapitalismus, ist die gleiche.




Um so wichtiger ist, daß wir als anarchistisch/autonome Bewegung öffentlich ansprechbar bleiben, z.B. über unsere Zentren und Infoläden, daß wir unseren Freundes- und Bekanntenkreisen und in Schule, Uni und bei der Arbeit unsere Inhalten darstellen und erklären, damit überhaupt eine Diskussionsbasis vorhanden ist. Denn 99,9% unseres Lebens rennen wir eben nicht mit der Haßkappe durch die Gegend und in dieser Zeit muß unser zentraler Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung stattfinden.
Also erobern wir uns den Alltag zurück!

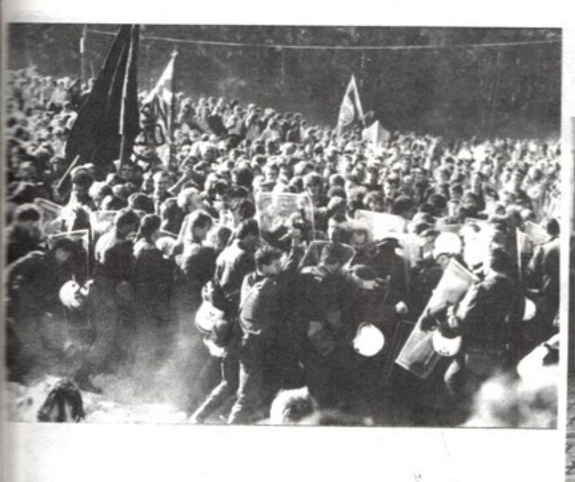
**DIE REDAKTION**

---

**AKTION VORM HLKA**

Am 15.12.87 wurde Peter zur Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft ins hess. Landeskriminalamt zitiert. Da er beim letzten Termin auf Einzelfragen nicht antwortete und daraufhin ein Ordnungsgeld von 400.- DM beantragt war (dies bezieht sich auf eine oder mehrere konkrete Fragen), wurde ihm Ordnungshaft (max 6 Wochen) angedroht. Damit er nicht allein hingehen mußte, drückten etwa 40 Menschen ihre Solidarität zu Peter vor dem HLKA aus. Die Bullen rissen ein Transparent vom Stacheldrahtzaun und drängten die Leute nach der Aufforderung sich aufzulösen ab. Aber kurze Zeit später war Peter schon wieder draußen. Da er wie beim letzten Termin weiterhin darauf beharrte keine Aussagen zum Gesamtkomplex Startbahn zu machen, wurden weiterhin Drohungen gegen ihn ausgesprochen u.a. Beugehaft (max. 6 Monate), aber ein neuer Termin wurde ihm nicht genannt.

**KEINE AUSSAGEN**
**KEINE BEUGEHAFT**
**SOLIDARITÄT MIT DER STARTBAHN-BEWEGUNG**




DIE
STAATS-
GEWALT









# Anarchie und Moral

## Interview mit Jean-Paul SATRE

Nachfolgendes Interview ist dem Buch "Philosophie der Befreiung" von Raul Fornet Betancourt, Frankfurt am Main 1983, entnommen. Der französische Originaltext erschien erstmalig 1982 in der Zeitschrift Concordia. Übersetzung: Ursula Konnertz. Das Interview wurde am 1. 11. 1978 in Sartres Pariser Wohnung von R. Fornet und A. Gomez geführt.+

Frage: Sie haben sich öffentlich als einen Anarchisten bezeichnet, d. h. als Anhänger einer machtfreien Gesellschaft, doch scheint der eigentliche Sinn dieser Erklärung nicht ganz verstanden worden zu sein. Könnten Sie Ihre Gedanken zu diesem Thema näher verdeutlichen?

Sartre: Ich habe mich als einen Anarchisten bezeichnet, weil ich das Wort An-archie in seiner etymologischen Bedeutung benutze, also als eine Gesellschaft ohne Macht, ohne Staat. Der traditionelle Anarchismus hat nie versucht, eine solche Gesellschaft zu errichten. Die anarchistische Bewegung hat versucht, eine Gesellschaft aufzubauen, die zu individualistisch ist. Was aber heißt das, eine Gesellschaft, in der es keine Macht mehr gibt?

Wir müssen das Problem unter drei verschiedenen Aspekten betrachten:

1. Zunächst muß untersucht werden, welche Gesellschaftsform sich überhaupt ohne Macht aufbauen läßt, oder zumindest ohne jegliche Staatsmacht.

2. Wir müssen verstehen, daß wir unendlich weit von einer solchen Gesellschaft entfernt sind. Es gibt Formen der Macht, die als kollektive, juristische überall existieren und die auf jeden einzelnen Menschen Druck ausüben.

Der Sinn einer anarchistischen Gesellschaft liegt darin, daß in ihr kein Mensch irgendeine Macht über einen anderen Menschen besitzt, jedoch sehr wohl Macht auf die Objekt-Welt, die Dinge ausübt. In den zur Zeit bestehenden Gesellschaften wird der Mensch als Objekt, als Mittel, der Reichtum dagegen als Zweck behandelt. Im Moment handelt es sich nur darum, Gruppen zu gründen, die versuchen, außerhalt dieser Machtstrukturen zu leben und zu denken, die sich bemühen, die Idee der Macht beim Nächsten zu zerstören, die zwar Macht über die Dinge besitzen, jedoch niemals über Menschen. Doch werden weder wir selbst, noch unsere Kinder das Verschwinden des Staates miterleben, vielleicht gelingt es unseren Urenkeln.

Es geht also darum, zu wissen, wie ein Anarchist jetzt leben muß. In diesem Sinne ist die Anarchie für mich ein moralisches Leben. (Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinzufügen, daß ich nur Bücher geschrieben habe, in denen es um die Frage der Moral geht.)

Der Anarchist stellt sich also die Frage: Wie kann man in einer Gesellschaft, in der es Macht gibt, leben? Man muß versuchen, sich soweit als irgend möglich jeder sozialen Macht zu entziehen, und man muß jegliche Form von Machtausübung, die wir in unserem eigenen Handeln aufdecken können, in Frage stellen. Das ist nicht leicht, und es ist notwendig, soviel wie möglich mit den anderen zusammenzuarbeiten.



3. Man müßte Gemeinschaften aufbauen, in denen man so frei wie möglich leben kann - wie Anarchisten eben zu leben wüunschten - Gemeinschaften von 25 bzw. 50 oder 10 bzw. 30 Personen, die untereinander authentische, völlig autoritätsfreie Beziehungen verwirklichen; Gemeinschaften, die auf Liebe basieren, jedoch nicht notwendigerweise auf der sexuellen, sondern vielmehr auf der Kindesliebe, der Mutterliebe, der Liebe zwischen zwei Gefährten. In der Hoffnung auf diese Liebe müssen sich die Beziehungen der Personen untereinander gründen. Diese Gemeinschaften können jedoch nicht vollständig anarchistisch sein, da Polizei, Armee und Gesetze des Staates, in dem sie sich befinden werden, weiterhin bestehen bleiben und darüber wachen werden, daß der Staat respektiert wird.

In Deutschland und Frankreich existieren kleine Gesellschaften dieses Typs, in denen Menschen zusammen leben, zusammen arbeiten und sich frei untereinander lieben. Sie bilden eine mögliche Grundlage für eine zukünftige anarchistische Bewegung, die es heute noch nicht gibt, die keine Partei sein wird und in der die Beziehung zwischen Macht und Handeln vollständig verschieden sein wird von den heute im Innern der traditionellen Parteien existierenden Beziehungen. Die anarchistische Aktion versucht, keine Parteien, sondern - ohne jegliche hierarchische Struktur - Massen aufzubauen, in denen zwar einige vielleicht mehr als andere über bestimmte Fragen reflektieren, die Entscheidungen aber soziale sein werden, d. h. als gesellschaftliche gemeinsam getroffen werden.

Im Augenblick muß es also darum gehen, Möglichkeiten zu schaffen, damit Menschen frei leben können und zwar mit anderen zusammen, da man schließlich nicht allein frei sein kann. Jeder sollte für jeden einzelnen seiner Gefährten so durchsichtig wie möglich sein: Macht aufzugeben bedeutet nichts anderes, als sich der totalen Transparenz zu nähern.

Frage: Was verstehen Sie unter Transparenz?

Sartre: Transparenz ist ein Synonym für Liebe, sie ist die vollständige, bewußte Kenntnis vom Denken und Handeln des Menschen, der an unserer Seite lebt. Der Blick wird Transparenz erreichen können, d. h. eine Person bis in ihr Innerstes durchdringen, ja sehen, was in ihrem Bewußtsein vor sich geht. Der Blick würde Wechselseitigkeit voraussetzen und hiermit die Überschreitung der Trennung der einzelnen Bewußtseine.

Die Transparenz impliziert den Kampf gegen jede Macht, das Leben in einer Gemeinschaft, die sexuellen Beziehungen, so wie ich sie ins Auge fasse, all das hat schon mit Moral zu tun, ist Teil einer Moral. Das einzige Ziel, das jeder haben muß, ist der Mensch selbst, was nichts anderes heißt, als: Der Mensch ist noch nicht Mensch, wir müssen uns ganz langsam in Menschen verwandeln. Der Mensch ist für den Menschen ein absolutes Ziel.




Frage: Soll das heißen: Der Mensch ist das Absolute?

Sartre: Der Mensch ist nicht das Absolute, sondern vielmehr sein absoluter Zweck, da Mensch-sein heißt: Sittlich sein. Der Mensch muß sittlich leben, da sein tiefestes Geheimnis eben dieses sittlich-sein (moralisch-sein) ist.

Frage: Bedeutet das, daß die Freiheit des Menschen immer eine moralische Freiheit ist, die Freiheit also den höchsten Wert darstellt?

Sartre: Die Freiheit an sich ist kein Wert, doch wählt sie das, was sie als Wert bestimmt. Sie ist gewertet. Die Freiheit selbst ist kein Wert, sie ist metaphysische Realität.

Frage: Wie ist diese Behauptung, die Freiheit sei eine metaphysische Wirklichkeit, zu verstehen?

Sarte: Im Sinne einer transzendentalen Wirklichkeit, das heißt einer Wirklichkeit, die man in jedem liebt, als Ursprung und als Heil. Jeder Mensch muß das Produkt der Gemeinschaft sein und gleichzeitig einer freien Wirklichkeit.

Frage: Was bedeutet, von dieser Vision von Freiheit ausgehend, Macht, verstanden als Negation der Freiheit?

Sartre: Macht ist eine der wesentlichen Formen des Bösen.

Frage: Wie würden Sie heute Ihre Moral bestimmen?

Sartre: Sie wäre eine Moral der Hoffnung, da die Hoffnung ein Wert ist, im Hinblick darauf, daß die anarchistische Gesellschaft nicht schon morgen Wirklichkeit sein wird.

Frage: Aber wie ist das mit Ihrer Behauptung in Einklang zu bringen, daß die Geschichte absurd ist?

Sartre: Die Geschichte ist nicht absurd, ich denke das nicht. Ich habe es zwar sagen können, aber ich hatte nicht genügend darüber nachgedacht. Sie hat einen Sinn, und den kann man nur dann sehen, wenn man betrachtet, wie die Gesellschaft geworden ist: Es gibt einen Fortschritt vom römischen Zeitalter bis heute. Das Auftreten von Christus z. B. hat das subjektive Leben als ein wesentliches Element des christlichen Denkens hervorgebracht.
Vor dem Christentum gab es kein subjektives Leben. Mit Hilfe und durch dieses subjektive Leben versucht der Mensch, seine Objektivität zurückzuerlangen, d. h. daß jeder Mensch versucht, sich als Einheit von Subjektivität und Objektivität zu begreifen, zu ergreifen, während vorher Subjektivität und Objektivität getrennt waren.
Wir müssen im Moment das menschliche Sein von zwei Seiten erklären, wobei keine der beiden die jeweils andere beherrschen darf. Beide drücken jeweils die gleiche Intention aus (Intention ganz im phänomenologischen Sinn verstanden).

Frage: Wie würden Sie heute Ihre Behauptung verstehen, daß der Mensch eine 'nutzlose Leidenschaft' ist?
Sartre: Der Mensch als 'nutzlose Leidenschaft' ist eine für viele wahr bleibende Wirklichkeit, doch zeigt sich in der Vorbereitung einer Handlung ein Versuch, sie verschwinden zu lassen.
Im übrigen ist die Beziehung zwischen Leidenschaft und Handlung eine der Begründungen einer Moral.

Frage: Gibt es eine Beziehung zwischen dem ontologischen Ideal von 'Das Sein und das Nichts' und dem moralischen Ideal (eine anarchistische Gesellschaft)?
Sartre: Das ontologische (Ontologie - die Lehre vom Sein. - d.R.) Ideal war falsch: Es gab keine mögliche Synthese zwischen An-sich und Für-sich, doch nun ist vielmehr die Synthese von Subjektivität und Objektivität zu suchen, da die Objektivität des Menschen nicht die gleiche wie die der Objekte ist.

Frage: Glauben Sie, daß die Erfahrung der Endlichkeit die menschlichen Beziehungen entscheidend beeinflußt?
Sartre: Ja, sicherlich, aber ich habe mich mit diesem Problem noch nicht näher befaßt. Heute denke ich das Problem der menschlichen Beziehungen ausgehend von dem, was ich mit Dyade benennne, die mein ursprüngliches Verhältnis mit dem Anderen und des Anderen mit mir bedeutet. Das setzt eine Reziprozität voraus, da wir nun einmal nicht einfach zwei sind in der Art, wie man das von zwei Tassen sagt, sie ist eine wechselseitige Beziehung; man ist ganz ursprünglich Dyade.

Frage: Leitet die Dyade sich aus einer Erfahrung mystischer Art her?
Sartre: Nein, die Dyade gehört nicht in den Bereich der Mystik, sondern vielmehr der Rationalität. Alles, was ist, ist vernünftig - in diesem Sinne ist sie Teil eines, durch Grundbegriffe definierten, Ganzen, das man die Wirklichkeit nennt.

(An einigen Stellen im Text/benutzten Begriffen wird deutlich, welche Schwierigkeiten die Übersetzerin beim Übersetzen hatte. Ein philosophischer Text ist nicht gerade eine der einfachsten Übungen. - d.S.)

## Startbahnbenefizfest in Darmstadt

Am Samstag, den 9.1.88 veranstaltet der Infoladen Wirtschaftswunder ein Benefizfest zugunsten der Gefangenen und Verfolgten aus der Startbahnbewegung. Das Fest wird ab 17 Uhr in der Bessunger Knabenschule (Turnhalle), Ludwighöhstraße in Darmstadt stattfinden. Zwischen 17 und 20 Uhr wird es an Informationsständen bei Kaffee und Kuchen Gelegenheit zu Diskussionen geben. Ab 20 Uhr wird dann eine Rockgruppe spielen. Zum Ausklang gibt es Musik aus der Dose. Zwischendrin wird es auch noch einige Überraschungen geben. Der Erlös des Benefizfestes geht zugunsten des Rechtshilfefonds der Bunten Hilfe Darmstadt.
Kontakt:
Infoladen Witschaftswunder
Lautenschlägerstr.24
6100 Darmstadt



## Unvollständige Bankleitzahl

In AKTION Nr. 30 veröffentlichten wir die Kontonummer des Infoladen "Restrisiko", Ahlen. Die Bankleitzahl war leider unvollständig - Sorry (wenn Ihr das Postgiroamt auf dem Überweisungsschein richtig benannt habt, kam Eure Kohle trotzdem an). Hier das vollständige Konto:
Konto-Nr.: 48940-468, BLZ: 440 100 46, Postgiroamt Dortmund, Thomas Pälmke.

# Volkszählung.

## 10 Minuten, die uns helfen Sie im Griff zu behalten

Ihr Egon Hölder. Leiter des Statistischen Bundesamtes

## Heiner Geißler im Hörsaal VI der Frankfurter Uni

Als die ersten Plakate des RCDS zu diesem Fest erschienen, Heiner wollte mit uns den Tag der Menschenrechte feiern, ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Endlich wieder ein Fest wie damals als Alfred Dregger mit uns zusammen feierte.
So veranstalten etwa 700 begeißlerte Anhänger ein Höllenspektakel: Trillerpfeifen, Tröten, Fanfaren, jubelnde Sprechchöre, Luftschlangen, Luftballons, fliegende Klopapierrollen und Klobürsten, Flieger, Farbeier und richtige Eier nahm Heiner dankend in Empfang und erinnerte uns daran, daß dies in andren Ländern nicht möglich sei. Wior bedankten uns daher artig, in einem der "freiesten" Demokratien leben zu können. Als gegen Ende Heiner noch ein paar aufmunternde Worte zum Thema Abtreibungen fand, konnten sich diese nicht mehr halten und stürmten über die Bänke nach vorne um besser seine Worte verstehen zu können.
Doch der energische Zivisaalschutz mit Schildern und versteckten Knarren hinderte Heiner daran, mit uns enger in Kontakt zu kommen. So lächelte er noch kurz uns zu und mit unseren trauernden Rufen verabschiedete er sich von uns, versprach aber wieder zu kommen.

## Der finale





# kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft

kurz & schmerzhaft




Subervsive...
„Ich will Land" „Ich will Arbeit" „Ich will Gesundheit"
„Ich will 'ne Wohnung" „Ich will Lesen"

Karikatur aus einer hondurenischen Zeitung vom 9. Oktober. In Honduras wurden auch im Oktober Campesinas verhaftet und gefoltert, um Aussagen über eine angebliche Zusammenarbeit mit Untergrundorganisationen zu erzwingen. Selbstverständlich werden das Menschenrechtskommittee, Gewerkschaften und selbst die katholische Kirche von der Militärregierung subversiver Aktivitäten beschuldigt. (ides, November 1987)

**Regierung mordet**

November 1987, El Salvador (ides). Trotz dem Friedensvertrag der fünf mittelamerikanischen Länder vom Sommer 1987 hat die Regierung El Salvadors auch weiterhin täglich drei Menschen ermordet oder verschwinden lassen. Einer von ihnen ist Anaya Sanabria, Koordinator der regierungsunabhängigen Menschenrechtsorganisation El Salvadors. Seine Ermordung wird mit einer Fernsehdiskussion mit Regierungsvertretern in Verbindung gebracht, in der er Beweise für den Mineneinsatz seitens der Armee gegen die Zivilbevölkerung vorlegte.
Die Reagan-Regierung bewilligte im Herbst 'dennoch' einen Zusatzhaushalt über 9,5 Mio US-Dollar Polizeihilfe für El Salvador: u. a. Gewehre mit Zielfernrohren.

**Deutsch-türkische Zeitung**

Aus Gummersbach (Anares Medien, Mühle 28, 5270 GM 31) erreichte uns die AKTION DIREKT - DOCUDAN EYLEM, eine zweisprachige anarchistische Zeitung. Irgendwann im Herbst 1987 erschien die Nummer Zwei und kostet 2,- DM. Ihrem Untertitel "Zeitschrift für Literatur und Romantik" wird sie nur bedingt gerecht: Literatur und ("anarchistische") Prosa ja, für Romantik ist das Leben - leider - nicht immer romantisch genug. In Inhalt und Layout versuchen die ZeitungsmacherInnen avantgardistische Ausdrucksformen zu nutzen - was ihnen auch gelingt.

**Gegenmedienmesse**

EUROPA GEGEN DEN STROM lautet das Motto einer internationalen Gegenmedienmesse vom 27. - 29. 5. 1988 in Amsterdam (Beurs van Berlage, Galerie W139). Schon jetzt gibt es trotz Zensur, trotz Zollkontrolle, trotz finanzieller Einschränkungen einen Austausch kultureller "Produkte" (Poster, Bücher, Videos usw.). Dieser Austausch soll mit der Messe noch weiter stimuliert werden. "Auch soll sie ein Stimulanz sein für den Ort, das Land in dem sie stattfindet - dieses Jahr in Amsterdam, nächstes Jahr..."
"Die Messe negiert Grenzlinien" jeglicher Art. (Kontakt: Buchladen Het Fort van Sjakoo, Jodenbreestraat 24, NL-1011 NK Amsterdam, Tel. 020-25 89 79)

**"Naziware"**

Mailboxen sind stinknormale Computer, die an die Telefonleitung der Post angescholossen sind und von anderen Computerbenutzern mittels eines Akustikkopplers angerufen werden können. Das Problem ist, daß ein Benutzer mit fremdem Kundennamen ins Programm kommen und dort Daten ablegen kann, ohne erkannt zu werden.
Auf diese Weise schmuggeln seit einiger Zeit Neonazis rechtsradikale Computerspiele auf die Monitore der "mailbox"-Benutzer. In "Hitler Diktator" oder "Anti-Türkentest" wird z. B. mit "Heizjuden" gespielt, bei "Castl Wolfenstein" handelt es sich um ei abgewandeltes Kriegsspiel. Der Spiele ist KZ-Wächter und hat den Ausbruc von Volksfeinden zu verhindern.
Die Programme können zwar gelösch werden, tauchen aber oft an andere Stelle in der Mailbox wieder auf.
(aus "links", Nr. 210)



**1. Mai-Doku (Berlin)**

Die Leute vom Knast-Info-Telefo haben eine 56-seitige Doku zusammen gestellt über die Folgen vom 1. M und ff., also Knast, Prozesse et Kostenpunkt 3.-DM + Porto. Bestellun gen an folgende Adresse:
Knast-Info-Telefon
c/o Babylonia
Cuvrystr. 20
1000 Berlin 36
Konto:
Christian Ernst
Nr. 6400 14984
Sparkasse
BLZ 100 500 00
Die Doku soll der Anfang für eine Informationsaustausch mit andere Städten sein.

## kurz & schmerzhaft

### Frauen zur Armee

El Salvador, September 1987 (ides). Damit seine Armee im Kampf gegen die "Guerilla (FMLN) standhalten kann", will "Präsident" Napoleon Duarte die Wehrpflicht für Frauen einführen. Um 15 000 auf 67 000 Soldaten bzw. Soldatinnen müßte er seine Armee dazu aufstocken; laut Auskunft des Verteidigungsministers El Salvadors sind in den Kämpfen mit der FMLN bisher 17 000 Regierungssoldaten gefallen.

## Bekennerbrief zum Anschlag auf Nazi-Verteidiger Rieger (Dokumentation)

*„In den frühen Stunden des 6.9.87 haben wir mit dem Antifa- Kommando 'Janusz Korczak' die Jahrestagung der 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.', die vom 4.-6.9.87 im Hotel „Anker" in Lippoldsberg/Weser stattfand, angegriffen. Wir haben diesen Anschlag gezielt gegen die 'GFA' und insbesondere deren Exponenten Jürgen Rieger gerichtet, um die sogenannte neue Anthropologie in das Rechte, das braune Licht zu rücken. Denn es handelt sich bei der 'GFA' (und bei anderen Organisationen dieser Coleur) um offen faschistische Zirkel, die den Rassismus predigen und nazistisches Gedankengut rehabilitieren und wieder gesellschaftsfähig machen wollen. Unter dem Deckmantel wissenschaftlich-kultureller Arbeit verbraten Rieger & Konsorten die Lüge von der überlegenen arischen Rasse. Reden der Euthanasie das Wort und entwerfen Rassenutopien, deren historisches Gegenstück der 'Lebensborn' der Nazis ist (hierbei handelte es sich um den Versuch, in regelrechten Menschenzuchtanstalten den arischen Herrenmenschen in reinster Form zu züchten). Die Inhalte und Dogmen der 'GFA' basieren u.a. auf den Machwerken von Hans F.K. Günther, der seit den 20er Jahren und vor allem während der Nazi-Herrschaft die Vernichtung 'minderwertiger Elemente' innerhalb des germanischen Kulturkreises zur Erhaltung und Perfektionierung 'arischen Erbgutes' propagierte und es so zu hohen wissenschaftlichen Ehren brachte. Die Kontinuität des rassistischen Gedankengutes wurde gewährleistet, indem nach 1945 die allzu unvorsichtigen kaltgestellt, die Frage nach den Inhalten von Eugenik (Erbhygiene), Anthropologie (Geschichte von Menschenrassen) und Genforschung aber totgeschwiegen wurde. Fortan übernahm eine 'gereinigte' Anthropologie die Inhalte der Nazi-Wissenschaften, die somit gesellschaftsfähig blieben und den Rassisten ermöglichten, weiterhin als ehrbare Wissenschaftler ihren Rassenwahn unters Volk zu bringen. Aber nicht nur das. Sämtliche ihrer Forschungen und Experimente wurden vom kapitalistischen Westen gierig in die eigenen Bestrebungen auf diesem Gebiet integriert, fortentwikkelt. Sie bilden die Grundlagen der heutigen Gentechnologie. Hier wird deutlich, daß Faschismus nicht auf 'FAP' und Wehrsportgruppen zu beschränken, sondern vielmehr integraler Bestandteil dieser bürgerlichen Gesellschaft ist. Deshalb gilt unser Kampf dem gesamten kapitalistischen System, das in der Stunde der Krise nicht zögern wird den sorgsam gehütteten faschistischen Kräften freien Lauf zu lassen. Solche Zusammenhänge zwischen bürgerlichen Kräften und den Faschisten lassen sich am Besispiel Riegers leicht aufzeigen, der in CSU-Freundeskreisen, wie in Zusammenarbeit mit der offiziellen Anthropologie wirkt und gleichzeitig in offen faschistischen Zusammenhängen steckt (NPD, Deutsche Volksunion etc.).*
*Lippoldsberg ist nicht zufällig Versammlungsort der 'GFA'. Hier ist der Sitz des rechtsradikalen 'Klosterberg-Verlages', geführt werden dieser Verlag und eine Buchhandlung von Holle Grimm, Tochter von Hans Grimm, dessen Buch 'Volk ohne Raum' den Nazis wesentliches ideologisches Instrument für den Angriff auf Osteuropa war. Lippoldsberg war und ist deshalb immer wieder Treffpunkt und Tagungsort für die BRD-Nazi-Szene. Kernpunkte der Tagung waren durchweg rassistische und faschistische Themen, die in der Kontinuität der Blut- und Bodenideologie stehen, d.h. eine Mischung aus Mystik und Pseudo-Wissenschaft darstellen. Die Vorträge: Dr. Werner Freitag ('der Sinn von Leben und Tod'), Jürgen Rieger ('Krieg und Frieden, naturwissenschaftlich gesehen'), Otto Scrinzi ('Politik aus der Sicht der Verhaltensforschung'), A. Vogl ('die heutige biologische Lage des Menschen einschließlich Aids'), Holle Grimm ('Ostdeutsche Anthropologie an Beispielen dargestellt').*
*Wir haben die Seitentür zum Veranstaltungsraum der Nazis durchbohrt und Benzin und Diesel in den Raum gefüllt. Gleichzeitig haben wir dann diesen Brandsatz gezündetund Riegers Benz mit dem Kennzeichen IZ-SS 37 in die Luft gejagt. Die Faschos konnten erschreckt, aber gefahrlos durch den Haupteingang das Gebäude verlassen. Die Explosion vor dem Haus machte es unmöglich, daß sie den Brand verschlafen konnten. Wir hätten aber auch nichts dagegen gehabt wären ihre Ärsche angegrillt worden. Hotels wie dem 'Anker', Busunternehmen etc. sei angeraten, sich den Nazis nicht zur Verfügung zu stellen. Wer es doch tut, soll sich darüber im klaren sein, daß er die Faschisten unterstützt, und damit genauso in unser Fadenkreuz gerät wie diese selbst.*
*Rieger, das Schwein, hat behauptet, das 'Warschauer Ghetto' sei nur zur Seuchenbekämpfung eingerichtet worden. Diese unerträgliche Verhöhnung der Toten des Holocaust allein verdient, zum Anlaß des Anschlages gemacht zu werden. In Gedenken an den Kinderpädagogen Dr. Janusz Korczak, der mit seinen Kindern ins Gas von Ausschwitz ging, obwohl die Nazis ihn ob seiner internationalen Reputation am Leben lassen wollten."*

**Antifaschistisches Kommando Janusz Korczak**

(aus: Stattzeitung, Kassel)

### KNAST – Presse

Nicht nur die Zensur verhindert, daß Gefangene in den Besitz für sie wichtiger Medienerzeugnisse kommen. Oft scheitert es schlicht und einfach an der Knete. Aus diesem Bewußtsein heraus haben wir einen Verein gegründet, der inzwischen als gemeinnützig anerkannt worden ist.
Da es uns erstmal aufgrund unserer finanziellen Situation nicht möglich ist, alle individuellen Wünsche nach Medienerzeugnissen zu erfüllen, konzentrieren wir uns z. Zt. auf die Unterstützung von knastbezogenen Initiativen (z.B. Durchblick, Mauerbruch...).
Unsere letzte finanzielle Wahnsinnstat war es, dem Verlag Schwarze Seele einen Teil der Neuauflage des *„Ratgeber für Gefangene"* abzukaufen, denn der Verlag kann es sich nicht mehr leisten, das Buch an Gefangene verbilligt oder gar kostenlos abzugeben. Gegen einen Unkostenbeitrag von 5 DM (in gängigen Briefmarken) können die Gefangenen den Ratgeber jetzt von uns erhalten. Da mit diesem Betrag grade mal die Versandkosten abgedeckt werden, sind wir auf Spenden angewiesen, um aus den Miesen rauszukommen.
Also, laßt die Patte rüberwachsen. Solltet ihr Steuern zahlen, ist euch eine absetzungsfähige Spendenquittung sicher. Je mehr ihr spendet, desto mehr könnt ihr absetzen. Lieber für uns als für den Staat!
**Verein zur Förderung von Kultur und Information für Gefangene e.V., Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Kto.Nr. 507680- 101, PGA Berlin West.**



### VIDEOFRONT '87

(mwf) Der neue Videokatalog *„Videofront – erweiterte Auflage 1987"* der Medienwerkstatt Freiburg ist jetzt erschienen. Neue (Dokumentar-) Videos zu politischen, sozialen und kulturellen Themen: Zur Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung, Autonomie, Internationale Kämpfe, Zentralamerika, Jugendbewegung, Repression, Faschismus, zur Problematik von Macht und Gegenmacht, zur anderen Geschichte...
*„Videofront"* gibt es gegen eine Schutzgebühr von 8 DM (incl. Versand und 14% Mwst) bei der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, ☎ 0761/709757.
Wer den alten Katalog *„Videofront"* schon hat, kann den *„Ergänzungsteil '87"* auch allein für 1 DM in Briefmarken beziehen.

Die Aktion

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK, LITERATUR, KUNST
JAHR HERAUSGEGEBEN VON FRANZ PFEMFERT NR.




VERLAG · DIE AKTION · BERLIN-WILMERSDORF
HEFT 80 PFG.

Titel-Holzschnitt (1917)

### Anarchie und Sinnlichkeit

Vom 2. bis 4. Oktober 87 trafen sich im Waldschlößchen bei Göttingen erstmals bundesweit schwule Anarchisten (und sonstwo politisch orientiert Schwule) - Lesben waren leider nicht gekommen.
Das Programm war offen; es wurde - teils heftig - diskutiert über die Neuformulierung radikaler politischer Inhalte und Forderungen, Vermittlung konkreter Utopien, über Erziehung und Bildung, freie Sexualität und freie Liebe, über das Für und Wider von Sub und Szene ...
Darüber hinaus hatten wir viel Spaß miteinander, knüpften Kontakte, tauschten uns aus.
Das nächste Treffen wird vom 12. - 17. Februar 88 in Berlin stattfinden. In Göttingen wurden dafür folgende Schwerpunkte vorgeschlagen:

- Analyse der Schwulenbewegung / aktuelle Situation
- Realität und Utopie
- Lust am Ghetto
- Sexualerziehung
- Schwule im Knast, Psychatrie usw.
- Schwule in politischen Zusammenhängen
- Ist Schwulsein anarchistisch?
- 'Was tun, um effizient zu sein?': anarchistische Einstellungen zur Homosexualität (Proudhon), Foucault ...)
- Schwule Medien

Dazu und darüber hinaus sind Beiträge aller Art willkommen, um wieder einen Reader zu erstellen, der sich aus diesen Beiträgen zusammensetzt und euch - bei Interesse - rechtzeitig vor dem Treffen zugeschickt wird. Ausdrücklich erwünscht sind auch kulturelle Initiativen aller Art!
Also massenhaft Ideen aufs Papier und ganz schnell her damit - was ihr wollt, ist angesagt!
Kontakte: Organisatorisches über Schwulengruppe in der SfE, Gneisenaustr. 2a, 1 Berlin 61.
Inhaltliches/Reader: T. Ruprecht, Gerberau 40, 78 Freiburg.
(Flugblatt)

# ANARCHISTISCHE BEWEGUNG IN RUSSLAND TEIL III 1917 - 1921

Die Ukraine umfaßt ein Gebiet von 450.000 km², in dem 1920 ca. 30 Mio. Menschen lebten. Das Gebiet, in dem die Machnotschina hauptsächlich Fuß gefaßt hatte, war ein sogenannter "Rayon", der eine Größe von ca. 70.000 km² hatte mit insgesamt 7 Mio. Einwohnern. Das Zentrum war die Stadt Gulaj - Pole mit 30.000 Einwohnern. Sie war agrarisch geprägt mit nur wenigen Industrie- und Handwerksbetrieben.

Die Ukraine besitzt sehr fruchtbare Böden: Die Tschernoseme oder Schwarzerden. Deshalb mußten die ansässigen Bauern durch die Jahrhunderte die Ukraine sehr oft gegen diverse Gegner verteidigen, die nur zu gern die "Kornkammer Europas" unter ihren Einfluß gebracht hätten. Das gelang letztendlich dem Zaren von Rußland. Aber die Bevölkerung blieb von den Erfahrungen der Kämpfe geprägt und bewahrte sich so eine gewisse Eigenständigkeit und die Tradition des Widerstandes. Diese Unabhängigkeit zeigte sich auch in der Russischen Revolution.

Die Bolschewiki waren in der Ukraine nur sehr schwach vertreten und hatten einen dementsprechend geringen Einfluß auf die Bauermassen und die wenigen Arbeiter. Während der Februarrevolution 1917 übernahm die nationale Bourgeosie der Ukraine, die Petljurowtschina, so benannt nach ihrem Anführer Petljura, die Regierung und entmachtete den Adel. Im November 1917 wurde dann die unabhängige ukrainische Republik ausgerufen. Die Bolschewiki gingen militärisch gegen diese Abspaltung vor. Während der gleichen Zeit wurden aber auch schon die ersten Sowjets gegründet, teilweise Großbauern enteignet und vereinzelt die Fabrikleitung von Sowjets übernommen. Die Räte waren unabhängig von den Bolschewiki oder sonstigen Parteien.

Für die Bolschewiki war nach dem Frieden von Brest - Litowsk das Problem der Petljurowtschina nicht mehr vorhanden: Sie hatten die Ukraine an die Mittelmächte (Österreich/-Deutschland) abgetreten. Diese nutzten das weidlich aus, um in einem riesigen Ausmaß Lebensmittel zu requirieren. Die wirtschaftliche Ausbeutung wurde durch Besatzertruppen militärisch durchgesetzt und politisch durch die Restauration der urprünglich bestimmenden Kräfte, d.h. Adel und Großgrundbesitzer, abgesichert. Als Regierungschef wurde der Hetman Skoropadski eingesetzt, der vollkommen von den Besatzern abhängig war.

So wurde die bürgerliche Republik rückgängig gemacht, genauso wie die Ansätze revolutionärer Errungen--schaften der Bauern. Den Bauern wurden die Produkte beschlagnahmt und bei Widerstand mit entsprechenden Repressionen (Erschießungen, niedergebrannte Dörfer, etc.) gegen sie vorgegangen. Unter diesen Bedingungen entstanden spontane Bauernaufstände. Sie waren nicht allein in der Besetzung des Landes begründet, da ja auch zur Zeit der Petljurowtschina versucht wurde, eine soziale Revolution durchzuführen. Die Repressalien und das Wiedereinsetzen der Reaktion beschleunigten aber das Entstehen einer bäuerlichen Freischärlerbewegung.

Eine der Partisanenabteilungen im Süden der Ukraine stand unter der Leitung von Nestor Machno, einem Bauernsohn, der sich seit 1905 als Anarcho - Kommunist bezeichnete. 1908 - 1917 saß er in einem moskauer Gefängnis und nutzte diese Zeit, um seine theoretische Bildung nachzuholen, die ihm bis dahin versagt geblieben war. Im Zuge der Februarrevolution wurde er freigelasen und kehrte nach Gulaj - Pole zurück, wo er Vorsitzender des neu gegründeten Arbeiter- und Bauernsowjets wurde.



Machno erhielt von einem Revolutionskommando in Gulaj - Pole den Auftrag, Bauern- und Arbeitertruppen zum Kampf gegen die Besetzung zu organisieren. Das geschah, aber anfangs war ihnen kein militärischer Erfolg beschieden. Im Juni 1918 reiste Machno nach Moskau, um mit einigen Anarchisten über die weitere Vorgehensweise zu reden. Aber die moskauer Anarchisten erkannten nicht die Tragweite der revolutionären Erhebung in der Ukraine und nahmen ihn, bis auf Volin, der sich später der Machno - Bewegung anschloß, nicht ernst. Machno hatte noch ein Gespräch mit Kropotkin und eines mit Lenin. Dessen Tenor war, die Zukunft solle über die bessere Konzeption entscheiden und die Bolschewiki und die Machnotschina sollten sich gegenseitig dulden. Durch diese Aussagen Lenins zumindest in eine Richtung optimistisch gestimmt, kehrte Machno im Juli 1918 in die Ukraine zurück.

Dort ging die Verunsicherung durch die Freischärlertruppen weiter: Kleine Gruppen von 20 - 50 Mann, deren Vorgehensweise von ihrer großen Beweglichkeit und Ortskenntnis bestimmt war, griffen sowohl feindliche Truppen als auch Großgrundbesitzer an. Die Offiziere der Gegner wurden umgebracht, die gefangenen Mannschaften hingegen freigelassen. Bei einem solchen Verhalten stand die Machnotschina oft mehrmals denselben Truppen gegenüber. Trotzdem erzielten die Freischärler Erfolge, die Bewegung wuchs und mit ihr die befreiten Gebiete. Das war nur durch die enge Zusammenarbeit mit den Bauern möglich. Teilweise handelte es sich dabei um eine "Feierabendguerilla", bei der die Bauern tagsüber arbeiteten und sich nachts zu Aktionen zusammenfanden.

Die verschiedenen Gruppen nahmen Kontakt mit Machno auf und stellten sich mit der Zeit unter sein Oberkommando, da sie die Notwendigkeit der Koordination der einzelnen Gruppen sahen und meinten, daß Machno der geschickteste Koordinator dafür wäre.

Innerhalb der Aufständischen Armee bestanden die Prinzipien der Freiwilligkeit, die Wählbarkeit des Obersten Kriegsrates und der Gruppenführer auf Zeit und das Verbot von Plünderungen. Schließlich zogen sich Ende 1918 die fremden Truppen aus der Ukraine zurück. Ohne sie konnte sich der Hetman nicht mehr an der Macht halten und floh nach Deutschland.

Doch die Machnotschina konnte ihre begonnene Aufbauarbeit nicht ungestört ausweiten und fortsetzen. In der Petljurowtschina existierte noch eine zweite politische Kraft. Vor allem im Westen und Nordwesten spielte sie die Rolle des nationalen Befreiers unter liberal - bürgerlichen Zielsetzungen. Petljura versuchte ein Bündnis mit der Machnotschina einzugehen, was aber von dieser unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ziele abgelehnt wurde.



Zusätzlich zu diesen beiden Gruppen kehrten die Bolschewiki in die Ukraine zurück. Sie bekämpften ebenfalls die Petljurowtschina und boten Machno sogar den Befehl über ihre Einheiten an. Er nahm an. Das geschah unter der Voraussetzung des gemeinsamen Ziels und des friedlichen Wettbewerbs unter Genossen, die unterschiedliche Vorstellungen über die Revolution hatten.

Nach wenigen Wochen waren die Petljurowtschina militärisch besiegt. Nach dem Sieg zogen sich die bolschewistischen Truppen vorübergehend aus der Ukraine zurück.

Denikin, ein zaristischer General, nahm eine Schwächung der Machnotschina durch die durchgestandenen Kämpfe an und versuchte im Januar 1919 von Südosten her kommend, sich am Gouverment Jekaterinoslaw festzusetzen. Doch das mißlang und die Machnotschina konnte ihn zurückschlagen und die Front gegen ihn festigen. Der Kampf gegen Denikin dauerte über ein halbes Jahr, bis der General im Herbst 1919 endgültig vertrieben wurde. Während der ersten drei Monate mußten die Machnotschina alleine kämpfen, da die Bolschewiki erst wieder anrückten, als Denikin vorübergehend aus der Ukraine vertrieben war. Die Machnotschina und die Bolschewiki trafen ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit, da absehbar war, daß Denikin nochmals angreifen würde. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Machnotschina in der bolschewistischen Presse als revolutionär dargestellt. Die Entwicklung der sozialen Revolution ging weiter, so gut das unter der drohenden Gefahr eines Angriffs von Denikin möglich war. Die Bolschewiki konnten sich dabei ideologisch nicht festsetzen. Da die Bauern und Arbeiter begannen, sich selbst zu organisieren, war nicht einsichtig, welche Vorteile eine Partei brachte. Dort, wo die Bolschewiki trotzdem versuchten, ihre Institutionen aufzubauen, wurden sie ignoriert und teilweise von der Bevölkerung angegriffen.

Als sie feststellten, daß sie im friedlichen Wettstreit zwischen Genossen unterlagen, änderten sie ihr Verhalten. Sie begannen, die Machnotschina als Konterrevolutionäre und Großbauernbewegung darzustellen. Weiterhin wurde die im Militärabkommen zugesagte Versorgung mit Munition und Lebensmitteln stark eingeschränkt und die Zufahrtswege in die Ukraine blockiert, so daß Revolutionäre aus anderen Teilen Rußlands nur sehr schwer zu der Aufständischen Armee gelangen konnten.

In dieser Phase wurde der dritte Rayonkongreß am 10.4.1919 einberufen. Gegen Ende des Kongresses traf ein Telegramm des Divisionschefes der Roten Armee Dybenko ein, der den Kongreß für konterrevolutionär erklärte. Auf den Angriff auf ihre plitische Eigenständigkeit und Selbstverwaltung antworteten die Kongreßteilnehmer umgehend: Der Angriff auf die Veranstalter sei ein Angriff gegen die gesamte revolutionäre Ukraine und im übrigen wurde auf die Entstehungsgeschichte des Kongresses und des Revolutionären Kriegssowjets, dessen Exekutive die Versammlung einberufen hatte, verwiesen. Anlaß für den Rayonkongreß war die Festsetzung von Richtlinien der Arbeit des Revolutionären Kriegssowjets. Der wiederum war auf dem zweiten Rayonkongreß am 12.2.1919 gegründet worden, um die freiwillige Mobilmachung in Anbetracht der Kämpfe gegen Denikin zu organisieren. Der erste Rayonkongreß am 23.1.1919 war eine Notwendigkeit, angesichts der Bedrohung Denikins und der Frage, wie man die Bauern für sich gewinnen konnte. Auf dem dritten Rayonkongreß wurden ca. zwei Millionen Menschen durch ihre Delegierten vertreten. Beschlußgebend war der Kongreß, während der Revolutionäre Kriegssowjet ausschließlich ausführendes Organ war.

Nachdem die Machnotschina mit der Erläuterung des Sachverhalts ihre Autonomie bekräftigt hatte, begann die eigentliche Verleumdungskampagne in der bolschewistischen Presse.

Im Juni führte Denikin einen Blitzangriff im Südosten durch. Doch die Bolschewiki stellten sich nicht auf die Seite der Machnotschina. Sie hofften, daß Denikin ihnen die Vernichtung der Aufständischen Armee abnehmen würde, um ihn dann in einer für ihn schwachen Ausgangsposition schlagen zu können, oder wie es Trotzki ausdrückte: "Es ist besser, die ganze Ukraine an Denikin abzutreten, als eine Weiterentwicklung der Machnotschina zu dulden." (1)



**Bolschewistisches Hetzplakat gegen die Machno-Bewegung**

Aufgrund des drohenden Zweifrontenkrieges berief die Exekutive des Revolutionären Kriegssowjets am 31.5.1919 für den 15.6.1919 den IV. Kongreß ein. Nachdem der Aufruf veröffenlicht war, begann sofort eine militärische Kampagne der Bolschewiki gegen die Machno - Bewegung. Sie zerstörten die Kommunen, erschossen Anhänger der Aufständischen und teilweise brachten Tscheka - Einheiten Familienangehörige von Mitgliedern des kämpfenden Teils der Bewegung um.

Gleichzeitig verbot Trotzki den Kongreß, der aufgrund der äußeren Bedingungen nicht stattfinden konnte, zumal die Bolschewiki ihre Truppen von der Front abgezogen hatten und Denikin dadurch auf das Zentrum des aufständischen Rayons vorstoßen konnte. Dem war die Machnotschina nicht gewachsen, sie zog sich zusammen mit vielen Bauernfamilien bis zur Stadt Umanj zurück. Insgesamt dauerte der Rückzug von Juni bis September 1919. In Umanj befanden sich auch die Petljuratruppen, die trotz eines Neutalitätsabkommens mit der Freischärlerarmee es der Denikin - Armee ermöglichte, die Machnotschina einzukreisen. Es gelang der Aufständischen Armee den Ring, der beinahe zu ihrer sicheren Vernichtung geführt hätte, zu durchbrechen, in ihr angestammtes Gebiet zurückzukehren und die Truppen Denikins zu vertreiben. Aber die Bilanz für die Machnotschina sah düster aus: Eine hohe Anzahl von Opfern durch Kampfhandlungen und eine Typhusepidemie unter der Zivilbevölkerung und den Kämpfern und die Vernichtung der im Aufbau begriffenen Projekte.

Innere Reorganisation

Es wurde in der Folgezeit versucht, die Projekte wieder zu errichten, was aber durch die Konfrontation mit der Roten Armee nur teilweise gelang. Das kennzeichnet die Geschichte der Freischärler und der Bauern in der Ukraine: Die dauernden Kämpfe mit den damit verbundenen Gebietswechseln verhinderten eine kontinuierliche, konstruktive Aufbauarbeit. Die soziale Revolution wurde durch die militärische Auseinandersetzung überlagert. Die Machnotschina verhielt sich den Bauern gegenüber korrekt, da sie sich aus jenen rekrutierte. Positiv war auch die ausschließlich auf Freiwilligkeit basierende Struktur der Armee. Ernährt wurde die Armee durch zahlreiche freiwillige Spenden der Bauern. Beschlagnahmungen wurden nur bei wohlhabenden Bauern vorgenommen. Mit der Zeit wurde die Machnotschina mehr oder weniger zu einer Berufsarmee. Volin sah darin die Gefahr, daß ein stehendes Heer den Kontakt zur Bevölkerung verliert und ihr revolutionäres Bewußtsein.

Prinzipien, nach denen die Machnotschina bei ihrer Aufbauarbeit handelten, waren die der Ablehnung des Staates und der politischen Parteien und die Förderung der Selbstverwaltung der Bauern und Arbeiter. Das bedeutet, daß die Machnotschina zwar der Bevölkerung Anregungen zur Bildung freier Sowjets gaben, aber niemals mit Gewalt versuchten, das durchzusetzen, bzw. keinen Druck auf das "Wie" der Durch-

führung ausübten. Die Anregungen fanden große Zustimmung bei der Bevölkerung, so daß es bald nach der Vertreibung des Hetman und von Petljura zur Bildung von Bauernkommunen und Produktionsgenossenschaften kam. Auch in den Fabriken übernahmen Betriebskomitees, die von den Arbeitern gebildet wurden, die Leitung der Produktion. Allerdings war der Einfluß der Machnotschina auf die Städte nie so groß und dauerhaft wie auf dem Land, so daß die Entwicklung dort geringer war. Das fehlen einer ausgeprägten Arbeiterschaft/bewegung bewertete Volin als einen entscheidenden Mangel der sozialen Revolution in der Ukraine. Auffallend aber war, daß trotz der schwierigen Situation der Arbeiter und Bauern die Idee der kommunalen Sowjets als Organisationsform des ökonomischen und politischen Lebens recht schnell aufgegriffen und einige beachtliche Erfolge erzielt wurden. Es gelang sogar, den Geldverkehr bei dem Austausch zwischen Stadt und Land teilweise abzuschaffen.

Die föderalistisch organisierten Gebiete benötigten ein Koordinationsinstrument. Das wurde in der Gestalt der Rayonkongresse geschaffen. Insgesamt fanden drei Kongresse statt. Die Delegierten der Kongresse beauftragten die jeweiligen Exekutivausschüsse der Sowjets mit der Durchführung der Beschlüsse. Somit war auch Machno und sein Stab dem Kongreß verantwortlich. Im Laufe der Zeit relativierte sich dieser Anspruch. Machno wurde niemals durch einen anderen Kommandanten ersetzt (bis auf seine einmalige vorläufige Ablösung aus taktischen Gründen, die ihren Grund in der Gefährdung durch die Bolschewiki hatte) und leistete sich ab und an eigenmächtige Entscheidungen, wo eigentlich ein Sowjet konsultiert werden mußte. Das Verhalten wurde aber von der Masse der Aufständischen hart kritisiert. Solche Vorfälle fielen im Ganzen gesehen nicht so sehr ins Gewicht, es zeigt sich aber daran, wie leicht eine fehlende Rotation in bestimmten Positionen (wenn schon delegiert werden muß) und eine Institutionalisierung der Armee eine Loslösung von der Massenbasis erzeugen kann.

An der Person Machnos kann man noch einen weiteren Mangel der gesamten Bewegung erkennen: Die fehlende theoretische, politische und historische Bildung. Machnos Talent auf militärisch - strategischem Gebiet war unbestritten, auch bezeichnete er sich als Anarcho - Kommunist, aber bei gewissen Fragen fehlten laut Volin Menschen mit mehr Vorbildung als der durchschnittliche Bauer in der Ukraine. Wegen der fehlenden Bildung wurde sehr großen Wert auf Erwachsenenbildung gelegt (Alphabetisierung). Doch nur wenige Revolutionäre fanden sich bereit, hier der Bewegung zu helfen. Teilweise saßen die Anarchisten schon im Gefängnis, teilweise erkannten sie die Bedeutung des Aufstandes nicht. Das zeigte sich deutlich bei Machnos Reise nach Moskau. Deshalb und weil die Machno - Bewegung fast ständig zu Kämpfen gezwungen war, sind nur sehr wenige Dokumente geschrieben und hinterlassen worden, was Aussagen über die inhaltliche Ausrichtung der Machnotschina wesentlich erschwert. Nur eine Gruppe der anarchistischen Ortsgruppen Kiews und Charkows (u.a. Arschinoff) kam und leitete später die Abteilung für Kultur und Volksaufklärung. Sie gab als Konföderation "Nabat" (Sturmglocke) die gleichnamige Wochenzeitung heraus. Weiterhin existierte an anarchistischen Zeitungen "Der Weg zur Freiheit" (entweder als Tages- oder Wochenzeitung) und die "Stimme der Machnotschina". Die Machno - Bewegung ließ in den befreiten Gebieten Rede- und Pressefreiheit für sozialistische Zeitungen zu (laut Volin rührte diese Einschränkung aber auch von der Bedeutungslosigkeit bürgerlicher Gruppierungen und nicht von ihrem Verbot her), allerdings unter der Bedingung, daß sie in ihren Publikationen nicht zur Alleinherrschaft einer einzigen politischen Partei aufrufen durften. Genau das versuchten örtliche bolschewistische Kader , was die Machnotschina selbstverständlich bekämpfte.

Weitere konkrete Aktionen, die die Machno - Bewegung durchführte, bzw. anregte, war die Einrichtung von Krankenhäusern, Schulen, die nach den pädagogischen Prinzipien Francisco Ferrers organisiert waren. Für den Unterhalt der Lehrer kamen die Bauern auf. Volkstheater wurden gegründet, Kirchen geschlossen, Gefängnisse gesprengt, die Polizeieinheiten wurden aufgelöst und durch Arbeiter- und Bauernmilizen ersetzt.

Übersichtskarte über das Gebiet der MACHNOTSCHINA (Ukraine, 1917-1922)
*Hergestellt nach Angaben von Petr Arschinoff im Anarchistischen Dokumentationszentrum (adz), Wetzlar, 1979*

Ungefähre Grenzen des zentralen Kerns des freien Rayons

Ungefähre Grenzen des Gebietes, das unter starkem Einfluß der Machnotschina stand. (Auch außerhalb dieses Gebietes war die Bewegung militärisch und kulturell aktiv.)

In Alexandrowsk trafen sich am 20.12.-1919 die Aufständische und die Rote Armee, deren Eintreffen zwar von der Machnotschina erwartet wurde, der trotz aller schlechter Erfahrungen jedoch nichts entgegengesetzt wurde. Nach einer Woche befahl der Militärische Revolutionsrat des 14. Korps der Roten Armee, die Freischärlerarmee solle sofort an die polnische Front ziehen, ungeachtet dessen, daß die Bolschewiki keinerlei Legitimation gegenüber den Bauern der Ukraine hatten. Ab diesem Zeitpunkt begann der offene Krieg zwischen der Machno - Bewegung und der Roten Armee. Er dauerte neun Monate, solange bis die Bolschewiki die Machnotschina wieder zur Abwehr des zaristischen Offiziers Wrangel brauchte. In der Ukraine entstand eine Situation wie in Kronstadt: Teile der Roten Armee liefen zu den Aufständischen über oder waren nicht motiviert gegen sie zu kämpfen, so daß Regimenter eingesetzt wurden, die kein russisch verstanden.

## Wrangel

Im Sommer 1920 gelang es dem zaristischen Offizier Wrangel in den gleichen Gebieten, in denen auch Denikin aktiv geworden war, eine Armee aufzubauen und allmählich in das Donez - Becken einzudringen. Wieder kämpfte die Machnotschina gegen die drohende Konterrevolution, wobei ihnen die Rote Armee in mehreren Schlachten in den Rücken fiel, so daß es zu keinem Sieg über Wrangel kam. Trotzdem versuchte die Machnotschina mit den Bolschewiki ins Gepräch zu kommen, da Wrangel für sie immer noch der Hauptfeind war und ohne Unterstützung der Roten Armee ein Sieg nicht möglich war. Im September, als Wrangel Jekaterinoslaw, Alexandrowsk, Gulaj - Pole und andere Städte einnehmen konnte, kam es zu Verhandlungen. Zwischen dem 10. und 15.10.-1920 wurde ein Vertrag erarbeitet, der die Bedingungen eines vorläufigen politisch - militärischen Übereinkommens enthielt: Der erste Teil behandelte das politische Übereinkommen. Es wurde die Einstellung der Verfolgung von Machnowisten und Anarchisten in dem Gebiet der Sowjetunion garantiert, ebenso wie die Agitations- und Propagandafreiheit und die freie Beteiligung an Sowjetwahlen für diese Gruppen. Im zweiten Teil, dem militärischen Abkommen, wurde u.a. festgelegt, daß die Machnotschina der Roten Armee angegliedert werden sollte und auch deren Oberkommando unterstand, ihre innere Struktur jedoch behielt. Die Machnowisten durften keine Deserteure der Roten Armee in ihre Reihen aufnehmen.




oekraïnse anarchistenvlag

Das war für die Bolschewiki ein wichtiger Punkt, da sie zu recht befürchteten, die Machnotschina könnte eine zu große Anziehungskraft auf die Soldaten der Roten Armee haben. Beide Seiten verpflichteten sich, das Abkommen in der Bevölkerung bekanntzugeben. Die Bolschewiki jedoch versuchten, die Übereinkunft, vor allem was den politischen Teil betraf, geheimzuhalten und veröffentlichten sie erst auf Druck von der Machno - Bewegung. Zwischen dem 15. und 20.10.1920 wurde die Wrangel - Armee angegriffen und wurde auf der Krim am 13.11.1920 geschlagen. Die Machnotschina hoffte trotz aller schlechter Erfahrung mit den Bolschewiki, daß der Vertrag drei bis vier Monate hielte. Aufgrund dieser Annahme bemühten sie sich sofort um die Aufbauarbeit, was zumindest in Gulaj - Pole ansatzweise gelang. So wurde erstmal von der Bevölkerung ein freier Arbeitersowjet gewählt. Der zweite Schwerpunkt war der Aufbau der Bildungsarbeit. Die Schule wurde nicht als Disziplinierungsinstrument gesehen, sondern sollte Kinder und Jugendliche zu kritischen und selbstbewußten Menschen erziehen. Eine Kommission von Bauern, Arbeitern und Lehrern regelte die wirtschaftlichen und pädagogischen Fragen der Ausbildung.Doch die Arbeit konnte nur bis Ende November, bis zum Überfall der Bolschewiki, fortgesetzt werden. Zuvor drängten die Machnowisten die Bolschewiki, den nicht unterzeichneten vierten Punkt des Abkommens zu ratifizieren. In diesem Abschnitt sollte die "Organisation von freien Organen wirtschaftlicher und politischer Selbstverwaltung durch die ortseingesessenen Arbeiter- und Bauernorgane und föderative (vertragliche) Verbindung mit den Organen der Sowjetrepublik" (2) festgeschrieben werden, damit die Machnotschina die schriftliche Zusicherung hatte, ohne Störung ihre Idee der Revolution verwirklichen zu können. Selbstverständlich wollten die Bolschewiki das nicht unterschreiben. Stattdessen nahmen Machnowisten am 23.11. neun Agenten fest, die augenscheinlich für einen geplanten Angriff der Bolschewiki diverse Dinge ausspionierten. Der charkower Sowjet bedauerte das "Mißverständnis" und erklärte am 26.11 die Angelegenheit werde zur vollsten Zufriedenheit der Machnotschina geklärt, ebenso wie die vierte Klausel des Vertrags. Aber einige Stunden bevor die Zusicherung kam, hatten die Bolschewiki alle Anarchisten in Charkow verhaften lassen (u.a. auch Volin). Einige Stunden nach dem "klärenden Gespräch" wurden die Machno - Truppen auf der Krim von den Bolschewiki überfallen, ebenso wie in Gulaj - Pole. Diesmal konnten sich die Machnowisten nicht erfolgreich gegen die Rote Armee behaupten. Nach monatelangen Kämpfen, bei denen die Bolschewiki fast 150.000 Soldaten aufboten, konnte die Machnotschina in ihrem Rayon nicht mehr Fuß fassen. Im August 1921 wurde Machno verwundet und flüchtete zur Genesung ins Ausland. Es wurde ihm aber danach unmöglich, wieder zurückzukehren. Einzelne Truppen der Machnotschina kämpften noch bis ins Jahr 1922 hinein, bis auch sie zerschlagen wurden. Die Arbeit der Machnotschina wurde von den Bolschewiki zerstört, die Zivilbevölkerung massakriert. Allein in Gulaj - Pole wurden 8000 Menschen von der Tscheka erschossen. Machno selbst lebte als Fabrikarbeiter in Paris, wo er 1935 starb.

Petronella

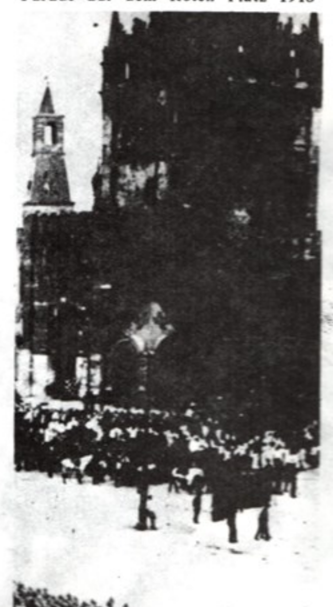
## QUELLEN :

verwendete Literatur für die drei Teile der "Russischen Revolution"
1) Was ist eigentlich Anarchie? Frankfurt 1978 2) Daniel Guerin: Anarchismus, Begriff un Praxis. Frankfurt 1967 3) Arthur Lehning/G.P. Maximoff: Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution/Revolutionärsyndikalistische Bewegung in Rußland. 2. Auflage Berlin 1977 4) Augustin Souchy: Reise nach Rußland 1920. Berlin 1979 5) Alexander Berkmann: Die Russische Tragödie. Berlin 1923 in: Die Russische Revolution, anarchistische Texte Nr. 24. Berlin 1980 6) W.M. Volin: Die unbekannt: Revolution Bd. 1. Hamburg 1983 7) W.M. Volin: Die unbekannte Revolution Bd. 3. Hamburg 1976/77 8) Horst Stowasser: Die Machnotschina. Wetzlar-/Anzhausen 1982 9) Hrsg.: Libertad Verlag: Die Russische Revolution, anarchistische Texte Nr. 22. Berlin 1980 10) Agnoli/Brendel/Mett: Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern/Die Kommune von Kronstadt. 3. Auflage der deutschen Erstausgabe. Berlin 1981 11) Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs, 1901 - 1944. Hamburg 1977. S. 113 - 152

Zitate
1) Stowasser, S.77 2) Volin, Bd. 3. S. 124

So, daß war jetzt der letzte Teil über die Russische Revolution. Vielleicht haben die "Einsteiger" einen Überblick über das Thema bekommen. An den Rest, der eventuell gelangweilt gähnt ("Kennen wir doch schon alles") die Bitte, Literaturhinweise, die wesentlich über die hier verbratene Standardliteratur hinausgehen, an die Aktion zu schicken!

**Parade auf dem Roten Platz 1918**





REVOLUTIONÄRER ANTIFASCHISMUS CONTRA SPDGB-GEDENKTAGSREDEN

- ENTSTEHUNG UND ABLAUF DER ANTIFA-DEMO IN BIELEFELD AM 17.10.87 -

Im letzten Jahr bildeten sich im Kampf gegen das Bundeszentrum der "Nationalen Front" in Bleichstraße revolutionäre Antifa-Zusammenhänge in Bielefeld. Nach mehreren Aktionen gezielt das Faschohaus, erarbeiteten wir uns gemeinsame Positionen, die unseren Blick auf das Gesamtsystem und den Faschismus im bürgerlichen Alltag lenkten.

Dies kam im Angriff auf ein ausländerfeindliches, rassistisches Rennomiercafê in Bielefelds Innenstadt durch autonome Gruppen bei einer 6000 Menschen starken Antifa-Demo am 8. Mai d. J. zum Ausdruck.

Damit wurden die Autonomen Antifaschisten/innen ein Faktor in Bielefeld, an dem die damalige Antifa-Koordination (ein Bündnis von Jusos, DKP, VVN/BdA, Grüne, Volksfront, MLPD) nicht mehr vorbeikam...

In diese Zeit fiel der fast einstimmige Beschluß des NRW-weiten Antifa-Koordinationstreffens am 17.6. auf Vorschlag von SPD- und DKP-Mitgliedern, eine landesweite Demo zum Verbot aller faschistischer Gruppierungen in Bielefeld durchzuführen. Autonome Antifaschisten/innen waren weder an diesem Treffen noch an diesem Beschluß beteiligt. Obwohl wir die zentrale Forderung nach Verbot ablehnten, kamen wir nach längerer Diskussion überein, uns an der Vorbereitung der Demo zu beteiligen.

Das hatte seinen Grund darin, daß wir wegwollten von dem traditionellen "Ein-Punkt-Antifaschismus" mit seinen salbungsvollen Gedenk- und Mahnreden. Stattdessen wollten wir deutlich machen, daß der Kampf gegen den Faschismus Kampf gegen das kapitalistische Gesamtsystem sein muß.

Das versuchten wir an zwei Punkten exemplarisch deutlich zu machen: im Offenlegen der faschistischen Folterpraxis an politischen Gefangenen in den Hochsicherheitstrakten und im Herausarbeiten der faschistischen Kontinuität in der Behandlung von Flüchtlingen. Mit diesen Inhalten gingen wir offensiv in die Antifa-Koordination, die die Demo vorbereitete.

Schon beim landesweiten Vorbereitungstreffen Ende August in Bielefeld waren VertreterInnen vom SPDGB das letzte Mal anwesend. In der Folgezeit blieben sie mit der Begründung weg, sie seien dort autonomen Angriffen ausgesetzt gewesen, die sie "quasi in die Nähe des Faschismus gerückt hätten".

Diese SPDGB-Gruppen versuchten seitdem das ausgeweitete Konzept und den Termin der Demo in Frage zu stellen. Als sie merkten, daß die Demo ... trotz ihrer Abwesenheit zügig weitervorbereitet wurde, begann die ÖTV-Führung über das hiesige SPD-Hausblatt "Neue Westfälische" eine Hetzkampagne mit lancierten Horrormeldungen wie "Chaoten planen während der Demo Sturm auf das NF-Zentrum", die jegli-



cher Grundlage entbehrten. Damit sollte erreicht werden, daß die eigene Abwesenheit legitimiert und Druck auf die übrigen Organisationen und MitgliederInnen der Antifa-Koordination ausgeübt wurde, mit dem Ziel, letztendlich die Autonomen auszugrenzen.

Eine weitere Variante war das nach längerer Zeit wieder angewandte Mittel des Gewerkschaftsausschlusses gegen ein MLPD-Mitglied, das den Aufruf der Koordination mitunterschrieben hatte.

Trotz Bedenkens und Schwankens einiger KoordinationsmitgliederInnen ging dieses Konzept nicht auf. Dazu trug unser verstärktes Engagement in bezug auf Demo und anschließende Antifa-Fete bei.

Schon im Vorfeld der Demo machten wir unsere Inhalte in mehrsprachigen Aufrufen deutlich. Der massiven Hetze der ÖTV-Führung begegneten wir mit einem offenen Brief an die ArbeiterInnen, der in Form eines Flugblattes vor den großen Fabriken Bielefelds verteilt wurde.

Trotz polizeilicher Behinderungen wurden an Schulen Flugblätter zur Demo verteilt, die vorher bevorzugtes Mobilisierugsobjekt der Faschisten waren.

Der Ablauf der Demo entsprach unseren Vorgaben, der Durchsetzung inhaltlicher Radikalität, wobei diejenigen, die mit Angstmacherei und Hetzparolen die Demo zu verhindern suchten, das Nachsehen hatten.

Unter den ca. 3000 TeilnehmerInnen befand sich ein revolutionärer Block von 300 - 400 Leuten.
Die richtige inhaltliche Bestimmung auf dieser Demo zeigte sich auch darin, daß wir zügig am NF-Zentrum vorbeizogen, ohne in die von SEK-Schlägertruppen bereitgestellte Falle vor dem Haus und in den Nebenstraßen hineinzutappen.

Dementsprechend beinhaltete unser zweiteiliger Redebeitrag die Absage an Appelle an den Staat, doch bitte faschistische Organisationen zu verbieten, wo er doch selbst in einigen Bereichen der gesellschaftlichen Kämpfe faschistische Herrschaftspraktiken anwendet. Wir analysierten die Rolle imperialistischer Flüchtlingspolitik in der BRD und wiesen auf die Kontinuität faschistischer Liquidierungspraxis von RevolutionärInnen am Beispiel der ermordeten Gefangenen der RAF in Stammheim hin.
Mit einer Grußadresse an die Demonstration in Stuttgart/Stammheim zeigten wir als revolutionärer Block unsere Solidarität mit ihr und ihren politischen Forderungen.

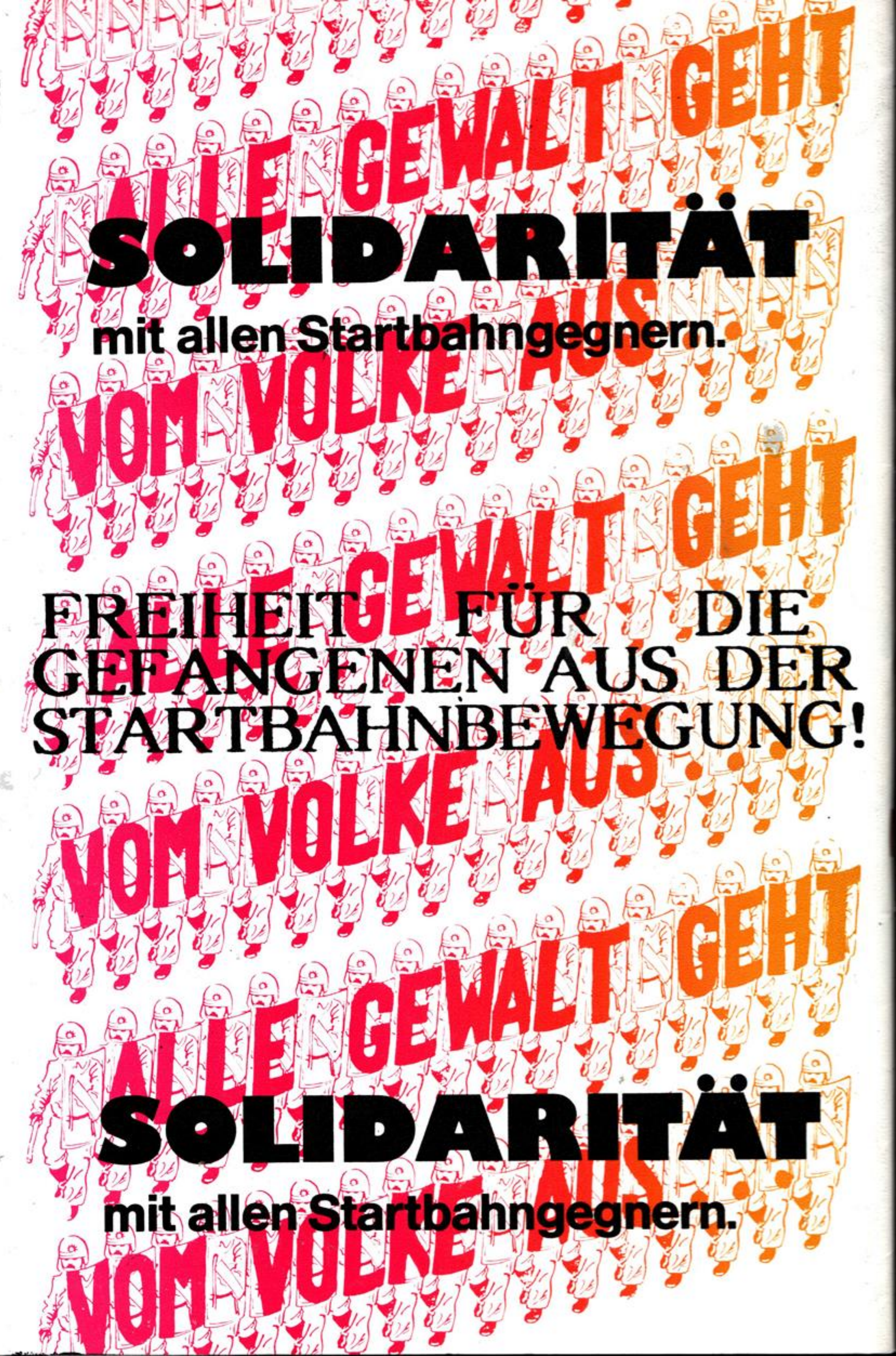
Pech hatte die Rednerin der Abschlußkundgebung, MdB Antje Vollmer, die eine Woche vor der Demo ungefragt ihre Amnestiekampagne lostreten mußte. Die gegen sie und ihre Politik (nicht Rede und Grüne insgesamt) gerichteten spontanen Pfiffe waren unüberhörbar und sorgten für Verstimmung bei einigen Organisationen, aber auch für Zustimmung bis in Kreisen der Grünen Bielefelds selbst.

Die von den Autonomen auf der Demo vertretenen Inhalte versuchten wir auf der anschließenden Antifa-rete zu vertiefen. Obwohl die Fete insgesamt zu wenig Leute aus unseren Zusammenhängen als ihr Ding b etrachteten, wurde sie ein gelungener Abschluß der Demo. Statt traditioneller Konsum- und Saufgelage wurde durch Filme sowie beim sonstigen Kulturprogramm gezeigt, daß es möglich ist, einen politischen Anspruch nicht nur im Titel (Antifa-Fete) sondern auch in den Inhalten durchzuhalten.




Noch sind wir nach dieser Demo in Bielefeld dabei, eine künftige längerfristige Strategie im bezug auf das Bündnis mit anderen Gruppen festzulegen.
Bisheriger Konsens ist, daß wir den reformistischen Einfluß von SPDGB heraushalten wollen. Für uns ist klar, daß bei einer Umarmung dieser staatsloyalistischen Kräfte uns unweigerlich die Luft abgedrückt würde. Dies ist für soziale Bewegungen schon immer tödlich gewesen.
Wir begrüßen es natürlich sehr, wenn wache Menschen aus diesen Organisationen gegen den Willen ihrer Führung initiativ werden und mobilisieren, wie es auch in Bielefeld inoffiziell vor der Demo geschehen ist.
Denn die Trennung der Menschen vom Reformismus/Opportunismus ist für uns der erste Schrtt zur sozialen Revolution

EINIGE MÄNNER AUS DEM AUTONOMEN ANTIFA-PLENUM BIELEFELD


ALLE GEWALT GEHT
SOLIDARITÄT
mit allen Startbahngegnern.
VOM VOLKE AUS
ALLE GEWALT GEHT
FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN AUS DER STARTBAHNBEWEGUNG!
VOM VOLKE AUS
ALLE GEWALT GEHT
SOLIDARITÄT
mit allen Startbahngegnern.
VOM VOLKE AUS